

Freitag 14

Die Ost-West-Wochenzeitung

6. APRIL 2007
www.freitag.de

HERAUSGEBEN VON DANIELA DAHN, GYÖRGY DALOS, FRITHJOF SCHMIDT, FRIEDRICH SCHORLEMMER



Schöne neue Welt

Rachel Vogt über
»Second Life« und das
richtige Leben im falschen

Seite 3



Ewig diese Angst

Tom Mustroph über
das Schutzkorsett für
Anti-Mafia-Zeugen

Seite 9

Kurz mal etwas Stolz

Die Schriftstellerin
Luo Lingyuan über Reichtum
und Nationalgefühl

Seite 11

Konrad Ege

Stehaufmännchen im Dämmerlicht

NOCH 21 MONATE GEORGE BUSH IM WEISSEN HAUS ■ Doch schon
jetzt werden die Karten neu gemischt

Bei ehemaligen Präsidenten gehört es zum guten Ton: Im Ruhestand baut man Präsidentenbibliotheken. Die nach dem letzten Hubschrauberflug schlagartig entmachteten Männer wollen wenigstens ihren Nachlass kontrollieren. George W. Bush baut im imperialen Stil: Sein politisches Märchenland soll 500 Millionen Dollar kosten und sechsmal größer als die Bibliothek seines Vaters sein. Die Historikerkunft sinniert freilich bereits darüber, ob es jemals einen so schlechten Präsidenten gegeben hat wie George Walker. Und erstmals seit den Anschlägen vom 11. September 2001 greifen Oppositionspolitiker zur Notbremse.

Mit 51 zu 47 Stimmen verband der US-Senat seine Bewilligung von 122 Milliarden Dollar für die Kriege im Irak und in Afghanistan mit der Auflage, in 120 Tagen mit dem Abzug der inzwischen 160.000 US-Soldaten aus Bagdad und Umgebung zu beginnen und alle Kampfoperationen spätestens im März 2008 abzuschließen. Bush drohte mit einem Veto, sein Vize Richard Cheney warnte vor »Chaos« – und die demokratische Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, setzte noch einen drauf und reiste zu Gesprächen nach Damaskus – ohne die Syrer sei regionale Entspannung nicht denkbar.

Aus Sicht des Weißen Hauses wird es zunehmend schwieriger, eine fortgesetzte Präsenz im Irak zu begründen. Man kann höchstens geltend machen, dass der Amerikaner »Missionen« nicht unvollendet abbricht. Will Bush die Irak-Operation als Teil des »weltweiten Krieges gegen den Terrorismus« rechtfertigen, wird ihm sofort vorgehalten, dieses Land sei erst durch die US-Invasion zum Nährboden des Terrorismus geworden. In den Vereinigten Staaten ist die Stimmung gekippt, und Bush sieht mehr und mehr aus wie Staatsoberhäupter vor ihm, die noch im Bunker ihre Niederlage nicht einsehen konnten und wollten.

Genau genommen ist es für den Präsidenten auch kaum möglich, eine Niederlage zuzugeben. Die Irak-Politik ist viel zu direkt mit seinem gesamten Programm verbunden. Mit dem Feldzug gegen Saddam Hussein und dem nie eindeutig definierten »Krieg gegen den Terrorismus« sollte der Welt eine globale Führungsrolle der USA und den Amerikanern eine eingeschränkte Demokratie mit weniger Rechtsstaat aufgezwungen werden. Letzteres scheint nun ebenfalls zu scheitern. Selbst seinen konservativen Anhängern wird es mulmig, wenn der Präsident Staatsbürger bei Terrorismusverdacht ohne Prozess unbegrenzt einsperren will, und das FBI abhört sowie per-

sönliche Daten ausspioniert, ohne die erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Für Unruhe sorgt weiter, dass seit Ende März bekannt ist, Justizminister Alberto Gonzales (Bushs Spitzname für Gonzales ist »Fredo«, entnommen aus Mario Puzos *Der Pate*) habe Bundesanwälte auf ihre Loyalität hin überprüft und acht »nicht loyale« entlassen. Das könnte dem Justizminister jetzt den Job kosten. Bushs Sprecher Dan Bartlett gibt sich allerdings zuversichtlich: Der krisenerprobte Gonzales sei ein »Stehaufmännchen«. Allerdings ermittelt auch der Justizausschuss des Senats. Und hat festgestellt, dass der E-Mail-Verkehr des Justizministeriums und des Weißen Hauses zum Thema ein 16-tägiges Loch aufweist.

In Bushs schöner neuer Welt des Krieges gegen den Terror und der Konzentration von Macht werden die Karten neu gemischt, auch wirtschaftlich: Umverteilung ist angesagt. Nach Angaben des *Economic Policy Institute* sind allein 2005 die Einkommen der »un-

teren« 90 Prozent gefallen. Die oberen zehn Prozent haben dazu gewonnen, am meisten die 0,5 Prozent ganz oben mit Jahreseinkommen von mehr als 1,8 Millionen Dollar: Sie verdienten Ende 2005 16 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. Verantwort-

lich für diese Umverteilung sind Bushs Steuergesetze und eine unternehmerfreundliche Arbeitspolitik. Der Elektronikhändler *Circuit City* hat in diesem Jahr bereits zehn Prozent seiner Arbeiter entlassen – die zehn Prozent mit den höchsten Stundenlöhnen. Der Konzern wolle sparen, sagte die Firmenleitung, Entlassene könnten sich um frei gewordene Stellen bewerben.

Immer mehr gesteht man in Washington zu, dass George W. Bush einen Scherbenhaufen hinterlässt – und dass viele Politiker, Republikaner wie Demokraten, die dafür verantwortliche Politik lange mitgetragen haben. Schließlich kam sie besonders der wirtschaftlichen Elite gerade recht – nun aber seilt sich ab, wer kann. Man muss einräumen: Vielleicht hat George Bush doch kein goldenes Zeitalter für sich und die Seinen eingeleitet. Wie der Fernsehsender NBC am Wochenende berichtet, haben führende republikanische Senatoren den Kommandierenden im Irak, General David Petraeus, wissen lassen, dass er nur bis August Zeit habe, »wirklichen Fortschritt« nachzuweisen. Sonst gingen sie auf Distanz.

Aber so sehr die symbolträchtigen Kongressabstimmungen auch aufhorchen lassen: Eine grundsätzliche Kehrtwende ist nicht zu erwarten. Die Demokraten fordern ja ganz bewusst nur den Abzug der Kampftruppen aus dem Irak. Da bleibt viel Platz für »Ausbilder« und Soldaten in US-Basen, die gerade gebaut werden. Nur etwa die Hälfte des derzeit im Irak stehenden US-Körps gilt im engeren Sinne als »Kampftruppe«. Und bis die irgendwann abzieht, darf weiter gekämpft werden. Gar nicht so einfach, ein Imperium in der Abenddämmerung zu managen. ■



Sabine Kebir

Mehr Rebell als Vasall

ARABISCHER GIPFEL ■ Der saudische König brüskiert die Amerikaner und macht den Israelis ein Angebot

Abdallah Ibn Abdelaziz wartet mit einer Überraschung auf, als er am 28. März in Riad den 19. Gipfel der Arabischen Liga eröffnet. Erstmals kritisiert der saudische König öffentlich die westliche Irak-Politik: »Im Schatten einer illegitimen ausländischen Besatzung fließt im geliebten Irak das Blut von Brüdern und die religiösen Konflikte drohen, in einen Bürgerkrieg zu münden.« Von unrechtmäßiger Okkupation zu sprechen, ist ein gegen die USA gerichteter Affront wie ihn saudische Regierungen bisher vermieden haben. Während des Gipfels äußert sich kein anderer arabischer Führer mit ähnlicher Deutlichkeit. Auffallend ist die Zurückhaltung Ägyptens, offenbar kann sich ein zusehends geschwächter Hosni Mubarak den Spagat zwischen lauer Kritik am Westen und wachsender Empörung unter seinen Landsleuten über die US-Politik nicht mehr leisten. Auch Algeriens Staatschef Bouteflika – einst Protagonist der Blockfreien-Bewegung – exponiert sich kaum. Wegen der bis heute nicht eingedämmten islamistischen Gewalt im eigenen Land wähnt er sich mit den USA im »Bündnis gegen den Terrorismus«.

Um so bemerkenswerter erscheint der Umstand, dass die Arabische Liga die Regierung des Irak geschlossen ermahnt, die neue Verfassung dort zu ändern, wo sie nationale Versöhnung blockiert, und zugleich jene Geset-

ze aufzuheben, die Mitglieder der ehemaligen Baath-Partei (Saddam Husseins) von öffentlichen Ämtern ausschließen. Wie Saudi-Arabien seine neue diplomatische Mission als Sprecher der arabischen Welt wahrnimmt, zeigt sich besonders beim palästinensisch-israelischen Konflikt. Außenminister Prinz Al Faisal bietet den Israelis ein Junktim an, wie das schon einmal ein Arabischer Gipfel vor fünf Jahren tat: Zieht euch aus allen 1967 besetzten Gebieten zurück, findet euch mit Ostjerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates ab – und alle arabischen Länder werden euch anerkennen. Diese Formel schließt die Anerkennung Israels durch die palästinensische Regierung ein, die einen solchen Schritt nicht – wie bisher stets verlangt – als einseitige Vorleistung erbringen soll.

So wichtig ein derartiges Angebot auch sein mag – immerhin hat Israels Premier Olmert mit dem Vorschlag zu einer arabisch-israelischen Friedenskonferenz reagiert –, so skeptisch wird es in den besetzten Gebieten selbst aufgenommen. Menschen aus Ramallah, befragt durch den katarischen Sender *al-Djazeera*, erklären unumwunden, von materieller Hilfe aus Saudi-Arabien spürten sie kaum mehr etwas. Außerdem sei in Riad noch nicht einmal der Notruf im Irak lebender Palästenser erhört worden, die um ein sicheres

Exil in anderen arabischen Staaten gebeten hätten.

Auf jeden Fall täte man im Westen wie in Israel gut daran, das Signal aus Riad als notwendige und derzeit wohl einzig mögliche Form einer symbolischen Politik der arabischen Welt zu betrachten, die es verdient, ernst genommen zu werden. Allein schon deshalb, weil die saudische Regierung dringend als ein Moderator gebraucht wird, sollte der Konflikt zwischen Washington und Teheran eskalieren. Dass König Abdallah eine Militärintervention gegen den Iran ablehnt – obwohl er davon profitieren könnte, würde der schiitische Rivale in Teheran geschwächt – deutet gleichfalls darauf hin, dass Saudi-Arabien strategische Verantwortung im Interesse der Araber übernehmen will. Warum sonst wurde auf diesem Arabischen Gipfel ein Ausweg aus dem Atomkonflikt beschworen, der einen Verzicht auf alle Kernwaffen in der Region als einzig denkbare Lösung bezeichnet? Damit sind die israelischen Potenziale gemeint, über die im Westen niemand reden will.

Alle 32 Resolutionen dieses Arabischen Gipfels wurden im Übrigen zum ersten Mal nicht nur mündlich verlautbart, sondern auch veröffentlicht. Ein Novum bei einem Treffen dieser Art und ein Indikator dafür, wie sich mit den Zeiten auch die Gepflogenheiten ändern. ■

ULTIMO

Warum will die Genossin Katja Kipping die Männerwirtschaft in der neuen Linken erst 2008 abschaffen, wie sie jüngst der *Berliner Zeitung* anvertraut hat? Weshalb übernimmt sie den Laden nicht gleich? Unwillkürlich würde einem das Lied durch den Kopf schießen: »Die Heimat hat sich schön gemacht und Tau blitzt ihr im Haar« oder: »Holde Gärtnerfrau, deine Augen sind so taubengrau«. – Die Frage ist, wessen Lebenswerk wird die Genossin K. K. vollenden. Dient sie als Parteivorsitzende dem Vermächtnis der einstigen Politbüro-Amazone Inge Lange? (»Dem Klassenfeind wird angst und bange, sieht er die Lockenpracht von Inge Lange«, wollte der *Oktoberklub* immer singen, entdeckte aber seine Widerständigkeit erst nach '89). Oder sieht sich die Genossin K. K. mehr in einer Blutbahn mit jener Dame aus dem bekannten Drei-Groschen-Stück, der stets ein »Hoppla« über die Lippen rieselte, wenn ein Männerkopf vom Stiel fiel? Die Frauenquote würde übrigens 1932 in Berlin auf der 3. Reichsparteikonferenz der KPD eingeführt: »Bis ein Drittel der Mitglieder von Bezirksleitungen müssen Genossinnen sein«, so der Beschluss damals. Ist die Genossin K. K. altkommunistisch?

Jedenfalls ist es schön, dass nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wenigstens eine monokausale Heilslehre überlebt hat: Männer führen Kriege / Männer wollen immer Parteiführer sein / Männer sind Unterdrücker / Männer sind Machos / Männer sind Vergewaltiger / Männer sind keine Frauen! – Viele GenossEN sollten sich fragen, ob sie in der Morgenröte des heraufdämmernden Patriarchats der neuen Linken einen ehrenvollen Freitod wählen, sich chirurgisch ein anderes Setting verpassen lassen oder doch lieber als Quoten-Männer unter der Genossin K. K. sowie der unvergleichlichen Katina Schubert in einem Parteivorstand vor sich hin dämmern wollen.

Sicher würde die neue Linke mit der Genossin K. K. an der Spitze einen fetten Batzen DDR-Vergangenheit los. Denn K. K. ist ein so junges Rotgardistenblut, dass man sie nicht verantwortlich machen kann für die »Parade des Soldatenliedes« bei Radio DDR I, für Schlager-Süßtafeln mit Kakao-Zusatz oder das Pionier-Manöver *Schneeflocke*. Auch hat sie ihre ausgefallenen Pirouetten nicht bei Ingo Steuer gelernt. Und noch was: Berlins knackfrischer Ehrenbürger, der Dichter Biermann, könnte über die Genossin K. K. nicht dichten, was er einst über den GenossEN Gysi dichtete: »Aber was nützt die populistische Berliner Schnauze, wenn unter der gepuderten Glatze im abgerichteten Kader-Gehirn der alte doktrinaire Quark schimmelt«. Erstens kommt die Genossin K. K. aus Sachsen, und zweitens pudert sie, wenn überhaupt, nur die Nase.

Torsten Wöhlert

Eine Affäre mit dem Zeug zum Drama

IRAN ■ Noch sind die gefangenen britischen Soldaten eber für einen Nebenkriegsschauplatz interessant. Das kann sich ändern

Eigentlich ist es völlig gleichgültig, an welcher Stelle des Schatt al Arab die britischen Soldaten von ihren iranischen Kollegen aufgebracht wurden. Abgesehen von der Peinlichkeit des Vorgangs – jedenfalls aus Londoner Sicht: Teheran suchte ganz offenbar einen solchen Konflikt und hätte wenn nicht diese, dann eine andere Gelegenheit gefunden. Genügend Zündstoff bietet die iranisch-irakische Grenzregion allemal. Wechselseitige Gebietsansprüche lassen sich historisch fast nach Belieben herleiten und finden nicht zuletzt in unterschiedlichen geografischen Bezeichnungen Ausdruck.

Wer den Zusammenfluss von Euphrat und Tigris »Schatt al Arab« nennt, folgt internationaler Gepflogenheit. Die persische Bezeichnung »Anwar Rud« (wörtlich: Tigris-Strom) hingegen ignoriert den Euphrat und damit den »arabischeren« der beiden großen Wasserarme des Zweistromlandes, das bis zum Aufstieg des Osmanischen Reiches im 17. Jahrhundert größtenteils zu Persien

gehörte. Der eigentliche Grenzkonflikt begann, als die Osmanen 1638 den heutigen Irak eroberten und bis zu ihrem geschichtlichen Abgang 1918 beherrschten. Für diese Epoche regelten mehrere Abkommen mit Persien den Grenzverlauf sowie Seefahrt und Handel auf dem 193 Kilometer langen Wasserweg.

Dass nun ausgerechnet britische Einheiten seit dem Irak-Krieg 2003 die Zufahrt zum Persischen Golf kontrollieren, dürfte Teheran schon deshalb als brüskierend empfinden, weil Großbritannien das einst mächtige Persien im 19. und 20. Jahrhundert als Öllieferant zur Halbkolonie degradiert und nach dem Ersten Weltkrieg eine Grenzziehung durchgesetzt hatte, die den Schatt al Arab bis ans iranische Ufer als Teil des Irak auswies. Öl war und blieb der wichtigste Schmierstoff für den Dauerkonflikt am Schatt al Arab, der zwischen zwei wichtigen Fördergebieten lag: dem iranischen Chuzistan – von arabischen Nationalisten wegen eines nennenswerten arabisch-sunnitischen Bevölkerungsteils

gern »Arabistan« genannt – und der mehrheitlich von Schiiten besiedelten irakischen Provinz Basra. Die ethnische und religiöse Gemengelage allein sorgte für reichlich Konfliktstoff.

Solange die Grenze am iranischen Ufer verlief, mussten die Perser für ihre Öl- und Frachtschiffe eine »Maut« bezahlen und zudem irakische Lotsen an Bord nehmen. Für den letzten Schah von Persien ein unhaltbarer Zustand, schließlich hatte Rezah Pahlavi seinem Land in den siebziger Jahren eine Modernisierungs-Rosskur verpasst, um dank tatkräftiger US-Hilfe auch militärisch eine Vormachtstellung in der Region zu sichern. Als die Zentralregierung in Bagdad 1975 durch kurdische Aufstände, denen es an iranischem Beistand nicht fehlte, geschwächt war, erzwang Teheran 1975 im Abkommen von Algier eine Korrektur der Grenze am Schatt al Arab. Sie wurde nun in der Flussmitte entlang der so genannten »Talweglinie« festgeschrieben.

Das Abkommen, für den Irak seinerzeit durch den Vize-Premier Saddam Hussein unterzeichnet, hielt ganze fünf Jahre. Dann war der Schah gestürzt und Iran in postrevolutionäre Machtkämpfe verstrickt, so dass Saddam Hussein – inzwischen Alleinherrscher – die Gunst der Stunde nutzte und das Algier-Abkommen am 17. September 1980 vor laufenden Kameras zerriss. Fünf Tage später begann auf einer 600 Kilometer breiten Front der erste Golfkrieg, der keinen Sieger hatte, acht Jahre dauerte, Hunderttausende das Leben kostete und die Wirtschaft beider Länder kollabieren ließ.

Für die USA war 1979 mit dem Sturz des Schah-Regimes der nach Israel wichtigste Partner im Nahen Osten verloren gegangen, also stieg Saddam Hussein zum kleineren

Mühe los lässt sich erkennen, dass Irans Führung das amerikanische Desaster im Irak nutzt, um alte Rechnungen zu begleichen

Übel amerikanischer Realpolitik in der Region auf. Das änderte sich erst, als der irakische Diktator im August 1990 den Überfall auf Kuwait befahl, um sich durch einen zweiten Golfkrieg beim reichen Nachbarn für die Kriegsverluste des ersten zu entschädigen.

Auch für diesen Feldzug mussten historische Grenzstreitigkeiten zwischen Kuwait und Irak als Begründung herhalten. Nahezu zeitgleich erkannte Saddam jedoch die einst in Algier vereinbarte Grenze in der Flussmitte des Schatt al Arab wieder an, um den Iran ruhig zu stellen und einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden. Seither gilt dieses Agreement.

Dass Russland jetzt untersucht haben will, wo genau die britischen Soldaten festgenommen wurden, ist diplomatisches Geplänkel in einem Konflikt, der sich tatsächlich auf ganz anderen Ebenen abspielt. Um Grenzverläufe geht es dabei am allerwenigsten, wiewohl sich diese nach wie vor trefflich instrumentalisieren lassen. Mühe los lässt sich erkennen, dass die iranische Führung das amerikanische Desaster im Irak nutzt, um alte Rechnungen zu begleichen, von inneren Problemen abzulenken und regionalen Einfluss auszubauen. Mehr noch: Teheran wäre töricht, würde es auf den durch die US-Invasion bedingten Zerfall des Irak nicht offensiv reagieren. Das heißt in diesem Fall natürlich, dort mit eigenen Kräften präsent zu sein, was sich durchaus als außenpolitische Vorwärtsverteidigung verstehen lässt.

So gesehen, wären die britischen Soldaten ein Faustpfand in einem »Geiseldrama« um Einflussagenten, von denen Teheran zuletzt hochrangige Spieler an die Gegenseite verloren hat, darunter einen General, der in Istanbul spurlos verschwunden (oder desertiert?) ist. – Und das iranische Atomprogramm? Wer hier Verbindungen sucht, wird fündig, aber auch erkennen, dass dieser Konflikt in einer anderen Liga ausgetragen wird, die wenig mit einem Grenzstreit und gefangenen Briten zu tun hat. Denen ist vorerst die Rolle auf einem Nebenkriegsschauplatz zuge-dacht. Doch das kann sich schnell ändern. ■



Windhundrennen um Mindestlöhne

VIELE JÄGER SIND DES HASEN TOD

Lange gehörten Mindestlöhne zu jenen Konfliktthemen, die von den Parteien der großen Koalition nur mit spitzen Fingern angepackt wurden. Und nun das: Der SPD-Parteivorstand startet beherzt eine Unterschriften-Kampagne für ein Verbot von Lohndumping und für Mindestlöhne. Gewerkschafter der CDU kontern mit einem eigenen Unterschriftenbegehren gegen Armuts-löhne und fordern gar den Gesetzgeber auf, Lohnuntergrenzen festzulegen. Und die Galionsfiguren der neuen Linken, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, tragen sich mit spitzbübischem Lächeln und großer Medienaufmerksamkeit in die SPD-Liste ein und kündigen einen inhaltsgleichen Antrag im Bundestag an. Warum auf einmal dieses politische Windhundrennen? Und welchem Hasen jagen die Kontrahenten da nach? Sicher: Fast drei Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland arbeiten für Armutslöhne, die nicht einmal die Hälfte des Durchschnittslohnes betragen. Dunkelziffer nicht berücksichtigt! Stundenlöhne von zwei, drei oder vier Euro sind keine Seltenheit, nicht nur in Ostdeutschland und nicht nur im Dienstleistungssektor. Und über 900.000 Erwerbstätige erhalten Aufstockungszahlungen, weil ihre Einkommen noch unterhalb der Bedarfsgrenzen von Hartz IV liegen. Das alles ist ein Skandal – aber es ist auch seit langem bekannt. Warum erregt es auf einmal die Gemüter der politischen Klasse? Kein Zweifel: Die politischen Akteure treibt – vorsichtig formuliert – nicht ausschließlich die Sorge um das Schicksal der von Armutslöhnen Betroffenen. Hinter der SPD-Initiative dürfte sich weniger das neuerwachte soziale Gewissen als vielmehr die Machterhaltungslogik der Parteistrategen verbergen. Ohne eine Konturierung des sozialen Profils wird der Sturzflug der SPD in der Wählergunst kaum zu stoppen und das Zerwürfnis mit den

Gewerkschaften nicht zu beenden sein. Auch die Initiativen der Christlichen und der Linken sind nicht weniger von parteitaktischen Kalkülen geprägt. Was ist nun unter diesen Bedingungen zu erwarten? Ein politischer Kompromiss innerhalb der großen Koalition scheint möglich. Demnach könnten das Entsendegesetz auf Branchen wie den Einzelhandel, die Forstwirtschaft, das Frisörhandwerk und die Postdienste ausgeweitet und zugleich sittenwidrige Löhne gesetzlich verboten werden. Die Ausdehnung des Entsendegesetzes würde es ermöglichen, vorhandene tarifliche Untergrenzen für allgemeinverbindlich zu erklären. Und das Verbot sittenwidriger Löhne würde Einkommen, die 20 oder 30 Prozent unter der ortsüblichen oder tariflichen Bezahlung liegen, für rechtswidrig erklären. Soweit, so gut. Doch durch das Fernglas wird dieser Mindestlohn-Hase schnell als Attrappe erkennbar. Denn wo keine tariflichen Mindestnormen existieren, läuft das Entsendegesetz leer, und das wäre in den eigentlichen Problembranchen oftmals der Fall. Und ein Verbot sittenwidriger Löhne würde auch bedeuten, Armutslöhne von etwa 2,10 Euro im sächsischen Frisörhandwerk, 3,50 Euro im Berliner Bewachungsgewerbe und 4,40 Euro im Hamburger Hotel- und Gaststättengewerbe für rechtskonform zu erklären. Denn die relevanten tariflichen Bezugsgrößen liegen eben nur 20 bis 30 Prozent darüber. Das alles liefe letztlich auf die Karikatur eines Mindestlohns und – absurder Weise – einen Akzeptanzbeschaffer für den Niedriglohnsektor hinaus! Was also tun? Das Rennen wegen unsportlichem Verhalten der Kontrahenten abblasen? Nein! Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Monaten erheblichen Druck auf die Bundesregierung ausgeübt. Für sie ist die

Bekämpfung von Armut trotz Arbeit ein unverzichtbares Essential einer solidari-schen Sozialstaatsreform. Wo sich Chancen ergeben, verbindliche Mindest-löhne zu erreichen, müssen sie genutzt werden – gleichgültig, welche Süppchen auf dieser Flamme sonst noch gekocht werden. Doch eine so begründete Kooperationsbereitschaft kann nur für Mindestlohnregelungen gelten, die ihren Namen auch verdienen. Diese sind leicht zu erkennen. Sie sollten existierenden Tarifverträgen Vorrang einräumen, gesetzlich aber eine Untergrenze für tariffreie Zonen und unzureichende Tarifstandards definieren und verbindlich festlegen. Und diese Untergrenze darf, wie vergleichbare Regelungen in europäischen Nachbarländern anzeigen, nicht unter einem Stundenlohn von acht Euro liegen. Darunter darf nichts gehen! Stünde dies am Ende, könnten auch Betroffene und Gewerkschaften Gefallen an diesem Windhundrennen finden.

Hans-Jürgen Urban, Leiter des Bereichs Gesellschafts-politik/Grund-satzfragen der IG-Metall



tagebuch

Es sind doch immer wieder die Themen, die zunächst ganz unverfänglich, in ihrem Streitwert beschränkt wirken, die dann die großen Debatten entfachen. Besonders heftig fiel die Reaktion auf den im *Freitag* von vergangener Woche erschienenen Text von Martin Krauß, *Die Kraft des Tresens* aus. Positionen für und wider das Rauchen in Kneipen und die Kraußsche Argumentation ergießen sich seither in Form von Leserbriefen in die Redaktion und die entfachte Debatte wird ihren Abdruck in den nächsten Wochen auf dem für diese Art der Kommunikation reservierten Platz auf Seite zehn finden. An dieser Stelle sei jedoch schon mal vorausgeschickt, dass es in diesen Zeiten kein harmloses Gespräch übers Rauchen mehr gibt – es geht zugleich immer ums große Ganze: um nichts weniger als den Freiheitsbegriff an und für sich und den symbolischen, beziehungsweise ökonomischen Sinn des Rauchens; um nichts weniger als die entscheidende Frage, ob das Zigaretten-Rauchen (beim Zigarrenrauchen ist das eh klar) nun dem Kapital hilft oder der Eckkneipe oder beidem, aber beidem nicht zu helfen ist. Der Autor selbst, das sei hier nachgetragen, ist übrigens seit neun Jahren Nichtraucher.

Schöne, nach Wunsch auch rauchfreie Feiertage wünscht die Schlussredakteurin dieser Ausgabe,

Barbara Schweizerhof



Rachel Vogt

Das richtige Leben im falschen

»SECOND LIFE« ■ Im virtuellen Raum der US-Betreiberfirma »Linden Lab« tummeln sich fiktive Figuren und reale Konzerne. Es wird viel gehandelt, manchmal auch etwas verdient

Hier sieht jeder 15 Jahre jünger aus als in Wirklichkeit. Die Frauen haben Kugelbrüste und lange Haare, die Männer muskulöse Brustkästen, schwere Kiefer und manchmal einen Penis. Die meisten sind leicht bekleidet, einige tragen Flügel, Tiergesichter, Tangas. Wer eine besonders feine Haut zeigt, der hat dafür extra bezahlt.

In der virtuellen Online-Welt *Second Life* bewegen sich die Spielfiguren, so genannte *Avatare*, als gingen sie auf Eis. Sie wandern mechanisch durch Städte, durch Landschaften mit fließendem Wasser und Wälder, sie fliegen oder teleportieren sich in Sekunden an einen anderen Ort, auf einen anderen Kontinent. Der Begriff *Avatar* kommt aus dem Sanskrit und bezeichnet das Herabsteigen einer Gottheit auf die Erde. Und der Gott hinter jedem Avatar ist ein Spieler oder eine Spielerin. Doch wozu treiben die Götter ihre mit Fantasie-Namen getauften Figuren von überall her in diese unübersichtliche Welt? Was sollen die Figuren in diesem Universum, in dem es – anders als bei anderen Multiplayer-Games wie *World of Warcraft* – keine Ungeheuer zu schlachten oder magische Schwerter zu finden gibt? Die Erklärung lautet: Sie sollen genau das Gleiche tun wie ihre Lenker in der realen Welt. Sie unterhalten via SMS, Sex haben, sich beschimpfen, um die Ecken ziehen – und Geld in die Hand nehmen. Denn *Second Life* ist keine gesellschaftliche Utopie, sondern ein Markt.

Virtuelle Dollars – und echte

Als die Betreiberfirma, die kalifornische *Linden Lab*, im Sommer 2003 die Idee einer interaktiven, dreidimensionalen Welt hatte, fand sie zwar Geldgeber wie den Ebay-Gründer Pierre Omidyar oder den Amazon-Erfinder Jeff Bezos – aber keine Spieler. Nach fünf Monaten hielten sich gerade einmal tausend Menschen regelmäßig in der kahlen, leeren Welt auf. Denn in *Second Life* gab es nichts außer Software und Speicherplatz. Die Welt sollte von den Usern erfunden werden, wie sie auch sich selbst erfanden. Die Gründer dachten schon daran, das Experiment abzubrechen, entschieden sich aber, weiter zu machen, nachdem sie wieder eine Idee hatten. Sie anerkannten geistiges Eigentum. Das bedeutete fortan, dass alles, was programmiert wurde, den Spielenden selbst gehörte. Und damit wurde alles käuflich. Der virtuelle Markt war geboren – und er war sehr real.

Wie also funktioniert dieses Wirtschaftssystem? Indem die Betreiberfirma *Linden Lab* zwar die User untereinander Handel treiben lässt, aber schlussendlich über alle Macht verfügt: Sie hat eine virtuelle Währung eingeführt – den *Linden-Dollar* – und diesen an den US-Dollar gekoppelt (1 US-Dollar entspricht rund 270 Linden-Dollar). Wenn *Linden Lab* den hübschen Avataren virtuelle

Dollars verkauft und sie später wieder in echte Dollars umtauscht, zieht das Unternehmen in der Wechselstube *Lindex* eine Gebühr ab. Die tatsächliche Macht von *Linden Lab* besteht jedoch auch in der neuesten aller Welten darin, worin sie in der alten Welt ebenfalls besteht: im Besitz von Land. Dass es dieses Land nicht wirklich gibt, macht keinen Unterschied. Der Wert von Dingen ist ebenso groß wie die Sehnsucht danach.

In *Second Life* gibt es Festland und 4.000 Inseln mit einer Gesamtfläche von 360 Quadratkilometern – ein Gebiet etwas größer als die bayerische Landeshauptstadt München. Kaufen darf allerdings nur, wer eine Premium-Mitgliedschaft für zehn Dollar pro Monat besitzt. Ein Quadratmeter Land kostete im November 6,7 Linden-Dollar – bis Januar hatte sich wegen der erhöhten Nachfrage der Preis verdoppelt. Um eine Preisexplosion zu verhindern, programmierte *Linden Lab* flugs 800 neue Inseln – bald schon soll ein weiterer Kontinent auf den Markt kommen.

Die Betreiberfirma braucht natürlich eine stabile Währung, um den Kunden gegenüber vertrauenswürdig auszusehen. Das Unternehmen bestimmt deshalb die Menge von Linden-Land und Linden-Dollar (etwa durch die Erhöhung von Gebühren), um eine Inflation zu verhindern. »Unser Ziel ist es, den Kurs so konstant wie möglich zu halten – genauso wie es die meisten Länder im globalen Markt auch versuchen«, meint *Linden*-Gründer und -Chef Philip Rosedale. Der Kalifornier hat mit *Linden Lab* eine Zentralbank geschaffen. Ein wichtiges Instrument der Geldpolitik freilich fehlt – der Leitzins. Denn *Linden Lab* verleiht kein Geld. Noch nicht, sagt Rosedale und träumt von einer raschen Einführung. »Dann hätten wir die traditionelle Kontrolle, wie sie Regierungen haben.« – Edward Castronova, Professor an der Universität von Indiana und einer der wenigen Ökonomen, der sich mit Avataren-Welten auskennt, nennt dies eine klassische Geldpolitik: »Alle Standard-Theorien der Mikro- und Makroökonomie sind in der virtuellen Welt genauso anwendbar wie im echten Leben.«

Doch bei einem – gemäß *Linden Lab* – monatlichen Wachstum von zehn bis fünfzehn Prozent können die Dinge schon einmal ins Schleudern geraten, da es in dieser »Neuen Welt« keine Richtlinien, Regulationen oder Kontrollen gibt. Ein allgemeiner Kodex fordert lediglich artiges Benehmen: »Verhalte dich nicht abfällig!« – »Verhalte dich gesittet!« – »Störe nicht den öffentlichen Frieden!« und so weiter. Mehr als die Macht von *Linden Lab* fürchten die Bewohner von *Second Life* denn auch die Gesetzlosigkeit und die eigene Verletzlichkeit, die im November durch eine Hackerattacke offenkundig wurde. Die Software *Copybot* hatte Avatare und Objekte kopiert – *Second Life*-Geschäftsleute schlossen aus Protest ihre virtuellen Geschäfte und lösten dadurch eine Inflation aus,

ein US-Dollar kostete auf dem Tiefpunkt 291 Linden-Dollar. Erst nachdem *Linden Lab* die Software gesperrt hatte, beruhigte sich der Markt.

Schwebende rosa Penisse

Störaktionen passieren regelmäßig. Als Anshe Chung (mit richtigem Namen Ailin Graef, eine Deutsch-Chinesin, die mit virtuellen Immobilien wohl als einziger Mensch in *Second Life* wirklich reich geworden ist) im Dezember ein Interview geben wollte, wurde sie mit gigantischen, schwebenden, rosa Penissen zugedeckt, während ein klassisches Crescendo ertönte. Selbst Mafia-Clans steigen ein und ruinieren Geschäfte, indem sie virtuellen Abfall abladen oder Programme installieren, damit ein Ort von den jeweiligen Rechnern langsamer geladen wird.

Neben solchen Aktionen und Verletzungen von Urheberrechten gibt es Markenfälschungen (auch in *Second Life* herrscht eine unerklärliche Lust auf Gucci) und Fälle von Geldwäscherei: *Second Life* kennt die Schattenspiele einer modernen Wirtschaft besonders gut. Die Ginko-Bank etwa lockt Avatare mit gigantischen Versprechen auf Renditen. Vorwürfe, dass sie diese auszahlt, indem sie sich bei den Einlagen anderer Kunden bedient – ein klassisches kriminelles Schneeballsystem praktiziert –, konnten noch nie wirklich entkräftet werden. Was *Second Life* allerdings nicht kennt, das sind Steuerbehörden. Doch die werden allmählich aufgeschreckt vom medialen Hype, der momentan um *Second Life* tobt und der über traumhafte dreieinhalb Millionen Spieler schwadroniert. (*Linden Lab* hat diese Zahl inzwischen inoffiziell nach unten korrigiert auf knapp zwei Millionen – eine Angabe, bei der auch jeder einmalige Besucher erfasst wird.) Man kann davon ausgehen, dass etwa 300.000 Personen regelmäßig im *Second Life* unterwegs sind, davon jeweils rund 15.000 gleichzeitig. (Zum Vergleich: Acht Millionen Leute spielen das Online-Spiel *World of Warcraft*.) Die Behörden jedenfalls schalten sich bisher eher zögernd ein. In den USA, in Großbritannien und Australien wird augenblicklich debattiert, ob Gewinne und Einkommen, die in der virtuellen Welt erzielt wurden und auch dort verbleiben, versteuert werden sollen oder nicht.

Bei den Spielfiguren von *Second Life* handelt es sich vorzugsweise um Bodyguards, Nachtclubbesitzer, Modedesigner, Architekten, Tänzer, Glücksspieltreiber und Camper (die herumstehen, um andere Leute anzulocken), Prostituierte und Spekulanten. Verdienen tun sie nicht sonderlich viel. Gerade einmal 17.000 Spieler erwirtschaften einen Gewinn – mehr als die Hälfte davon weniger als zehn US-Dollar pro Monat. 90 Leute verdienen im gleichen Zeitraum über 5.000 Dollar. Einzige Ausnahme blieb bislang die erwähnte Anshe Chung, die sich im Novem-

ber selbst zur ersten Dollarmillionärin bei *Second Life* erklärte und es damit als erste Spielfigur auf die Titelblätter renommierter Wirtschaftsmagazine wie *Business Week* und *Fortune* schaffte. Die Großgrundbesitzerin, die von *Linden*-Chef Philip Rosedale »die Regierung« genannt wird, weil sie in ihrem Reich eigene Gesetze erlassen hat, kauft unerschlossenes Land (also Speicherkapazität auf den 1.750 Linden-Servern) und lässt von ihren Mitarbeitern Landschaften anlegen, bevor sie diese weiterverkauft. In ihren in China domizilierten Anshe Chung Studios arbeiten inzwischen rund 30 Programmierer, die luxuriöse Orte erschaffen, an denen sich später hübsche und reiche Avatare verlustieren.

Nike, Schwab und Le Pen

Second Life ist mit der Weltwirtschaft verbunden. Unzählige Firmen – die Zahlen variieren stark – haben bereits ihre eigenen Niederlassungen in dieser Zweiten Welt etabliert: Nike verkauft virtuelle Turnschuhe, Nissan hat auf einer eigenen Insel einen Fahrparcours eingerichtet, Toyota lanciert ein exklusives Modell, IBM lässt seine Mitarbeiter konferieren, American Apparel hat einen virtuellen Shop mit seinem Online-Shopping-Portal verlinkt. Seit Herbst berichtet ein Londoner Korrespondent der Nachrichtagentur Reuters unter dem Namen Adam Reuters aus *Second Life* – er hat anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos beispielsweise den Avatar von dessen Begründer Klaus Schwab interviewt, der aussieht wie derjenige Mensch, den Schwab wohl morgens im Spiegel gerne sieht: Mäusezählig wie immer, aber 30 Jahre jünger. Seit Dezember bringt der Springer-Konzern wöchentlich die englischsprachige Boulevardzeitung *The Avastar* heraus, in der es allerhand zu berichten gibt: Vom virtuellen Sundance Film Festival etwa, über die Harvard Law School, die diplomatische Niederlassung Schwedens oder über die Attacken auf den Avatar des französischen Rechtspopulisten Jean-Marie Le Pen, der vor der Präsidentenwahl potenziellen Wählern auflauerte.

Als Ziele der mitspielenden Unternehmen gelten Mitarbeiter-Training, Marktforschung und Publizität. Selbst die PR-Firmen, welche die virtuellen Auftritte begleiten, wollen in erster Linie experimentieren. Sie wollen bereiten sein, wenn die dreidimensionalen Universen einmal größer sind als eine eingangs erwähnte Stadt in Bayern.

siehe: <http://secondlife.com/> <http://secondlife.com/world/de/http://getafirstlife.com/> <http://secondlife.reuters.com/> <http://www.the-avastar.com>

Und als Literatur Michael Rymaszewski et al.: *Second Life. The Official Guide*. Wiley & Sons, 2006. 342 Seiten. Ab Mai auch auf deutsch

Rachel Vogt (35) ist im ersten Leben Journalistin. Sie arbeitet in Zürich als Redakteurin der Wochenzeitung WOZ für die Ressorts Politik und Wirtschaft. Daneben schreibt sie an einem abenteuerlichen Buch über Polarliteratur.



Was kostet wie viel bei »Second Life«?

- 55 Linden-Dollar**
Zwei obszöne Gesten
- 100 Linden-Dollar**
Pistole mit Schalldämpfer
- 200 Linden-Dollar**
20 Gesichtsausdrücke
- 225 Linden-Dollar**
40 naturgetreue US-Straßenschilder
- 300 Linden-Dollar**
Fünf Tiergruppen (Kühe, Schafe, Enten, Schweine, Frösche)
- 300 Linden-Dollar**
Animierte Missionarsstellung
- 450 Linden-Dollar**
Kurvenreicher Frauenkörper mit Schmolle Mund von *Flesh Inc.*
- 500 Linden-Dollar**
Set mit 22 Bewegungen (Rennen, Sitzen, Kriechen, Schwimmen, Fallen, Fliegen ect.)
- 800 Linden-Dollar**
Hochklassige asiatische Frauenhaut *Chihiro*, kein Umtausch
- 8.500 Linden-Dollar**
Baum mit drei Baumhaus-Appartments (mit je einer Eingangshalle, zwei Zimmern und einer Terrasse)
- 9500 Linden-Dollar**
Hochhaus, 350 Meter hoch
- 81.500 Linden-Dollar**
Monatliche Nutzungsgebühr für rund 66.000 Quadratmeter Land
- 465.278 Linden-Dollar**
Kaufpreis für rund 66.000 Quadratmeter Land



Körperlich und geistig behinderte Menschen im Rentenalter gab es in Deutschland bisher kaum. Die Jahrgänge vor 1945 waren der nationalsozialistischen »Euthanasie« zum Opfer gefallen. Doch werden – nicht zuletzt dank des medizinischen Fortschritts – behinderte Menschen heute älter als früher. Kinder sollen ihre Eltern überleben. Ist das Kind pflegebedürftig, müssen Eltern manchmal anders denken.

Birgit Borsutzky

Nur für den Notfall bleibt das Pflegeheim

IN DER OBHUT DER FAMILIE BIS ZUM SCHLUSS ■ Seit 51 Jahren betreuen Anna und Horst Radeck ihre behinderte Tochter und konnten es sich nie anders vorstellen

Es ist eine gute Geschichte, solange sie nicht aufhört und Anna Radeck tut, was zu tun ist. An das Ende ihrer Aufgabe denkt sie nicht. Oder fast nicht. Weil es auch das Ende der Geschichte wäre. Keine Zukunft, allein Vergangenheit und Gegenwart füllen das Wohnzimmer mit Regeln und Geboten. »Bloß nicht siezen«, sagt die 82-Jährige sofort. Ihre Tochter Susanne ist 51 Jahre alt. Wer mit ihr reden will, der sollte sie am besten mit »Susi« ansprechen, rät die Mutter.

Susi hat das Down-Syndrom. Sie sitzt im Schottenrock und rotweiß gestreiften Pullover auf dem Sofa und freut sich offenbar über den Besuch. Ihre Nägel sind rot lackiert, sie hört zu, nickt manchmal und lacht. Sie versteht, was gesprochen wird, und wer länger mit ihr redet, versteht auch ihre Antworten. »Keine Lust zum Malen«, sagt sie und schiebt auf Papier gezeichnete Elefanten von sich, als hätte ihr das Malen noch nie Spaß gemacht. Lieber zeigt sie das Foto ihrer Schwimmgruppe. Einmal in der Woche fährt die Mutter mit ihr zum Training und schwimmt gleich mit. Susi spielt auch Tischtennis, übt Gymnastik oder trifft sich mit Arbeitskollegen aus der Behindertenwerkstatt.

Auf die Frage, ob sie die Behinderung ihrer Tochter schon einmal als Last empfunden habe, schüttelt die Mutter den Kopf. Statt dass sich alles um Susi drehe, sagt sie, sei diese in den Alltag der Familie integriert. Susi wäscht sich morgens allein, zieht sich an und schmirt das Brot, das die Mutter geschnitten hat, bevor sie der Minibus in die Werkstatt fährt. Manchmal hilft sie auch im Haushalt, fegt die Küche oder trägt die Tüten vom Markt nach Hause. Schließlich ist sie kräftiger als die Mutter. Wenn Radecks in den Urlaub fahren, kommt Susi natürlich mit.



BIRGIT BORSUTZKY

me wie zu Hause. Mit schlechten Erinnerungen an die Nazi-Zeit habe das nichts zu tun. Susi müsse rund um die Uhr betreut werden. »Bleibt sie sich selbst überlassen, dann verkümmert sie«, ist die Mutter überzeugt. Zwar hat Susi eine Schule für geistig behinderte Menschen besucht. Lesen und schreiben kann sie freilich nicht.

In der 84 Quadratmeter großen Wohnung hat die Tochter ihr eigenes Zimmer. Auf dem Tisch neben der Tür steht ein Kassettenspieler, Bänder mit Volks- und Musical-Musik liegen auf der Fensterbank. Nur das Bett im Schrank war noch nie ausgeklappt. Immer schon übernachtet Susi im Schlafzimmer der Eltern. »Allein im Dunkeln fürchtet sie sich«, erklärt die Mutter. Und was vor Jahrzehnten eine Möglichkeit schien, dass sich nämlich die Tochter hätte abnabeln und mit Freunden oder Kollegen aus ihrer Werkstatt in eine betreute Wohngemeinschaft ziehen können – das sei aus Sicht der Eltern undenkbar gewesen. »Damals war das Angebot für Behinderte noch nicht so wie heute.« Und Susi jetzt noch ins kalte Wasser zu stoßen, wäre grausam.

Das ist die kleine Hoffnung

Das Wohnzimmer der Radecks ließe sich ohne weiteres als ein Domizil älterer Menschen empfinden, würden nicht Kuscheltiere auf Sofalehne und Tisch liegen. Als Erwachsene könnte sie ihre Tochter beim besten Willen nicht sehen, meint die Mutter. Entscheidungsfähigkeit und Urteilsvermögen fehlten gänzlich. Auf die Frage, ob beides eine notwendige Bedingung fürs Erwachsensein sei, zuckt sie mit den Schultern. »Sie ist doch immer noch ein Kind.«

Der Vater zeigt ein Dokument aus dem Jahr 1995, in dem ein Arzt der Tochter eine ausgesprochen kindliche Persönlichkeitsstruktur attestiert. »Sie muss aus eigenem Willen ausziehen wollen«, sagt die Mutter. Wie Susi das ohne eigene Entscheidungsfähigkeit bewerkstelligen soll, bleibt offen.

Dass sie und ihr Mann selbst zum Pflegefall werden oder plötzlich sterben könnten, weiß Anna Radeck. Beim Bruder oder bei der Schwester, die beide mit Anfang 20 ausgezogen sind, könnte Susi nicht wohnen. »Die haben ihre Arbeit und nicht die Zeit, sie rund um die Uhr zu betreuen«, weiß die Mutter. Die Eltern haben Susi deshalb vor zehn Jahren für einen Wohnheimplatz angemeldet. Für den Notfall. Damals haben sie das erste Mal daran gedacht, dass sie irgendwann vielleicht nicht mehr für ihre Tochter sorgen könnten. Ein Gedanke, der von den Radecks verständlicherweise schnell wieder verbannt wird, über den sie nicht weiter reden wollen. »Solange es noch geht, bleibt sie bei uns«, sagt die Mutter. Sie selbst sei noch ohne weiteres in der Lage, die Tochter zu betreuen. Vieles gehe nur langsamer als früher. »Aber bei Susi auch« – und es klingt wie ein Trost.

Möglicherweise müssten sie bald damit rechnen, dass die Tochter an Alzheimer leiden werde, denn diese Krankheit treffe Menschen mit Down-Syndrom oft sehr viel früher als gesunde. Auch alternen sie schneller. Unwahrscheinlich sei es nicht, dass die Tochter vor den Eltern sterbe. Die Mutter senkt den Blick, zögert, und dann sagt sie es doch: »Das ist die kleine Hoffnung, die uns bleibt.« ■

Anzeige

HELDINNEN GESUCHT!

AUS KLEINEN GESTEN WERDEN OFT DIE GRÖSSTEN TATEN.



Wir suchen Menschen, die nach den Sternen greifen oder anderen dabei helfen. Heldinnen und Helden des Alltags, die mit Mut und Engagement die Welt ein kleines Stück verbessern. Leute, die nicht mit dem, was ist, zufrieden sind und es auch zu ändern vermögen.

Helpen Sie uns, diese besonderen Menschen zu finden. Die taz zeichnet ehrenamtliches Engagement aus und vergibt zusammen mit einer prominent besetzten Jury jährlich den Panterpreis. Der Preis ist mit 2 x 5 000 Euro dotiert.

Bewerbungsschluss ist der 5. Mai 2007

taz-Panther 2007

Der Preis für HeldInnen des Alltags



Allein im Dunkeln

»Ich habe noch Vater und Mutter«, sagt Susi auf die Frage, ob sie nicht lieber mit Freunden oder Arbeitskollegen aus der Werkstatt zusammen leben würde. Und der Vater, Horst Radeck, meint: »Uns geht es doch gut. Warum sollten wir klagen?« Wie seiner Frau ist dem 82-Jährigen sein Alter nicht anzusehen. Auch finanziell bräuchten sie sich nicht zu sorgen. Als ehemaliger Postbeamter bekomme er eine gute Pension. Außerdem gäbe es noch das Pflegegeld und Susis Erwerbsunfähigkeitsrente.

Anna Radeck glaubt nicht, dass ihre Tochter in einem Heim die gleiche Fürsorge bekä-

Geistig behinderte Menschen im Alter

Der Bundesverein Lebenshilfe schätzt, dass in Deutschland von den etwa 250.000 geistig behinderten Erwachsenen, die in Werkstätten arbeiten, 60 bis 70 Prozent in der Familie, meist bei ihren Eltern leben. »Der Anteil älterer Menschen, die in Kürze das Rentenalter erreichen, ist besonders hoch«, sagt die stellvertretende Bundesvorsitzende Maren Müller-Erichsen. Viele Eltern, deren geistig behinderte Kinder bald nach 1945 geboren wurden, seien maßgeblich davon beeinflusst gewesen, dass nach dem Ende der Nazi-Zeit der Gedanke des Gnadentods in vielen Köpfen noch präsent war und zuweilen auch geäußert wurde. »Die Eltern konnten das kaum verarbeiten und fühlen sich nun für ihre – erwachsenen – Kinder allein verantwortlich.«

Oft bleiben geistig behinderte Erwachsene für die Eltern ein Leben lang das betreuungsbedürftige Kleinkind. »Die Angehörigen sehen sich dann mehr als bei einer körperlichen Behinderung in der Pflicht, möglichst lange für ihr Kind zu sorgen«, sagt Dr. Stephan Faust, Rechtsanwalt und Berater beim Allgemeinen Behindertenverband Land Brandenburg.

Ob ihr erwachsenes Kind in eine Wohnstätte für Behinderte zieht oder nicht, entscheiden die Eltern freilich nicht immer allein. Wer die Heimkosten nicht selbst zahlen kann, beantragt Sozialhilfe. Der Sozialhilfeträger prüft dann, ob eine stationäre Betreuung notwendig ist oder ambulante Hilfen reichen. Dabei steht die Behindertenpolitik der stationären Betreuung grundsätzlich kritisch gegenüber. Das Sozialgesetzbuch (SGB) IX hat 2001 einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Das Streben nach Selbstbestimmung und Teilhabe hat den reinen Fürsorgegedanken abgelöst. So plädiert die Bundesinitiative Daheim statt des Heimaufenthalts für mehr ambulante Versorgungsstrukturen und den Aufbau kleiner Wohngruppen, um behinderten Menschen ein selbst bestimmtes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ungeachtet dessen bleibt die Frage, was mit geistig behinderten Menschen im Greisenalter passiert, die rund um die Uhr betreut werden müssen. Altenheime sind in der Regel dazu nicht in der Lage. Selbsthilfe- und Wohlfahrtsvereine prüfen daher neue Konzepte, die ein würdevolles Altern für geistig behinderte Menschen ermöglichen. Dass andere Länder Deutschland in dieser Hinsicht voraus sind, hat historische Gründe: Die NS-Diktatur hat frühere Generationen behinderter Menschen nahezu ausgelöscht.

by

Mehr Informationen: www.taz.de/panter

Bewerbungen: die tageszeitung | „Panterpreis“ | Kochstr. 18 | 10969 Berlin | panter@taz.de

FREITAG: Derzeit wird in Deutschland wieder lebhaft über Patientenverfügungen diskutiert, während die Debatte um die anstehende Reform der Pflegeversicherung nur schleppend in Gang kommt. Sehen Sie Bezugspunkte und glauben Sie, dass über Patientenverfügungen diskutiert wird, weil man über die Pflege nicht sprechen will?

THOMAS KLIE: Die beiden Gesetzesinitiativen haben zwar eine thematische Verbindung, werden aber doch in sehr unterschiedlichen Kontexten diskutiert. Während es im einen Fall darum geht, wie wir den sozialstaatlichen Beitrag zur Pflege ausgestalten können, geht es im anderen um die Selbstbestimmung und Autonomie des Patienten angesichts von dramatisiert kommunizierten Lebensende-Konstellationen – etwa bei Wachkoma-Patienten.

Diese Diskussion wird derzeit in vielen europäischen Ländern geführt.

Ja, denken Sie nur an die kürzliche Erklärung von 2.000 Ärzten in Frankreich, die einräumen, sie hätten Menschen zu Tode gebracht und sich wünschen, dass dies entkriminalisiert wird. Ich bin ein entschiedener Gegner einer gesetzlichen Regelung von Patientenverfügungen – zumindest zu diesem Zeitpunkt –, weil Sekundärwirkungen auf einer ganz anderen Ebene zu befürchten sind. Die Sorge um menschenwürdige Bedingungen am Lebensende könnte Menschen dazu bringen, eine Patientenverfügung zu unterschreiben. Gerade das wäre dann nicht Ausdruck von Selbstbestimmung. Wir sollten also zuerst für Rahmenbedingungen in der Pflege sorgen, um Menschen nicht aus Angst vor einem unwürdigen Lebensende zu veranlassen, in Patientenverfügungen Auswege zu suchen.

Ende 2005 zählte die Statistik 2,13 Millionen Pflegebedürftige, bis 2040 werden es rund vier Millionen sein. Gleichzeitig verändern sich die Lebensumstände, wir müssen mobiler und flexibler sein, was sich mit langfristiger Betreuungarbeit nicht verträgt. Und die Pflegekasse steht früher oder später vor dem Exodus. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Die Sicherung der Pflege ist auf Dauer über die Pflegeversicherung nicht möglich, sie ist auf die Solidaritätsbereitschaft in Familien und in der Partnerschaft angewiesen, aber eben auch auf die Solidarität zwischen den Generationen. Mit der innerfamiliären Pflegebereitschaft in dem tatsächlichen Ausmaß hat der Gesetzgeber 1994 bei der Einführung der Pflegeversicherung nicht gerechnet. Die Pflegekasse wäre schon um die Jahrhundertwende finanziell am Ende gewesen, wenn die damals angenommenen Bedingungen eingetreten wären. Schon da war bereits absehbar, dass ein umlagefinanziertes System langfristig keine Zukunft hat. Das war durchsetzbar, weil die Bevölkerung an das System der Sozialversicherung glaubt und hofft, dass es Stabilität schafft. Wir werden aber ein solches Sicherungsniveau, wie wir es heute haben, für nachfolgende Generationen nicht erhalten können.

Plädieren Sie stattdessen eher für kapitalgedeckte Versicherungslösungen?

Ich würde für eine Mischfinanzierung plädieren – aus Umlage, Kapital und Steuer – und schauen, wie die Mittel effektiv einzusetzen sind. Pflege bleibt eine sozialstaatliche Aufgabe. Sie wird überwiegend in Netzwerken geleistet – traditionell in Familien, künftig vielleicht auch in anderen Netzwerken. Wenn man will, dass dies so bleibt – trotz rückläufiger Kinderzahlen, einer höheren Frauenerwerbstätigkeit und zunehmender Mobilität – dann muss man investieren in die Pflegebereitschaft der Menschen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Pflegepolitik ist vor allem auch Familienpolitik. Nicht nur Kindererziehung und Berufstätigkeit sollten zu vereinbaren sein, sondern wir müssen auch die Pflegearbeit und die Transferleistungen darauf ausrichten.

Wenn die Familien kleiner werden, wird es wichtiger, dass man Netzwerke mit einem gemeinsamen Wertehintergrund pflegt

Aber nimmt die Pflegebereitschaft in den Familien nicht generell ab? Wie haben wir uns die von Ihnen genannten Netzwerke vorzustellen?

Nach wie vor gelingt es vielen Familien immer noch – bei allen Belastungen, die das mit sich bringt – die Pflege ihrer Angehörigen zu sichern. Dennoch gibt es regionale und milieuspezifische Unterschiede. Die Bereitschaft, allein und ohne professionelle Unterstützung zu pflegen, ist im bürgerlichen Milieu sehr viel weniger ausgeprägt als in der traditionellen Unterschicht, insbesondere im Migrantenmilieu oder in Haushalten, die auf das Pflegegeld angewiesen sind. Wenn aber die Familien kleiner werden, wird es wichtiger, dass man Netzwerke mit einem gemeinsamen Wertehintergrund pflegt. Wir brauchen solche modernen leistungsfähigen Netzwerke, und wir sollten viel stärker auf



FRANK HELWIG

Die Erfahrung mit Pflege verändert unsere Prioritäten

IM GESPRÄCH ■ Der Rechtswissenschaftler Thomas Klie über die Reform der Pflegekasse, eine ultimative Familienpolitik und die Notwendigkeit, eine »Zivilisation zweiter Ordnung« zu schaffen

Nachdem am 1. April der erste Teil der Gesundheitsreform in Kraft getreten ist und das Gesundheitsministerium in einer großangelegten Anzeigenkampagne verbale Beruhigungspillen verabreicht, ist die nächste Sozialbaustelle, die Reform der Pflegekasse, schon weiträumig abgesteckt. Die 1995 eingeführte und im Gegensatz zu den übrigen Sozialkassen von den Versicherten alleine finanzierte Pflegeversicherung wird weder die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt noch die demografischen Veränderungen der kommenden Jahrzehnte auffangen können. Zwar ist die Pflegekasse keine Rundum-Versicherung, sondern gewährt nur eine Grundversorgung. Doch seit ihrer Einführung wurde der Beitragssatz von 1,7 Prozent – abgesehen vom so genannten Kinderlosen-Zuschlag – nie erhöht, und auch die Pflegesätze wurden seither nicht angepasst. Inzwischen müssen 28 Prozent aller Pflegebedürftigen und mehr als die Hälfte der Heimbewohner (in Pflegestufe III) aus eigener Tasche draufzahlen oder bei Bedürftigkeit Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Doch nicht nur der finanzielle Rahmen der Kasse soll überdacht werden, sondern auch die Rahmenbedingungen der Pflege. So sind heute demenzkranke Menschen immer noch erheblich schlechter versorgt, weil sich die Pflegebedürftigkeit vorwiegend an ihrer körperlichen Verfassung orientiert, ihr Pflegebedarf unter Umständen aber größer ist als bei körperlich Eingeschränkten. Ein wichtiger Neuansatz könnte auch die Einführung des persönlichen Pflegebudgets sein, das seit 2004 bereits im Behindertenbereich getestet wird. Statt an die Dienstleister oder Heime zahlt die Pflegekasse unmittelbar an die Betroffenen, die eigenständig Leistungen auf dem Markt einkaufen. Zur Disposition stehen auch die starren Pflegestufen, die dazu führen, dass gute Pflege – etwa wenn sich ein Patient so gut erholt, dass er in die jeweils niedrigere Stufe kommt – bestraft wird.

Um ein Szenario wie bei der Gesundheitsreform zu vermeiden, wollte Gesundheitsministerin Schmidt ursprünglich gemeinsam mit ihren Kollegen Horst Seehofer und Ursula von der Leyen bis Frühjahr ein Konzept vorlegen. Doch die exklusiv tagende Runde wurde im März durch einen Querschuss aus Bayern aufgeschreckt: Sozialministerin Christa Stewens schlug vor, die Pflegekasse durch die Einführung von pauschal sechs Euro pro Versicherten finanziell zu stabilisieren. Diese »kleine« Kopfpauschale wurde seitens der SPD, die lieber auf eine moderate Beitragsanhebung setzt, schon aus ideologischen Gründen verworfen. Der im Hinblick auf die Gesundheitsreform beigelegte Streit Kopfpauschale versus Bürgerversicherung droht sich im »Pflegefall« zu wiederholen.

Die Sozialdemokraten wollen dieses Mal auch die Privatversicherten mit ins Boot holen, weil sie das derzeitige System für ungerecht halten. Diese zahlen bisher zwar weniger ein, erhalten aber die gleichen Leistungen aus der Kasse. Dieser Vorstoß findet auch Unterstützung in der Opposition. In einem bereits Ende vergangenen Jahres vorgestellten Reformpapier drängen die Grünen auf eine solidarische Finanzierung der Pflege, zumindest aber auf die Einführung eines Finanzausgleichs zwischen privater und gesetzlicher Versicherung und auf den Aufbau einer Demographiereserve. Die unionsregierten Länder reagierten auf den bayrischen Alleingang eher verhalten, vor allem, weil mit sechs zusätzlichen Euro keine Pflege zu machen ist, auch wenn sie über zwanzig Jahre angespart und verzinst werden. Bemerkenswert ist, dass in den letzten Wochen zwar viel über das individuell bestimmte und geplante Lebensende diskutiert wird, aber nicht über würdiges Leben im Alter. Die Reform der Pflegekasse könnte hierzu endlich ein Anlass sein.

Alle Beteiligten beklagen, dass seit 1995 die Pflegesätze nicht mehr angehoben wurden. Was müsste hier passieren?

Durch eine stärkere Flexibilisierung der Leistung und des Marktes ließe sich eine deutlich höhere Bedarfsdeckung erzielen, das zeigen die Erfahrungen mit dem personenbezogenen Pflegebudget, das wir aus dem Behindertenbereich kennen. Unter der Voraussetzung, dass nicht alles geleistet werden kann, überlässt man es dem Betroffenen, der fachlich beraten darüber entscheidet, was ihm besonders wichtig ist. Man könnte aber auch die Leistungserbringer einladen, flexible Leistungspakete anzubieten, die sich von den präformierten Pflegeversicherungsleistungen lösen. Dagegen wehren sich die Pflegedienste, die Einkommensverluste befürchten und die bisherigen Tarife nicht verlieren wollen. Das kann aber kein Argument gegen eine

Marktflexibilisierung sein. Die Pflegeversicherung ist primär für die Betroffenen da und keine Versicherung der Dienste.

Derzeit werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zuhause versorgt, rund 670.000 im Heim. Obwohl das Heim aber erheblich teurer ist, hat man den Eindruck, dass das Prinzip »ambulant vor stationär« von der Politik gar nicht erwünscht ist, denn je nach Pflegestufe wird die stationäre Unterbringung stärker subventioniert als die ambulante. Wie erklären Sie sich das?

Die Abwägungen ob Heim oder nicht Heim sind bei den Betroffenen meist ökonomischer Art: Es wird überlegt, was das Heim kostet, weil durch die Zuzahlung möglicherweise ein Erbe verloren geht oder die Kinder zahlen müssen. Oder es wird abgewogen, welche Nachteile mit der Pflege verbunden sind, für den Beruf oder für den Urlaub, und wie sie die Familie belastet. Auch das sind letztlich ökonomische Erwägungen, die viel stärker wirken als moralische. Dies und das generell schlechte Image von Heimen führen zu einer deutlichen Begrenzung der Heimunterbringungen. Zusätzlich wird mancherorts geprüft, ob bei Pflegestufe I überhaupt eine Heimbedürftigkeit vorliegt, wenn die Sozialhilfe zuzahlen müsste. Sie haben aber insofern recht, als sehr viel Geld aus dem Topf der Pflegeversicherung in die Heime geht und das Leistungsrecht mit dem Grundsatz ambulant vor stationär nicht Ernst macht.

Für uns besteht die kulturelle Herausforderung darin, dass wir nicht nur allen Menschen ein Lebensrecht zusprechen, sondern auch Lebensqualität und Zugehörigkeit

Seit Jahren gibt es eine Diskussion, dass dem Leistungsrecht ein unzulänglicher Pflegebegriff zugrunde liegt, weil er einseitig am körperlichen Befinden orientiert ist. Das Ministerium hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um den Pflegebegriff zu überarbeiten. Wie bewerten Sie diese Debatte und auf welche Weise würden Sie sich den Pflegebegriff ausgedehnt wünschen?

Pflege dient ja der Sicherung der Lebensqualität, und mir erscheint bei der Überarbeitung des Pflegebegriffs wichtig, dass künftig alle relevanten Bedarfe erhoben werden, auch die, die über das hinausgehen, was die Pflegeversicherung bisher zu leisten in der Lage ist. Notwendig sind auch Maßnahmen, um die Pflegebedürftigkeit zu verhindern und es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, an der Gesellschaft teilhaben zu können. Sie müssten zusammen mit Fachkräften aushandeln können, was geboten und was individuell erwünscht wird, so etwa wie das in den Niederlanden der Fall ist. Das hätte eine Veränderung der Begutachtung zur Folge, weil es ja nicht nur darum ginge, eine Pflege-

stufe festzustellen. Die wäre dann nur das »Abfallprodukt« eines solchen Verfahrens. Die Ausweitung des Pflegebegriffs, das muss man deutlich sagen, führt aber nicht automatisch zu einer Leistungsausweitung und darf dies auch nicht.

Der Druck auf die Pflegekasse entsteht auch, weil Demenzkranke in das Sicherungssystem der Pflegekasse einbezogen werden sollen. Sie werben seit Jahren dafür, dass das Leben mit Demenzkranken nicht nur Last, sondern auch Gewinn sein kann.

Wir wissen dank unserer Göttinger Kollegen um Andreas Kruse, dass wir in absehbarer Zeit keine Therapien für Demenzkranke haben werden und es in diesem Bereich Hilfebedarf nicht-pflegerischer Art gibt. Menschen mit Demenz geben viele Anzeichen für Zufriedenheit, wenn sie unter verträglichen Bedingungen und eingebettet in helfende Beziehungen leben. Man darf das nicht verkären, aber ihr Leben gelingt offenbar in anderer Weise, als wir uns mit unserem selbst kontrollierten Konzept von Zufriedenheit annehmen. Für uns besteht die kulturelle Herausforderung darin, dass wir nicht nur allen Menschen ein Lebensrecht zusprechen, sondern auch Lebensqualität und Zugehörigkeit. Das hängt nicht nur von sozialen Sicherungssystemen ab, sondern von der Grundhaltung der Gesellschaft. Wir können viel dazu beitragen, dass Menschen mit Demenz gewürdigt Menschen sind und sich als solche empfinden.

Aber wir pflegen doch gerade unser Bild von Selbstbestimmung und Autonomie?

Der Zivilisationsprozess unserer Gesellschaft zielt immer stärker auf die Kontrolle zwischenmenschlicher Beziehungen und auf Selbstkontrolle ab. Wir bräuchten eine Zivilisation zweiter Ordnung, die unsere Gesellschaft an den kulturellen Wert erinnert, jeden Menschen, unabhängig von dem, was er ist und kann und unabhängig von unseren Konventionen, als lebenswert und lebendig zu sehen. Dieser Aspekt ist gerade auch im Kontext von Patientenverfügung und Sterbehilfe von großer Bedeutung. Wir dürfen nicht provozieren, dass pflegebedürftige oder demenzkranke Menschen ihr Leben als lebensunwert betrachten. Und denken Sie daran, dass viele Menschen, wenn sie über 40 sind – und ich gehöre dazu – Erfahrung mit Pflege haben und sagen, das hat die Prioritäten in meinem Leben verändert.

Das Gespräch führte Ulrike Baureithel



Professor Dr. Thomas Klie lehrt öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Fachhochschule Freiburg und ist unter anderem Experte für soziale Gerontologie und zivilgesellschaftliches Engagement.

Anzeige

AHRIMANs KETZERBRIEFE

Die Flaschenpost für unangepaßte Gedanken

Herausgegeben vom Bund gegen Anpassung

Wollen Sie sie nicht doch mal lesen?

Neu!

86 S., 7 Abb., € 4.50 (Abso: 6 Hefte, € 30.50 inkl. Versand) / ISSN 0930-0503

Aus der neuesten Ausgabe: Fritz Erik Hoevens: ... oder ein Nationalsozialist ... • Kurt Tucholsky: Der Exodus • Kurt Tucholsky: Der Reichstagsbericht • Aus der Welt der Ideologeme (V): Was ich schon immer mal kapierten wollte • Angela Virjat: Verräterischer US-Hang zur Symbolik • Hetze gegen Leipziger Stadtschüler • Kerstin Steinbach: Obermaier und Schwarzer – und das soll alles gewesen sein? • Der unterschlagene Fall José María Sison: EU entrechtet auf US-Befehl heimlich Oppositionelle

AHRIMAN-Verlag

Postfach 6569, 79041 Freiburg; Tel: 0761/502303, Fax: 502247
Bestellungen per e-mail: ahriman@t-online.de oder über Warenkorb auf www.ahriman.com

Jetzt bestellen!

Die Polizei steht derzeit nicht gut da: In Berlin äußern sich Polizeischüler antisemitisch und wollen nichts über den Holocaust wissen. In Frankfurt/Main tauscht Michel Friedmans ehemaliger Personenschutz nach Dienstschluss symbolisch die grüne gegen die braune Uniform. In Dessau stehen zwei Polizisten vor Gericht, weil in ihrem Gewahrsam ein gefeselter Asylbewerber zu Tode kam. Sind Polizisten notorisch rechts, rassistisch und gewalttätig?

In regelmäßigen Abständen kommen Fälle an die Öffentlichkeit, die Anlass zur Sorge geben, und genauso regelmäßig wird von Verwaltung und Politik beteuert, es handle sich um Einzelfälle, um »schwarze Schafe«. Die Polizei könne nur Spiegelbild der Gesellschaft sein, heißt es abwehrend, eine Perspektive, die angesichts des wachsenden Neonazismus und der weiten Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wenig beruhigend ist, vor allem für die potenziellen Opfer polizeilicher Übergriffe. In der Regel sind es linke Demonstranten und Angehörige von Minderheiten mit »geringer Beschwerdemacht«, wie es im Fachjargon heißt. Deutlich überproportional betroffen sind Asylbewerberinnen und -bewerber und Migranten und unter ihnen wiederum Menschen afrikanischer Herkunft. Je dunkler die Haut, umso größer das Risiko, Polizeioffer zu werden.

In Zahlen ist das Ausmaß des Problems nicht bekannt, denn eine systematische Erfassung von Beschwerden und Anzeigen gegen Polizeibeamte findet trotz mehrfacher Aufforderung durch Amnesty International bis heute nicht statt. Die Menschenrechtsorganisation dokumentierte von 1993 bis 2003 annähernd 200 Berichte über Willkür, Misshandlungen und unrechtmäßigen Gewalteneinsatz durch Polizeibeamte bei Personenkontrollen, Festnahmen oder in Polizeigewahrsam. Fälle, die in die Presse gelangten oder bei Amnesty gemeldet wurden. Einige übernahm der UN-Sonderberichterstatter für Folter. Auch die Menschenrechtsgremien des Europarates äußerten sich mehrmals besorgt über Misshandlungen und Todesfälle insbesondere bei Abschiebungen.

Seit Jahren wird die Bundesregierung auf europäischer wie auf UN-Ebene angemahnt, unabhängige Beschwerdestellen und Kontrollinstanzen einzurichten, um ihre Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsabkommen einzuhalten. Aber die Landesdienstherren der deutschen Polizei wehren sich massiv dagegen. Einzige Ausnahme war bisher Hamburg. Nach einer unüberschaubaren Häufung von Misshandlungsfällen wurde auf Initiative der regierungsbeteiligten Grün-Alternativen Liste 1998 eine unabhängige Polizeikommission eingerichtet. Nur drei Jahre konnte sie als Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Mitglieder des Polizeidienstes arbeiten, mit dem Ziel, strukturelle Mängel aufzuspüren und Veränderungsvorschläge zu machen. Die erste Amtshandlung des Innensenators »Richter Gnadenlos«, Ronald Schill, war die Ab-



Demonstration vor dem Landgericht in Dessau im Gedenken an Oury Jalloh, der 2005 im Polizeigewahrsam ums Leben kam

Beate Selders

Je dunkler die Haut, umso größer das Risiko

POLIZEI UND RASSISMUS ■ Wenn es in Fällen von Polizeigewalt gegen Migranten überhaupt zu Ermittlungen kommt, werden die Verfahren meist frühzeitig eingestellt

setzung der Kommission. Auch die CDU hatte von Anfang an Front gemacht gegen eine vermeintliche Unterhöhung der Autorität der Staatsgewalt durch das Gremium, unterstützt von der Gewerkschaft der Polizei. Deren Vorsitzender Konrad Freiberg ist bis heute der Meinung, externe Kontrollinstanzen würden die Unabhängigkeit der Justiz in Frage stellen und ein zersetzendes Misstrauen gegen die Institution Polizei etablieren. Erstaunlich, handelt es sich doch um eine sehr naheliegende, demokratische Kontrolle des wichtigsten Teils des staatlichen

Gewaltmonopols, die in den meisten europäischen Nachbarländern bereits seit einigen Jahren Standard ist.

Immer wieder wird in Polizeikreisen schlicht behauptet, es bestehe kein Bedarf an Kontrollinstanzen. Beweisen sollen dies ausgerechnet die hohe Einstellungsquote von Ermittlungsverfahren gegen die Polizei und die wenigen Verurteilungen von Polizisten. So wurden zum Beispiel 2004 in Berlin von 766 Ermittlungsverfahren 759 eingestellt. Nur ein Prozent kam vor Gericht. Daran sähe man doch, dass die Vorwürfe haltlos sei-

en, so die Argumentation auch von SPD-Politikern wie dem Berliner Innensenator Körtling. Das allerdings sehen sowohl Bürgerrechtsorganisationen als auch EU- und UN-Menschenrechtsgremien völlig anders. Sie werten die häufige Einstellung von Ermittlungsverfahren als Indiz für die geringe Bereitschaft der Polizei, gegen die eigenen Leute zu ermitteln. Staatsanwaltschaften könnten wiederum durch ihre institutionelle Nähe zur Polizei befangen sein. Auch der Prozess gegen zwei Polizeibeamte aus Dessau, die sich für den Tod des Asylbewerbers Oury

Jalloh in Polizeigewahrsam 2005 verantworten müssen, wäre ohne den zähen Kampf von Flüchtlingsgruppen und antirassistischen Initiativen nicht zustande gekommen.

»Die gängige Praxis, Verfahren einzustellen, schwächt das Unrechtsbewusstsein in der Polizei und ist für die Opfer psychisch verheerend«, meint Helga Seyb, Mitarbeiterin der Beratungsstelle *Reach Out* in Berlin. »Gerade Migranten haben oft ein großes Vertrauen in die deutsche Demokratie. Werden sie Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt und ihnen wird nicht geglaubt, weil Aussage gegen Aussage steht und die der Beamten schwerer gewichtet wird, sind sie doppelt traumatisiert und aus der Bahn geworfen.«

In seinem letzten Länderbericht fordert der UN-Menschenrechtsausschuss die deutschen Ermittlungsbehörden auf, alle Misshandlungsvorwürfe vor Gericht zu klären, und rügt abschreckende Gegenanzeigen wegen »Widerstands gegen die Staatsgewalt« oder »Verleumdung« durch die beschuldigten Beamten. Wie abschreckend die Wirkung solcher Anzeigen vor allem für Ausländerinnen und Ausländer ist, lässt sich daran ermes- sen, dass eine Verurteilung bedeuten kann, die Aufenthaltsgenehmigung zu verlieren. Angst vor Gegenanzeigen und hohen

Seit Jahren wird die Bundesregierung angemahnt, unabhängige Kontrollinstanzen einzurichten, aber die deutsche Polizei wehrt sich massiv dagegen

Verfahrenskosten, die Gewöhnung an Schikanen und fehlende Rechtskenntnisse lassen eine hohe Dunkelziffer vermuten.

Reinhard Mokros, Dozent an der Polizei-Fachhochschule Nordrhein-Westfalen und ehemaliger Vorsitzender der Humanistischen Union, sieht die Ursachen für unrechtmäßige Polizeigewalt in strukturellen Problemen des Apparates und in Diskursen wie der resistentgeladenen Asyl- und Integrationsdebatte der vergangenen zwei Jahrzehnte. »Außerdem entstehen strukturelle Probleme durch die Gesetzeslage«, meint der erfahrene Polizeiobererrat. »Die Residenzpflicht, die Asylbewerbern und Geduldeten verbietet, den zugewiesenen Landkreis zu verlassen, und Fahndungen nach »Illegalen« lenken die polizeiliche Aufmerksamkeit zwangsläufig auf ethnische Merkmale.«

Ein fremdländisches Aussehen stellt Menschen bereits wegen ihrer bloßen Anwesenheit unter Kriminalitätsverdacht. Wo es mehr Kontrollen gibt, wird auch mehr gefunden – Verdachtsmomente, die sich in Anzeigen und in der Polizeistatistik als Ausländerkriminalität niederschlagen. Ein Teufelskreis, denn ihre Voreingenommenheit und rassistischen Ressentiments begründen Polizeibedienstete mit dieser vermeintlich hohen Ausländerkriminalität, so das Ergebnis von Befragungen im Rahmen verschiedener wissenschaftlicher Studien. ■

Rassistische Motive?

IM GESPRÄCH ■ Der Rechtsanwalt und Menschenrechtsexperte Rolf Gössner über den in Dessau verhandelten Fall des Asylbewerbers Oury Jalloh, der im Januar 2005 in einer Polizeizelle verbrannte

Seit voriger Woche findet vor dem Landgericht Dessau ein Strafverfahren gegen zwei Polizeibeamte statt, die mutmaßlich für den tragischen Verbrennungstod des Asylbewerbers Oury Jalloh verantwortlich sind. Die Anklage lautet auf Körperverletzung mit Todesfolge durch Unterlassen und auf fahrlässige Tötung. Der Bürgerkriegsflüchtling aus Sierra Leone war Anfang 2005 in betrunkenem Zustand in Polizeigewahrsam geraten. Die Polizisten fesselten ihn an Händen und Füßen und ließen ihn an seine Matratze fixiert allein zurück. In dieser Sicherheitszelle verbrannte er am 7. Januar 2005, weil die Beamten trotz Alarmzeichen nicht rechtzeitig reagierten.

Eine internationale Delegation beobachtet diesen Aufsehen erregenden Prozess vor dem Landgericht. Der Rechtsanwalt Rolf Gössner, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, ist Mitglied der Delegation.

FREITAG: Was wäre ohne den öffentlichen Druck aus dem Vorfall geworden? ROLF GÖSSNER: Eine hypothetische Frage – aber es ist schon als Erfolg zu werten, dass das Verfahren nicht sang- und klanglos eingestellt worden ist, wie so häufig bei Todesfällen auf Polizeirevieren und durch Polizeigewalt.

Halten Sie das Gericht für befangen?

Mitunter kommen Zweifel an der Unvoreingenommenheit des Vorsitzenden Richters auf, wenn er einen afrikanischen Zeugen herablassend behandelt, während er Polizeizeugen, und seien sie noch so dreist, öfter hilfreich zur Seite springt. Hier scheint das notorische Muster auf, demzufolge Beamte vor Gericht oft anders behandelt werden als

Normalbürger und anders als Migranten ohnehin.

Ist in dem Fall besonders schlampig ermittelt worden?

Bisher kann meines Erachtens nicht davon gesprochen werden – abgesehen von der mutmaßlichen Verschleppung des Verfahrens, das sich schon über zwei Jahre hinzieht. Die Staatsanwaltschaft hat aber gravierende Widersprüche des Geschehens ignoriert und frühzeitig die Version der angeklagten Polizeibeamten übernommen. Danach habe das Opfer die schwer entflammable Matratze, trotz Fesselung an allen Gliedmaßen, selbst angezündet – mit einem Feuerzeug, das bei der intensiven Personenkontrolle übersehen worden sein soll und nach dem Brand erst bei einer zweiten Zellen-Durchsuchung gefunden wurde. Es sind auch gänzlich andere Geschehensabläufe denkbar, die im Laufe des Prozesses untersucht werden müssen.

Halten Sie die These, es handle sich um einen Mord zur Vertuschung von Misshandlungen auf der Polizeiwache, für wahrscheinlich?

Nach dem bisherigen Verlauf der Hauptverhandlung gibt es hierfür keine Anhaltspunkte. Es ist zwar richtig, dass Oury Jalloh vor seinem Tod Verletzungen erlitten haben muss – etwa einen Nasenbeinbruch, der erst in einer zweiten, von seinen Freunden initiierten Obduktion zu Tage getreten ist. Doch ein Kausalzusammenhang zwischen diesen Vorverletzungen und dem gewaltsamen Tod lässt sich bislang nicht nachweisen. Allerdings muss im Prozess mit Nachdruck dieser Möglichkeit nachgegangen werden, auch wenn sie noch so unglaublich scheint.

Wie schätzen Sie den Prozessverlauf ein?

Die Nebenklage kann bereits einen wichtigen Erfolg verbuchen: Gegen den ursprünglichen Willen des Vorsitzenden Richters wird künftig auch jener Todesfall in dem Prozess verhandelt, der sich bereits 2002 in derselben Zelle des Dessauer Polizeireviers ereignete. Damals starb ein 36-jähriger Obdachloser im Gewahrsam – und Dienst tat einer der jetzt anklagten Polizeibeamten, dem schon damals Nachlässigkeit vorgeworfen wurde. Die bisherigen Zeugenvernehmungen ergeben im Übrigen ein teilweise erschreckendes Bild von einer Sicherheitsbehörde, in der »Sicherheit« offenbar über Menschenwürde und Bürgerrecht gestellt wird, in der Kontrollgänge nachlässig absolviert werden, in der es kaum Schulungen gibt, geschweige denn ausreichende Brandschutzmaßnahmen. Am Ende verwandelte sich der Sicherheitsgewahrsam in eine Todesfalle.

Spüren Sie eine Auswirkung der internationalen Beobachtung auf den Prozessverlauf?

Das ist schwer zu sagen. Es ist sicherlich wichtig, dass diese internationale Prozessbeobachtergruppe vor Ort ist. Sie drängt auf eine rückhaltlose Aufklärung des Falles und auf Entschädigung der Familie des Toten.

Wie begründet die Beobachtergruppe ihren Rassismusbefund?

Noch ist der Rassismusbefund nicht zu beweisen, auch wenn manche schon heute von »Mord aus rassistischen Motiven« sprechen. Aber es gibt Anzeichen dafür, dass das Verhalten der Angeklagten rassistisch geprägt sein könnte. Das betrifft bereits die Personenkontrolle, die zur Festnahme führte. Jalloh hatte einen gültigen Ausweis bei sich und erst wenige Monate zuvor war auf demselben Revier seine Identität überprüft worden, was einer der Angeklagten wusste. Solche wiederholten, oft schikanösen Prozeduren erleben Flüchtlinge und besonders Schwarzafrikaner hierzulande täglich. Man hat es im Gerichtssaal, wo viele Schwarze dem Prozess folgen, förmlich gespürt, dass in diesem Verfahren auch ihre demütigenden Alltagserfahrungen Thema sind. Verlauf und

Ausgang des Verfahrens haben deshalb für alle davon Betroffenen eine große Bedeutung. Die verzögerte Reaktion auf die Alarmzeichen aus der Gewahrsamszelle, wie sie einem der Angeklagten zum Vorwurf gemacht wird, könnte auch rassistisch motiviert sein – wenn man etwa die zynischen Redensarten über den Gefangenen bei den beiden Telefongesprächen entsprechend deutet, die der Angeklagte mit dem Arzt führte, der Jallohs Gewahrsamstauglichkeit festgestellt hatte.

Die internationale Beobachtergruppe fordert, den gesellschaftlichen Kontext zu berücksich-

tigen. Wie realistisch ist das im laufenden Verfahren?

Das ist ein schwieriges Unterfangen, denn in Strafprozessen werden die gesellschaftlichen Implikationen und Hintergründe solcher Fälle systematisch »kleingearbeitet«. Hier prozessual gegenzusteuern, ist die schwierige Aufgabe der Nebenklage. Zu den Aufgaben der Prozessbeobachter gehört es, diesen Kontext in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Das Gespräch führte Beate Selders

Spendenkonto für Prozesskosten: Antirassistische Initiative e.V. Kto. 3039600, B.L.Z. 10020500, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: Dessau

Anzeige

I_rh_Ignngle8
èUgp umjjcl eckcglq_k
cglc lcscN_prcg u_ecl,
@crcgjgerCsaf_lbgcck
Eckcglqaf_drqucpic
Q_erH? xsp lscsl Jglicl Hcrrx`gq xs k /6,K_g s k /6 Sfp
_`qrg k kcl Ucgrcpc Gldmpk_rgm lcl slrcp .1.-02..7 320
slb gk Grcplcr slrcp sp_`qrg k k s le,jglqn_prcg,bc

DIE LINKE.

Der berühmteste Bolivianer aller Zeiten« – so artikuliert sich der Stolz linker Bolivianer, aber auch der Missmut ihrer rassistischen rechten Kontrahenten, die dieses Lob mit zynischem Unterton versehen – der 47-jährige indigene Präsident Evo Morales sorgt wieder für Aufsehen. Mit dem für ihn typischen Pathos der Bescheidenheit kündigt er vorgezogene Wahlen für 2008 an, bei denen er selbst nicht mehr kandidieren will. So präsentiert sich ein Demokrat wie aus dem Bilderbuch. Hugo Chávez, so das venezolanische Fernsehen, soll den Kopf geschüttelt haben.

Es war zweifellos eine Sensation, als der einstige Kokabauer aus dem verschlafenen Dorf Orinoca in der Minenprovinz Oruro mit seiner *Bewegung zum Sozialismus* (MAS) am 18. Dezember 2005 mit 54 Prozent der Stimmen die Wahlen gewann und als erster Indigener Boliviens am 22. Januar 2006 die Staatsgeschäfte übernehmen konnte. Am 1. Mai 2006 schon erfüllte Morales eines seiner Versprechen, indem er die Öl- und Gasindustrie verstaatlichte und weitere Reformen in der Landwirtschaft und im Bergbau einleitete. All dies verlief nach Plan und konnte nach der anfänglichen Hysterie, die von den multinationalen Konzernen wie von rechten Kritikern geschürt wurde, mit »Rationalität und Augenmaß«, so die argentinische Zeitung *Página 12*, ins Werk werden. Die Welt war verblüfft über das politische Talent des ebenso revolutionären wie pragmatischen indigenen Führers.

Durch die unnachgiebige Blockade der Opposition droht Evo Morales eine Niederlage, die zum Zusammenbruch des gesamten linken Projektes führen könnte

Gerade noch von der weißen Oligarchie seines Landes als »politischer Tölpel« und »Indio ohne Sinn und Verstand« diffamiert, handelte Morales mit den multinationalen Unternehmen neue Konzessionsverträge aus, die 2006 1,26 Milliarden Dollar in die Staatskasse brachten – 653 Millionen mehr als 2005. Der so erwirtschaftete Haushaltsüberschuss von etwa fünf Prozent (einmalig seit 37 Jahren) kam vorrangig den Kleinbauern zugute, die 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wirtschaftspolitisch ging die Rechnung damit schneller auf als Morales-Kritiker denken konnten, was die rechte Opposition, angeführt von Ex-Präsident Quiroga, nicht daran hinderte, weiter einen an »Hugo Chávez und Fidel Castro angelehnten totalitären und autoritären Führungsstil« anzuprangern.

Doch mit Totalitarismus hat die Morales-Regierung nichts zu tun. Keine demokratische Institution wird in Frage gestellt. Im Interesse des Landes zielt die Verstaatlichung der Gas- und Erölvorkommen darauf, eine moderne, wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen. Zudem hat Morales Handelsverträge mit Argentinien, Brasilien, Venezuela und Kuba geschlossen, die entgegen allen Befürchtungen bereits jetzt fassbare Resultate zeitigen. Am 29. April 2006, zwei Tage vor seinem Verstaatlichungsdekret, trat er in Ha-



BOLIVIEN ■ Evo Morales' linker Verfassungspatriotismus und die Sackgasse von Sucre

vanna der von Kuba und Venezuela ausgehenden »Bolivarianischen Alternative für Amerika« (ALBA) bei, die sich als Gegenentwurf zum US-Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) versteht.

Dieser Präsident, den die Bourgeoisie in Bolivien (wie auch in Argentinien oder Brasilien) inzwischen am liebsten nur noch als Lamatreiber sehen würde, ist wahrlich eine Ausnahme an republikanischer Gesinnung in der Geschichte seines Landes seit der Unabhängigkeit von 1825.

Trotz – oder eher wegen – dieser unstrittigen Erfolge bleibt die rechte Opposition bei ihrem Crashkurs und versucht mit allen Mitteln, die von der MAS 2006 initiierte Verfassungsgebende Versammlung, die einer Mehrheit des Landes mehr Rechte, vor allem mehr politische Partizipation garantieren soll, zu

boycottieren. Und das mit einiger Wirkung, da bisher keinerlei Einigung über auch nur einen einzigen Paragraphen der Verfassung eines »Neuen Boliviens« erzielt werden konnte. Da ein solches Grundgesetz nur mit Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet werden kann und dazu Stimmen aus der Opposition gebraucht werden, steckt die Regierung in einer Sackgasse, die Morales mehr und mehr als Verhängnis zu empfinden scheint.

Über seine Absicht, die Wahlen vorzuziehen und selbst nicht mehr zu kandidieren, sprach er erstmals am 19. März in der Stadt Sucre, in der über die künftige Verfassung entschieden werden soll: »Ich denke, ich habe meinen kleinen Teil zum Wandel Boliviens beigetragen«, erklärt der Präsident an diesem Ort – und muss sich darüber im Klaren sein, dass es zu ihm als dem charismatischen Führer des linken Lagers keine Alternative gibt

Hugo Velarde

Zwischen Reform und Katastrophe

Eine »Neugründung Boliviens«

Als Evo Morales im Januar 2006 für das höchste Staatsamt Boliviens vereidigt wurde, erklärte er, dieser Triumph gehöre ihm nicht allein, sondern gelte zugleich all denen, die von der Geschichte diskriminiert und marginalisiert worden seien – und nie in das politische Geschehen des Landes integriert waren. Sein bald darauf verkündetes Projekt eines »Neuen Boliviens« reichte von der Legalisierung des Koka-Anbaus bis hin zur Verfügungsgewalt des Staates über seine natürlichen Ressourcen und zwar ohne Abstriche. Einen mit historischen Symbolen versetzten Patriotismus vor Augen, der die »Neugründung Boliviens« zum Ziel erklärte, setzte die Regierung Morales deshalb für den 2. Juli 2006 Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung an. Ein Votum, das zwar von der Bewegung zum Sozialismus (MAS) klar gewonnen wurde, aber nicht die erhoffte Zwei-Drittel-Mehrheit von 255 Sitze bescherte. Damit stand außer Zweifel, dass der Regierung erhebliche Kompromisse nicht eingespart bleiben würden.

(bestenfalls könnte ihn Vizepräsident Alvaro García ersetzen). Um so mehr sind seine Anhänger überrascht und entrüstet, während die Opposition von einem »cleverem Manöver« spricht, um von augenblicklichen Krisen – etwa einer Korruptionsaffäre, in die MAS-Mitglieder verwickelt sind – abzulenken.

Ob es sich um ein »Manöver« oder eher einen klugen Schachzug handelt, ist schwer zu beurteilen. Unwiderruflich jedenfalls scheint Morales' Erklärung nicht zu sein, wie sich einen Tag später herausstellt, als Regierungssprecher Alex Contreras mitteilt: »Evo Morales wird eine Kandidatur für eine vorgezogene Wahl nur akzeptieren, wenn es die Volksbewegungen fordert«. Die Kandidatur werde jedoch vom Votum der Verfassungsgebenden Versammlung abhängen, die entgegen der derzeitigen Rechtslage eine Wiederwahl des Staatsoberhauptes für zwei oder mehrere Legislaturperioden beschließen könne. Das aber steht in den Sternen. Regelmäßig wäre die Amtszeit von Morales erst 2011 beendet.

Kein Zweifel, das Verhalten der Verfassungsgebenden Versammlung wird zur Schicksalsfrage für den Präsidenten. Durch die unnachgiebige Blockade der Opposition – offenbar ihre einzig erfolgversprechende Strategie – droht Morales und seiner MAS ein folgenschwerer Niederlage, die zum Zusammenbruch des gesamten linken Projektes führen könnte, auch wenn noch Möglichkeiten bleiben, die Verfassungsreform auf den Weg zu bringen. Morales könnte die für eine Mehrheit der Verfassungsdelegierten unstrittigen Punkte eines neuen Grundgesetzes beschließen oder per Referendum über die anderen – die umstrittenen – Artikel abstimmen lassen. Das klingt rational, folgt einer grundlegenden demokratischen Überzeugung und hätte gute Chancen auf Erfolg.

Insofern könnte die Ankündigung von Morales, nicht mehr kandidieren zu wollen, der Versuch sein, die eigenen Anhänger auf einen Kompromiss mit der bürgerlichen Minderheit einzustimmen. Schließlich ist das Land mit Abspaltungstendenzen konfrontiert, die das Projekt einer »Neugründung Boliviens« zerstören würden, so dass großzügige Konzessionen unumgänglich sind. Diese pragmatisch abwägende Vernunft eines Präsidenten, der Fundamentalistisches nicht zulässt, zü-

gelt die immer wieder aufflammende Gefahr eines Bürgerkrieges, der eine Katastrophe für das ganze Land bedeuten würde.

Sollte freilich die überfällige Verfassungsreform vollends scheitern, dann will Evo Morales dafür offenkundig nicht verantwortlich sein und kündigt deshalb eine möglicherweise vorzeitige Demission an. Das hat wenig mit »Manövern« oder »Machtspielen«, sondern mit dem Willen zu tun, die Integrität des Landes zu wahren.

Morales' wahrlich historisches Verdienst besteht darin, dass seine Regierung, die lange – koloniale und republikanische – Geschichte Boliviens an die Gegenwart herangeführt hat. Wo sich eine Jahrhundertwende währende Ausbeutung durch die Oligarchie mit der heutigen Zeit kreuzt, steht Morales für Emanzipation und die Ablösung neokolonialer Politik neoliberalen Zuschnitts. Allein die Aprilrevolution von 1952, die das Militär entmachtete und die radikalste Bodenreform Lateinamerikas auslöste, ist mit dem Vergleichbar, was im Augenblick geschieht. Morales versucht zu vollenden, was vor 55 Jahren schon einmal auf der Tagesordnung stand: ein Umbau des Staates, die Verstaatlichung der Minen und Ölwirtschaft, eine Agrarreform und die Gleichstellung der Geschlechter. Dazu muss freilich mit einem oligarchischen Staat gebrochen werden, dessen Ursprünge bis in den Pazifikkrieg (1879 – 1884) zurückreichen, bei dem einst Chile über Bolivien und Peru triumphierte.

Ob Evo Morales selbst diese Mission in toto lösen kann, ist nicht ausgemacht. Wie auch immer das Tauziehen um die Verfassungsreform endet, der einstige Kokabauernführer hat nicht mehr und nicht weniger getan, als die Kardinalfragen künftiger Generationen schon jetzt zu stellen. Seine politische Basis steht nicht zur Disposition – die sozialen Bewegungen, die mehrere korrupte Präsidenten stürzten, den Ausverkauf des Landes verhiinderten, Bolivien neu entwarfen und für eine soziale Demokratie stehen, die auch in Lateinamerika einzigartig ist, bleiben der Rückhalt des Präsidenten. Dieser Sieg ist Morales und seiner MAS nicht mehr zu nehmen, trotz der Sabotage einer rechten Oligarchie, die in Bolivien – folgt man dem bedeutenden Soziologen René Zavaleta Mercado – schon immer »antinalational« war. ■

Jürgen Elsässer

Koalition der Unwilligen

KOSOVO ■ In der EU haben sich Staaten formiert, die eine weitere Zerstückelung Serbiens ablehnen

In der Vergangenheit galten die Fronten auf dem Balkan als übersichtlich: 1992 waren sämtliche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf den anti-jugoslawischen und anti-serbischen Kurs der Regierung Kohl/Genscher eingeschwenkt und hatten die Sezessionsrepubliken Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina völkerrechtlich anerkannt. 1995 – und nicht erst 1999, wie viele denken – kam es zum ersten Kampfeinsatz des NATO-Bündnisses: 14 Tage lang feuerten Flugzeuge des Brüsseler Paktes unter Teilnahme von deutschen Tornados auf Stellungen der bosnischen Serben. Vier Jahre später, im Frühjahr 1999, wurden Belgrad, Novi Sad, Niš und Priština über elf Wochen lang bombardiert, eine weitere Gemeinschaftsaktion der transatlantischen Allianz. In all diesen Konfrontationen stand in Europa nur Russland auf der Seite der Serben, dies aber oft unentschlossen und wankelmütig.

Kurz vor Ostern 2007 geschieht nun etwas Unerwartetes: Zum ersten Mal seit 16 Jahren zeigen sich offene Widersprüche in der Balkanpolitik der Westmächte. Auf der EU-Außenministertagung in Bremen haben die Vertreter von mindestens sechs Mitgliedsstaaten den Mut, der mit dem Ahtisaari-Plan anvisierten Abspaltung des Kosovo von Serbien ihr Plazet zu versagen: Griechenland, Zypern, Spanien, Italien, Rumänien und die Slowakei. Dabei sollte – so die Vorstellung des UN-Beauftragten für das Kosovo, des Finnen Martti Ahtisaari – das umstrittene Gebiet künftig eine Art Protektorat der EU werden, das erste seiner Art: Der nur formell selbstständige Staat würde von einem Gouv-

erneur geführt, der die einheimische Regierung jederzeit nach Gusto kontrollieren könnte. Zu diesem Zweck stünden ihm 1.500 eigene Polizisten und Beamten zur Verfügung – zusätzlich zu den bereits stationierten 16.000 NATO-Soldaten der so genannten Schutztruppe KFOR, die nicht abgezogen werden sollen.

Die Nein-Sager der EU argumentieren vorrangig mit dem Völkerrecht und damit ähnlich wie Russland: Eine Abspaltung des Kosovo sei ein gefährlicher Präzedenzfall. Erstmals erlangte nicht eine frühere Teilrepublik aus einer Föderalunion die Unabhängigkeit, wie das zu Beginn der neunziger Jahre bei neuen Staaten der Fall war, die aus der Konkursmasse der UdSSR oder Jugoslawiens entstanden, sondern eine untergeordnete Verwaltungseinheit. Mit Verweis auf das Kosovo könnten sich künftig nicht nur Abchasien (bisher Georgien) und Transnistrien (bisher Moldawien) selbstständig machen, sondern auch Minderheitsregionen in der EU wie Korsika und das Baskenland. Letzteres erklärt den Widerstand Spaniens – sehr zum Verdross von Javier Solana übrigens, der in dieser Frage nicht die Position der Regierung in Madrid vertritt.

Boris Zala, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Slowakischen Nationalrat und Mitglied der sozialdemokratischen Smer-Partei von Premier Fico, fürchtet gar um den Bestand des eigenen Staates. So könne sich die ungarische Minderheit, »die immer schon eine Tendenz zu separatistischen Bewegungen hatte«, das Kosovo-Modell zum Vorbild nehmen und einen eigenen Staat im Süden der Slowakei anstreben. Angst

vor der magyarischen Irridentia motiviert auch das Nein aus Bukarest.

Nach dem Scheitern der über einjährigen Wiener Verhandlungen zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern wird der Ahtisaari-Plan seit dieser Woche im UN-Sicherheitsrat debattiert. Der russische Präsident hat mehrfach erklärt, eine Verabschiedung per Veto blockieren zu wollen. Damit bliebe die UN-Resolution 1244 in Kraft, die nach Kriegsende 1999 beschlossen wurde und die Zugehörigkeit der Provinz zu Jugoslawien/Serbien festschrieb. Es wird allgemein befürchtet, dass daraufhin Regierung und Parlament in Priština ohne UN-Segen die Unabhängigkeit proklamieren und die USA und ihre engsten Verbündeten den neuen Staat einseitig anerkennen. Mögliche Folgen beschrieb der FDP-Bundestagsabgeordnete Rainer Stinner bereits Mitte Dezember 2006: »Eine einseitige Unabhängigkeitserklärung durch kosovarische Institutionen wäre ein klarer Bruch der UN-Resolution 1244. Dagegen müsste die KFOR eigentlich vorgehen, etwa indem sie die führenden Politiker des Kosovo festnimmt. Gleichzeitig würde diese Resolution jedoch auch von den Staaten gebrochen, die das Kosovo anerkennen. Da sich darunter vermutlich auch bedeutende KFOR-Truppensteller befinden, wäre KFOR als Machtfaktor zerrissen.«

Sind die USA bereit, unter Umständen die KFOR und damit auch NATO und EU zu spalten? Offensichtlich genügt Washington, wie im Irak-Krieg 2003, eine »Koalition der Willigen«. Die spannende Frage wird sein, ob Deutschland dieses Mal dazugehört. ■

Anzeige



Breslau – Krakau – Tatra – Prag

Eine beeindruckende Schienenkreuzfahrt im nostalgischen Sonderzug

Erleben Sie einige der prunkvollsten und traditionsreichen Metropolen Osteuropas, eindrucksvolle Stätten des Weltkulturerbes und die unberührte Naturlandschaft der Hohen Tatra auf ungewöhnliche Weise per Sonderzug! Der Sonderzug besteht aus gepflegten Schnellzug-Wagen der 60er bis 80er Jahre, die neben ihrem nostalgischen Ambiente ein komfortables Fahrgefühl bieten. Die Übernachtungen erfolgen in ausgesuchten Hotels der guten örtlichen Mittelklasse.

Termine
13.07. bis 19.07.2007
ab/bis Köln, Duisburg, Dortmund, Berlin
18.09. bis 24.09.2007
ab/bis Bremen, Hamburg, Hannover, Berlin

Preise pro Person:
Doppelzimmer: 1.120,00 Euro
EZ/Zuschlag: 195,00 Euro
Aufpreis für Club-Abteil (p.P.): 88,00 Euro

Enthaltene Leistungen:
Fahrt im Sonderzug (1. Klasse od. Club-Abteil) ab/bis gebuchtem Zustiegsort / 6x Übernachtungen in Hotels der gehobenen örtlichen Mittelklasse / Halbpension (Frühstück, Abendessen) / Schiffsfahrt in Prag / ständige Chefreiseleitung / deutschsprachige Gruppen-Reiseleiter / Ausflüge, Eintritte und Führungen laut Programm / Transfers mit örtlichen Bussen / örtlicher Gepäckservice, Gepäcktransport von Hotel zu Hotel in Polen / Versicherungsschein und Infomaterial

Kostenloser Reiseprospekt:
Fahrtverlag FREITAG
Potsdamer Str. 89, 10785 Berlin
Tel.: 030/250087-32
Fax.: 030/250087-10
verlag@freitag.de

OSTWIND



Es ist müßig, an dieser Stelle wie gewohnt an die letzte Osteuropa-Kolumne erinnern zu wollen, sie liegt schon einige Ausgaben und damit Wochen zurück. Aber Martin Leidenfrost war in der Zwischenzeit nicht untätig, sondern viel unterwegs, um an dieser Stelle den Erzählfaden weiterspinnen zu können. Diesmal führt ihn sein Weg nach Levél in Ungarn, einer Ortschaft an der Grenze zu Österreich, über die oft im Internet schwadroniert wird. Zumeist sind es Freier, die sich darüber austauschen, ob es sich auch gelohnt hat, nach Levél zu fahren und Pirotschka oder andere Frauen vom Straßenstrich zu treffen. Sonstige West-Ost-Begegnungen kommen in dieser Gegend kaum vor.

LEIDENFROST

Abschied von Pirotschka

Von Martin Leidenfrost



Der Mensch ist im Zeitalter des Internets durchsichtig geworden. Einige Berufsgruppen trifft das besonders, zum Beispiel Autoren oder Prostituierte. Wer Texte publiziert, konnte noch vor wenigen Jahren hoffen, dass sich die misslungenen Sachen rasch verlieren; heute findet sich der letzte Dreck im Netz.

Auch Prostituierte sind unfreiwillig gläsern. Was noch vor wenigen Jahren auf private Runden beschränkt war, erweitert und vervielfältigt sich nun im virtuellen Raum: das Gespräch von Freiern, die sich über Prostituierte austauschen. Die Freier tun das in elektronischen Sexforen. Dort bleiben sie anonym, entsprechend freimütig äußern sie sich.

Einmal las ich im Internet einen solchen Chat nach, einen Sekunden-Dialog, der im Jahr 2004 begonnen hatte und längst auslaufen war. Was vor meinen Augen abrollte, war eine vielstimmige Erzählung von Dutzenden Seiten, mal roh und verächtlich, mal sachlich und berechnend, mal prahlerisch und naiv. Ort der Handlung war eine Hütensiedlung in Levél, einem nordwestungarischen Dorf nahe der österreichischen Grenze. Die Erzähler, sie stammten wohl aus dem Großraum Wien, nannten sich Priapos, Netspezi, Mörty, Stefan³⁹ oder Onkel Dagobert. Der Grundton war lässig, alle verglichen die Preise, und Verbformen wie »waschte« und »blaste« ließen erahnen, dass

nicht alle Beteiligten deutscher Muttersprache waren.

Die Heldin unter den beschriebenen Prostituierten war »Pirotschka«. Einig waren sich die zahlreichen Erzähler nur darin, dass die junge Ungarin ungern den BH ablegt. Ansonsten gingen die Meinungen der Männer, die nacheinander Pirotschkas Kunden waren, auseinander. »Nach einer halben Stunde wurde sie ganz nervös und hat aufs Beenden gedrängt«, schimpfte einer »und das, obwohl ich 100 gelohnt hatte.« Die anatomischen Beschreibungen will ich nicht wiedergeben. Sie waren sehr genau.

Neulich bin ich nach Levél gefahren. Ob es uns gefällt oder nicht: Das Bild, das männliche Westler von den östlichen Nachbarn haben, setzt sich oft allein aus solchen Begegnungen zusammen. Die meisten Sexdestinationen liegen im Grenzsau der Tschechischen Republik – aber auch Ungarn stand einmal im Ruf eines solchen Milieus. Ich wollte wissen, wie still es inzwischen um das ungarische Gewerbe geworden ist. Ich wollte sehen, ob es den Zieltort der verstummten Freier überhaupt noch gibt. Ich wollte ein Interview mit Pirotschka.

Levél liegt zwischen einer Autobahn, einer Bahnlinie und aufwändig aufgeschütteten Schnellstraßen für den Schwerverkehr. Die verschiedenen Quellen des Verkehrslärms verschmelzen zu einem einzigen Grundrauschen. An der zweisprachigen Ortstafel

ersehe ich, das Dorf war einmal deutsch besiedelt: Levél/Kaltenstein. Es gibt eine katholische Kirche, eine evangelische Kirche und drei Tankstellen.

In der Umgebung, welche die Ungarndeutschen Heideboden nannten, stehen zwei Windparks. Es bläst ein kräftiger Wind, und die Windräder des einen Windparks rotieren munter. Die zwölf Windräder hinter der Schnellstraße stehen hingegen unbewegt, gleichsam mit angezogenen Handbremsen da. Der gesuchten Hütensiedlung ist eine abgetakelte Tankstelle vorgelagert. Ein Österreicher Ende 50, Typ ländlicher Heimwerker, stoppt dort seinen VW-Bus. Er fährt eine Runde durch die Siedlung, ganz langsam, in Schrittgeschwindigkeit. Dann verschwindet er wieder in seine Richtung, laut Autokennzeichen in den grenznahen Bezirk Neusiedl am See.

Ich bin zu Fuß und muss mich zum Betreten der so genannten EXPO-City zwingen. Die ersten Hütten waren einmal Schuh- und Modeläden, winzig und längst leergeräumt. Die folgenden Häuser sind größer, mit Holzbalkonen, ein paar vielleicht bewohnt. Ein paar Schilder künden von Zimmervermietung, aber die Bars und Clubs sind geschlossen. Alles totenstill.

Ich bin schon fast durch, da kommt beim »Franz-Turm«, dem Aussichtsturm der Siedlung, eine Frau auf mich zu. Sie macht einen ungesunden, abgekämpften Eindruck. Sie bedeutet mir mitzukommen.

»Ist Pirotschka da?«, frage ich verlegen. Sie reagiert kein bisschen überrascht: »Warum alle wollen Pirotschka?« Sie macht mir ein Angebot für 30 Euro und reduziert es mit dem nächsten Atemzug auf 20, plus fünf Euro für das Zimmer. »Ich will nur reden«, erkläre ich. Auch das hat sie nicht überrascht: »Warum alle sagen: nur reden?«

Pirotschka sei nicht da. Die achtjährige Tochter der Chefin habe Geburtstag und Pirotschka feiere mit. »Wo ist dein Auto?« fragt sie. »Ich bin mit dem Zug da.« Jetzt ist sie überrascht. Ich habe Angst, sie könnte ihren Preis noch einmal unterbieten, und sage zu ihr: »Können wir für 25 Euro reden?« Sie führt mich in eines der Häuser.

Im Erdgeschoss war wohl ein Schankraum, Tische und ein Tresen aus billig überzogenen Spanplatten sind übrig geblieben, noch nicht einmal abgenutzt, und doch atmet der leere ungeheizte Raum Verfall.

Wir gehen nach oben, unter die Dachschräge. Die Tür zu ihrem Schlafzimmer steht offen. Eine winzige Kammer mit einem schmalen Futon. Kaum ist die Tür zugezogen, hat sie schon den Pullover ausgezogen und fragt: »Mit oder ohne Gummy?«

Ich gebe ihr das Geld, lasse sie den Pullover wieder überziehen, und es ist ihr auch egal. Dann reden wir, einmal hupt draußen ein Wagen. »Chefin«, murmelt sie und läuft hinter. »Zwei, drei Business« habe sie nur noch pro Woche. Die Kunden seien Öster-

reicher, Türken, auch Ungarn. Es gebe insgesamt nur noch drei Prostituierte in der EXPO-City, außer ihr noch Pirotschka und eine vierfache Mutter. Sie selbst sei aus der nahen Großstadt Győr, allein und kinderlos. Sie wolle dorthin, wohin schon einige ihrer Kolleginnen verschwunden seien, nach Wien, auf den Straßenstrich der Äußeren Mariahilfer Straße. Dort könne sie 200 bis 300 Euro täglich machen.

Nach dem Gespräch führt sie mich hinaus. Ich frage nach dem Briefkasten am Haus. Ja, der Briefträger bringe ihr die Post hierher, zu dem Haus, das zweisprachig angeschrieben ist: »Unter dem Linden«. Die anderen Häuser seien Motels, meint sie, doch scheint mir die Wäsche auf einigen Balkonen nicht ins Bild zu passen. Erobert sich das normale Leben den Puffbezirk zurück?

Wir verabschiedeten uns schließlich, und ich ging essen. Eine Stunde später standen die Windräder hinter der Schnellstraße immer noch still, und lautlos glitten die Sattelschlepper im Gegenlicht der untergehenden Frühlingssonne dahin.

Das Auto der Chefin stand noch an der Tankstelle, auch beide Frauen waren noch da. Mag sein, vielleicht hat nicht alles gestimmt, was mir erzählt wurde. Oder lässt die Chefin ihr Töchterchen mit Pirotschka allein? Ich ging zum Zug, sie winkten mir heftig, und die Chefin wieherte vor Lachen. ■

Als sich die EU 2004 erweiterte, schrien viele Alarm: Scharen polnischer Klempner und lettischer Prostituierte, tschechischer Autodiebe und ungarischer Bandenkrimineller scharrten angeblich am Schlagbaum mit den Füßen, um in den Goldenen Westen zu reisen. Fragt man die Menschen in den Beitrittsländern heute, winken viele ab: Den Westen haben sie abgeschrieben, der Osten ist interessanter.

Noch sind die Zahlen einigermaßen eindeutig: Der Osten verliert an Bevölkerung – zwar nimmt die Lebenserwartung zu, doch gehen die Geburten zurück und die Jungen wandern aus. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks und der früheren Sowjetunion könnte sich bis 2050 die Relation von Rentnern zu Erwerbstätigen nach jüngsten Schätzungen der Vereinten Nationen gravierend verändern, in Polen und Ungarn etwa von heute 25 Rentnern pro 100 Erwerbstätigen auf ein Verhältnis von 70 zu 100. Die US-Entwicklungshilfeagentur USAID bescheinigt den Transformationsländern Mittelosteuropas seit dem Zerfall des Ostblocks 1990/91 allerdings nur einen Bevölkerungsrückgang um 0,1 Prozent – in der gleichen Zeit wuchs die Bevölkerung Westeuropas um 0,7 Prozent. Allerdings messen die Statistiken den Trend nur bis zirka 2002; so langsam sind Volkszähler.

50 Prozent der Polen

Zugleich erfuhren Meinungsforscher der UNO, zwischen zehn und 30 Prozent der Osteuropäer seien grundsätzlich bereit, nach Westen zu wandern. Nur wenige freilich – so die Erhebung – würden allerdings den Worten Taten folgen lassen; selbst wenn völlige

Volker Schmidt

Exodus der blau-weißen Riesentaschen

GEBREMSTER TRANSFER ■ Die Auswanderungswelle aus Mittel- und Osteuropa hat ihren Zenit längst überschritten

Freizügigkeit herrsche, also alle EU-Bürger überall leben und arbeiten dürften, werde letzten Endes höchstens ein Prozent der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung Mittel- und Osteuropas den Exodus wagen. Diese Freizügigkeit jedoch gibt es bis heute nicht, gerade wegen der Angst im Westen vor einer Massenmigration – folglich hält sich die Wanderung in Grenzen. Zumal die Wirtschaft in vielen Beitrittsländern wächst, und die Arbeitslosigkeit schrumpft.

Einer Anfang 2006 zum »Europäischen Jahr der Mobilität« veröffentlichten Studie der EU-Kommission zufolge sahen zwar die Menschen in allen (damals) 25 Mitgliedstaaten der EU die Mobilität mehrheitlich positiv. Ausgerechnet in den mittelosteuropäischen Staaten jedoch fiel das Votum eher skeptisch aus: Mit Ausnahme der Slowaken waren dort weniger als die Hälfte der Menschen überzeugt, dass Mobilität grundsätzlich gut sei; in Polen, Litauen und Estland nur knapp 40 Prozent. Entgegen dieses signifikanten Votums war die persönliche Bereitschaft, vorübergehend Arbeit in einem anderen EU-Staat aufzunehmen, in einigen Ländern dennoch hoch: So konnten sich mehr als 50 Prozent der Polen, gefolgt von Litauern, Letten und Slowenen, vorstellen, auf Arbeitssuche die angestammte Heimat

zu verlassen. Slowaken und Esten lagen – ähnlich wie die Deutschen – mit rund 35 Prozent eher im EU-Durchschnitt, Tschechen und Ungarn mit knapp 30 Prozent darunter.

Kulturlos und psychopathisch

Eva Feldmann-Wojtachnia aus der Forschungsgruppe *Jugend und Europa* am Zentrum für angewandte Politikforschung der Universität München zieht aus der Studie den Schluss, Mobilität als Migration und permanenter Ortswechsel würden »mit individuellen und sozialen Deklassierungsprozessen« assoziiert und daher negativ besetzt. Dagegen käme Mobilität als temporärer Wechsel in ein anderes Land, quasi als »Ausweichlösung«, für viele in Betracht, vorzugsweise für junge, gut ausgebildete Menschen, wie nicht zuletzt Zahlen des britischen Innenministers belegen. Großbritannien gilt als bevorzugtes Ziel vieler Arbeitsmigranten, immerhin bewarben sich zwischen Mai 2004 und Juni 2006 427.000 Arbeitnehmer aus Ländern Mittelosteuropas erfolgreich um Jobs auf der Insel – 62 Prozent davon aus Polen, mehr als 80 Prozent waren jünger als 34 und verfügten laut USAID über gute bis sehr gute Studienabschlüsse.

Doch fragt man mittelosteuropäische Migranten und solche, die es werden könnten, im Detail nach ihren Motiven und Plänen, dann entsteht ein anderer Eindruck: Die meisten wollen sich – beispielsweise als Übersetzer in Brüssel oder Schwarzarbeiter in Frankfurt/Main – nur vorübergehend im Westen aufhalten, sehen ihn mit zynisch-verächtlichem Blick und halten Distanz. Auf Dauer in Frankreich oder Deutschland leben? Nie! Eine Mehrheit empfindet diesen Teil Europas als hektisch, unfreundlich, kulturlos und psychopathisch oder verweist auf die oft lieblosen Beziehungen in den Familien.

17 Jahre nach der Wende strömen die Mittelosteuropäer längst nicht mehr mit ihren blau-weißen Riesensplattentaschen aus den Reisebussen – sie kommen vielmehr mit leichtem Gepäck und tanken immer wieder per Billigflug Heimat auf. Selbst ihren Urlaub verbringen sie wieder lieber am Schwarzen Meer, in der Hohen Tatra oder am Balaton als auf Mallorca. Eine Kunsthistorikerin in Litauen, die zum Kulturattachée in der Ukraine berufen wurde, meint dazu: »Ich hätte auch nach Berlin oder Madrid gehen können. doch was soll ich da? Da interessiert sich niemand für die Kultur meines Landes, von dem viele nicht einmal wissen, wo es liegt.« In Tiflis und Baku habe sie Ausstellungen organi-

siert, kulturelle Hingabe und Gastfreundschaft erfahren. Und ein anderer Diplomat aus dem Baltikum deutet an: »Nach Berlin will keiner, begehrt sind die Nachbarländer, auch Warschau und Minsk, weil von dort der Weg nach Hause kurz ist. Aber auch Kiew, Tiflis oder Moskau kommen in Frage, weil es in diesen Metropolen noch etwas aufzubauen gibt.«

So wird das Osteuropa der EU zur Einwanderungsregion, wie das einst für Westeuropa in den frühen neunziger Jahren galt: Akademiker aus den postsowjetischen Republiken arbeiten in Ungarn, Polen oder Tschechien. Und während polnische Frauen in Deutschland das marode System der Altenpflege am Leben erhalten, putzen Ukrainerrinnen in Warschau. Laut der EU-Statistikbehörde *Eurostat* stellen Ukrainer in Tschechien die größte Ausländergruppe (29 Prozent), in Ungarn sind es die gerade erst EU-Bürger gewordenen Rumänen (43 Prozent). Russland zieht trotz Fremdenfeindlichkeit Einwanderer aus Zentralasien und dem Kaukasus an. Um die demografische Krise zu lindern, schlug der nationalistisch gefärbte Liberaldemokrat Wladimir Schirinowski immerhin ein Ausreiseverbot für Russinnen vor, die weniger als zwei Kinder zur Welt gebracht haben. ■



Giuseppe Masciari (Mitte) bei einem Gerichtstermin

Tom Mustroph

Mit Leib und Seele

ITALIEN ■ Giuseppe Masciari lebt seit zehn Jahren nach den Auflagen des staatlichen Zeugenschutzprogramms

Er will kein Held sein. »Als Held wirst du gefeiert, wenn du gestorben bist. Dann werden dir Blumen gebracht, eine Schule wird nach dir benannt und in den Zeitungen wird über dich geschrieben. Doch dir selbst nützt das alles gar nichts, denn du bist bereits tot«, meint Giuseppe Masciari, der gebürtige Kalabreser, trocken. Masciari aber will leben. Normal leben. Nur ist dem 48-Jährigen genau das verwehrt. Vor zehn Jahren hat es der Bauunternehmer gewagt, Mitglieder eines der gefährlichsten Mafia-Clans Italiens, der Ndrangheta-Familien, anzuzeigen: besonders die Vallelunga, wegen ihrer Bösartigkeit auch *Viperari* – die Giftnattern – genannt.

47 Personen wurden auf seine Anzeigen hin vor Gericht gebracht. Mörder und Erpresser, doch ebenso korrupte Behördenvertreter und Unternehmer. Und noch immer laufen Prozesse, bei denen Masciari wesentliche Details beisteuern kann. Als einen der bedeutendsten Zeugen gegen die Mafia hat ihn der ehemalige oberste Antimafia-Staatsanwalt Piero Luigi Vigna hofiert. Dabei ist Masciari kein *Pen-titi*, kein reuiger Sünder, der sich nach seiner Festnahme zur Kooperation mit den Behörden durchrang, um sich ein mildes Urteil und Hafterleichterungen zu verschaffen. Masciari ist ein Bürger, der aus eigenem Antrieb Verbrechen angezeigt hat. Deswegen muss er mit einem Attentat rechnen und lebt seit 1997 mit seiner Frau und den beiden Kindern im Zeugenschutzprogramm des Staates. Versteckt, in einer anderen Region Italiens, mit geändertem Namen und aus Sicherheitsgründen vom Berufsleben suspendiert. Was auch für seine Frau, eine Zahnärztin, gilt. Einzige die beiden Kinder gehen in die Schule.

»Wir leben wie im Gulag. Wir fühlen uns eingesperrt. Wir haben keine Freunde und keine Verwandten mehr«, klagt der vitale Mann. Die Großfamilie – acht Geschwister allein hat Masciari – ist im heimischen Serra San Bruno geblieben. »Die Abreise war ein Alptraum. Wir hatten kaum Zeit für die Vorbereitung. Wir durften keine Möbel mitnehmen, nur was wir am Körper trugen sowie einen Koffer. Zuerst brachte man uns in ein einsames Haus an einer Bahnstrecke. Hinter dem Grundstück verliefen die Schienen, vorn flanierte der Straßenstrich.«

Mittlerweile ist die Familie in ein anderes, von den Behörden ausgesuchtes Anwesen umgezogen, aber die Wohnqualität lässt sich keinesfalls mit dem Haus am Meer vergleichen, das die Masciaris einst Hals über Kopf verlassen mussten. 1.700 Euro pro Monat erhält die Familie für alle Ausgaben wie Kleidung, Essen, Telefon. 1.700 Euro, wie es das Gesetz vorsieht.

Sie baten nicht, sie forderten

Etwa 5.000 Personen partizipieren derzeit nach Angaben des italienischen Innenministers am Schutzprogramm, größtenteils Familienangehörige von Zeugen. Zudem 978 Penitenti, also Ex-Mafiosi, wovon 290 zur Cosa

Nostra, 268 zur Camorra und 121 zur Ndrangheta gehört haben. Im Unterschied dazu gibt es nur 48 unbescholtene Bürger wie Giuseppe Masciari, die durch ihre Zeu-gen-aussagen in Gefahr gerieten, ohne je der Mafia nahe gestanden zu haben. Wer im Zeugenschutzprogramm steckt, ist de facto ein Mündel des Staates, kann nicht frei über seinen Wohnort befinden, muss Reisen beantragen und Besuche genehmigen lassen. Einem Antrag auf Arbeit kann stattgegeben werden, muss aber nichts. Vor allem dies, die ökonomische Abhängigkeit, lastet auf dem einstigen Geschäftsmann Masciari.

»Man behandelt mich immer als Kronzeugen der Justiz, aber das bin ich nicht – ich bin Unternehmer aus Leib und Seele!« – er schreit es fast aus sich heraus und tigert aufgebracht durch den Raum. Er ist verzweifelt, dass seine Courage ihm das Leben verbaut. Wenn er noch einmal die Wahl hätte – anders entscheiden würde er sich trotzdem nicht.

Seit Oktober 2006 tritt Masciari bei Treffen des Antimafia-Verbandes *Libera* öffentlich auf. Es sind, sieht man von seinen fast wöchentlichen Terminen vor Gericht ab, die ersten Begegnungen mit einem größeren Auditorium seit Jahren. Masciari erklärt vor Jugendlichen und Erwachsenen Norditaliens, was Mafia im Alltag bedeuten kann, und erzählt seine Geschichte.

1985 stieg der gelernte Bauingenieur in die Firma seines Vaters ein und bewarb sich, um ein eigenes Arbeitsfeld zu haben, auch bei öffentlichen Ausschreibungen. Er gewann ein Straßenbauprojekt – und prompt rief die Ndrangheta bei ihm an, ließ ihn jedoch nach einer Intervention seines Vaters in Ruhe. Der hatte bereits dem Chef der Familie Vallelunga seinen Tribut gezollt und verweigerte weitere Zahlungen des Sohnes kategorisch. Im Jahr 1988 starb der Firmenvater, und Giuseppe Masciari führte die Geschäfte allein weiter. Und das erfolgreich. Das Interesse der Ndrangheta wuchs. »Anfangs bat man mich um kleine Gefälligkeiten, ein paar Millionen Lire hier, ein paar Millionen dort. Einer sagte, ich solle ihm doch ein neues Auto kaufen. Ein anderer wollte einen Job für einen Verwandten. Es ging genau um die Art von Diensten, die ein Unternehmer seiner Umgebung zuweilen leisten muss.«

Masciari baut auf Anfrage eine Begräbnisstätte für Cosimo Vallelunga, den Bruder des lokalen Ndrangheta-Chefs Damiano – bezahlt wird er dafür nie. »Vollends unannehmbar wurde die Situation, als ein paar junge arrogante Burschen auf mich zukamen und etwas über regelmäßige Monatsraten schwadronierten. Und sie baten nicht, sie forderten«, erinnert sich Masciari. Drei Prozent auf alle Bauten lautet damals der Tarif der Ndrangheta. Und sechs Prozent von den durch sie vergebenen öffentlichen Aufträgen wollen Angestellte der Kommune einstreichen. Masciari zahlt stillschweigend und sieht sich nach anderen Auftraggebern um. Er bekommt den Zuschlag für Projekte

in Leipzig, Dresden und Berlin. Als er sich für kurze Zeit in Dessau aufhält, wird er von Landsleuten, die dort ein Restaurant betreiben, angesprochen: »Wenn du Geld waschen musst, komm' zu uns. Wir haben die notwendige Infrastruktur.«

In einer Liga mit FIAT

Masciari meint heute, für ihn sei dies damals ein exemplarisches Erlebnis gewesen. Die vier süditalienischen Verbrecheryndikate Cosa Nostra, Ndrangheta, Camorra und Sacra Corona Unita seien offenbar europaweit präsent.

Laut einer BND-Studie vom Herbst 2006 nutzt vorzugsweise die Ndrangheta bestimmte Regionen in Deutschland nicht mehr allein als Rückzugsraum, sondern ist auch ökonomisch aktiv. In Italien gilt sie inzwischen als das gefährlichste der genannten vier Syndikate. Im Jahr 2005 konnte die Ndrangheta 35 Milliarden Euro umsetzen, schätzte die italienische Handelskammer in ihrem Bericht *SOS Impresa* vom Juli 2006. 30 Milliarden Euro seien auf die Konten der Cosa Nostra geflossen, 28 Milliarden auf die der Camorra.

Die Ndrangheta spielt damit in einer Liga mit dem FIAT-Konzern, der 2005 einen Jahresumsatz von 46,5 Milliarden Euro verzeichnet, und verdankt eine solche Position nicht zuletzt der Dominanz im Kokaingeschäft. Hier hat sie die Konkurrenz von Camorra und Cosa Nostra klar an ihre Grenzen erinnert, vermerkte im Vorjahr eine Studie der Antimafia-Behörde des römischen Innenministeriums. Alarmierender noch als der ökonomische Spitzenwert ist freilich der Grad der mafiosen Durchdringung der kalabrischen Gesellschaft, immerhin beträgt das Verhältnis von *Ndranghetisti* zur normalen Bevölkerung 1 : 345. Mit anderen Worten: Auf jeden 345. Bürger Kalabriens kommt ein Mann der Ndrangheta (1 : 903 lautet der Vergleichswert für Sizilien), deren kriminelle Potenz dadurch gestärkt wird, dass sich ihre Netzwerke fast ausschließlich aus Blutsverwandten rekrutieren – im Gegensatz zur Cosa Nostra, die ihre Mitglieder traditionell lieber nach dem »Leistungsprinzip« als dem »Abstammungsprinzip« auswählt.

Diese Identität der Ndrangheta erschwert das Eindringen von außen ebenso wie einen Ausstieg aus dem Kreislauf der Gewalt. Wer ausscheren will, muss nicht nur ehemalige Partner anzeigen, sondern Brüder, Onkel und Väter.

Unter der Fuchtel eines solchen Syndikats entscheidet sich Giuseppe Masciari 1990 zur Gegenwehr. Er lehnt es ab, Schutzgeld zu zahlen, und lässt die ihm gesetzten Fristen verstreichen. Prompt gelten ihm verbale Drohungen. 1991 kommt es zu ersten Diebstählen auf seinen Baustellen. Ein Jahr später wird eine Garage angezündet – der Schaden beträgt 70 Millionen Lire, es folgen weitere Brandstiftungen, 1993 wird auf einen von Masciaris Brüdern geschossen. Zur Ein-

schüchterung durch die Mafia gesellt sich der Boykott durch lokale Amtsträger. Masciari hat ihnen schließlich die verlangten sechs Prozent verweigert.

»Plötzlich musste ich feststellen, die Kommunalverwaltungen verzögerten die Bezahlung meiner bereits geleisteten Arbeiten über Monate hinweg. Sie brachten mich in derartige Schwierigkeiten, dass ich Ende 1993 die Firma schließen und Konkurs anmelden musste«, erzählt Masciari. Zwar verfügt er noch über Aufträge in einem Volumen von 25 Milliarden Lire, doch erschlagen ihn die Schulden. Die mit dem Fall befasste Richterin Patrizia Pasquin bleibt hart und verfügt den Konkurs.

Die stille Teilhaberin

Im Oktober 2000 allerdings entscheidet ein Gericht in Catanzaro (Kalabrien), dass die Pleite von der Mafia verursacht worden sei und Masciari deshalb das Recht auf eine angemessene Entschädigung habe – ein bislang einmaliges Urteil für die italienische Justiz. Masciaris Anwälte forderten 1,2 Millionen Euro für den durch Fremdverschulden erlittenen Konkurs, dazu eine Million pro Jahr für entgangene Verdienste und eine weitere Million als Kompensation für erpresstes Schutzgeld.

Für Genugtuung sorgt bei dem in den Bankrott getriebenen Unternehmer, dass im November 2006 ausgerechnet die Richterin aus seinem Konkursverfahren wegen Kooperation mit der Ndrangheta verhaftet wird. Patrizia Pasquin soll stille Teilhaberin eines von der Ndrangheta betriebenen Feriendorfs gewesen sein und im Gegenzug Gerichtsverfahren manipuliert haben.

Manchmal, wenn er wieder einmal verzweifelt ist über seine Lage – so fernab von Freunden und Verwandten – und dem Staat dermaßen ausgeliefert, mutmaßt Masciari, das Zeugenschutzprogramm sei eine subtile Bestrafung für den aufrechten Bürger. Denn zu Gerichtsterminen werde er oft im Fiat *Tipo* mit durchsichtigen Scheiben kutschiert, während die Mafia-Aussteiger in großen Karossen mit abgedunkelten Fenstern unterwegs seien. Manchmal werde sein Fahrzeug für alle sichtbar vor dem Gerichtsgebäude geparkt. »Es wäre ein Leichtes, die Spur aufzunehmen«, meint er. »Ich fühle mich nicht wirklich ausreichend geschützt. Und wenn es ein Land in Europa geben sollte, das einen ehrlichen Bürger aufnehmen will, dann bitte ich dort sofort um politisches Asyl.«

Aus Protest gegen die unzureichenden Schutzmaßnahmen begibt er sich Ende März ohne Eskorte zu einem Gerichtstermin in seine kalabrische Heimat, begleitet von einem Aktivisten des Antimafia-Vereins *Libera*. »Das ist jetzt meine Familie«, sagt Masciari trotzig und weiß um das Risiko, das er eingeht. »Man kann nicht nur gegen die Ndrangheta aufbegehren und sie juristisch bezwingen – man kann auch gegen dieses Syndikat seine Heimat behaupten. ■

BRIEFE

Günstiges Kriegsklima

Rudolf Walther, »Ein Mechaniker der Macht«, *Freitag*, 16. 3. 2007

Zur zutreffenden Charakterisierung Steinmeiers und seinem Verhalten 2002 im Fall Kurnaz wäre noch hinzuzufügen, dass die offizielle deutsche Außenpolitik diametral den transatlantischen Diensten des BND entgegenstand. Denn dieser hatte für das »Produkt-Marketing« des geplanten Irak-Krieges eine Schlüsselstellung inne.

Unter dem Codenamen *Curveball* präsentierte er dem CIA einen irakischen »Informanten« als vertrauenswürdige Quelle, der behauptete, dass der Irak eine Flotte von mobilen Biowaffenlabors gebaut hätte. Curveballs Behauptungen fanden Eingang in den Nationalen Sicherheitsbericht der Vereinigten Staaten, in die Reden des US-Präsidenten und in die berühmte wie peinliche Rede des damaligen Außenministers Colin Powell am 5. Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat.

Neben anderen haarsträubenden Geschichten hat diese vom BND beigesteuerte Erfindung zur Rechtfertigung für den noch heute andauernden Irak-Krieg maßgeblich beigetragen. Heute wissen wir: Curveball war nichts weiter als ein Screwball, ein Wirkkopf. (Darüber wie der Irak-Krieg in den USA »verkauft« worden ist, haben Frank Rich mit *The Greatest Story Ever Sold* und die beiden Autoren der *New York Times*, Michael Isikoff und David Corn, mit *Hybris* im vergangenen Jahr zwei lesenswerte Bücher geschrieben.) Vor diesem Krieg musste alles vermieden werden, was auf die tiefgreifende Unterstützung und Kooperation der Dienste diesseits und jenseits des Atlantiks bei der Erzeugung eines günstigen Kriegsklimas und der Abwicklung von Gefangenrotationen hingewiesen hätte. Einen Fall Kurnaz durfte es daher nicht geben.

Helmut Weigel, Hamburg

Insubordination?

Willy Wimmer, »Sperr-Riegel gegen Russland«, *Freitag*, 23.3.2007

Über die zwischen den USA, Tschechien und Polen bilateral vereinbarte Errichtung eines Raketenystems gibt es Meinungsverschiedenheiten. »Auch die euroamerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Hal-

tung gegenüber Iran und Irak wurden von den USA nicht als eine strittige Angelegenheit zwischen gleichgestellten Partnern, sondern als ein Fall von Insubordination behandelt.« (s. Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, Amerikas Strategie der Vorherrschaft). Der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Carter und spätere Berater am *Zentrum für Strategische und Internationale Studien* (CSIS) in Washington meinte schon in den neunziger Jahren, dass »im Zuge der europäischen Einigung« das Bündnis auf einer gleichberechtigten Partnerschaft beruhen müsse. Es dürfe nicht mehr eine Allianz sein, »in der es, um traditionelle Begriffe zu gebrauchen, einen Hegemon und dessen Vasallen gibt«.

Erich Schäfer, Wien

Auf Verschleiß

Heiner Mohnheim, »Die kalte Enteignung«, *Freitag*, 16. 3. 2007

Zunächst möchte ich mich für die umfangreichen und immer sehr aufschlussreichen Artikel in Ihrer Wochenzeitung bedanken. Mit sehr viel Interesse habe ich den Artikel von Herrn Mohnheim gelesen. Es ist sehr wichtig dass bei diesem Vorgang hier mehr Öffentlichkeit hergestellt wird, um die Bürger (Reisenden) aufzuklären! Bezug nehmend auf diesen Text, kann ich als langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Bahnen diese Angaben bestätigen – auch aktuell habe ich weiterhin den Eindruck, soweit ich den Einblick habe, dass abgehängte Streckenbereiche wie zum Beispiel in der Region des Bahnhofes Berlin-Lichtenberg (Blo) und dem dazugehörenden Berliner Biesdorfer Kreuz (BBik) die Langsamfahrstellen zunehmen und reichlich wenig von Bahnseite getan wird, den Zustand zügig zu beseitigen. Auch meine ehemaligen Mitarbeiter und ich im Instandhaltungsbereich FahrbahnNetz beziehungsweise Bahnbau hatten spätestens Ende der neunziger Jahre feststellen müssen, dass vermehrt auf Verschleiß gefahren wurde, wobei dies vereinzelt schon in den Bereich der Betriebsgefährdung reichte! Ich bitte Sie, in dem Bemühen, die Öffentlichkeit weiter aufzuklären, um eine totale Privatisierung der Deutschen Bahn zu verhindern, nicht nachzulassen !

Frank Hartje, Berlin

Pseudo-Unterschiede

Der Autor hat mir aus der Seele gesprochen! Die offensichtlichen Systemvorteile der Eisenbahn bei Energie- und Schadstoffbilanz sowie Flächenverbrauch gaben auch für Sonntagsredner, Beschwichtiger und Schönfärber der neoliberalen Parteien seit Jahrzehnten Anlass für die Forderung nach einer Verkehrswende. Aktuelle Klima-Debatten werden zwar von Schwarzgelb nur zur Kernkraft-Verharmlosung instrumentalisiert, sollten aber nach neueren, auch ökonomischen Erkenntnissen schleunigst den Stellenwert des Systems Eisenbahn real erhöhen. Da andere, gemeinwirtschaftliche Basisfunktionen der Bahn schon lange vor ökologischen Einsichten bekannt waren, kam es nicht von ungefähr, dass auch die rheinische, ja die europäische Kapitalismus-Version neben staatlichen Postverwaltungen auf Staatsbahnen setzte. Einige historische Privatbahn-Pleiten mögen da auch Pate gestanden haben.

Die Stille um die unausgesetzte DB-Verkaufsdrohung frappiert in der Tat. Parallelbeispiel »Gesundheitsreform«: die gleichen Pseudo-Unterschiede zwischen den Großkoalitionären; der gleiche undurchschaubare, überkomplizierte Schein-»Kompromiss« zwischen schon zuvor identischen Absichten der Unions- und SPD-Spitze; die gleiche mangelnde Zustimmung bei Basis und Wählern.

Bernhard May, Düsseldorf

Kerzenhalten war erfolgreich

Matthias Dell, »Lieber Freund«, *Freitag*, 16. 3. 2007

Matthias Dell als Laudator und den von ihm porträtierten Friedensfreunden in der DDR der achtziger Jahre sei Dank dafür, dass die Beiträge letzterer zur Welt, wie sie heute ist, endlich hinreichend gewürdigt wurden und werden. Der Dank gilt auch einer in der Vermittlung der DDR- Realität ebenso unparteiischen wie objektiven Institution wie der Bundeszentrale für politische Bildung.

Dank allerdings nur, wenn man denjenigen Kräften auf unserem Globus nahe steht, die schon damals das Motto ausgaben »Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben« (US-Außenminister Haig) oder: »Dem sowjetischen Huhn den Kopf abschlagen« (als es um die Pershing-II-Raketen ging). Oder: »Achtung: die Bombardierung der Sowjetunion beginnt in fünf Minuten« (»Sprechprobe« von Präsident Reagan). Kräfte, deren Mittel stets der auch heute noch beanspruchte atomare Erstschlag war und ist.

»Vor 25 Jahren formierte sich der Protest ... gegen die Aufrüstung in der DDR« – heißt es im Text –, aber die DDR war ein Teil des Blockes, der statt des »NATO Roll Back« die

friedliche Koexistenz propagierte, der ein langes einseitiges Atomversuchsmoratorium als Vorleistung erbracht hatte, der mit unzähligen Abrüstungsvorschlägen der Welt das Wettrüsten ersparen wollte und zur Realisierung seines Gesellschaftsmodells nichts dringender gebraucht hätte als Frieden und Abrüstung – und deshalb »tot gerüstet« werden musste. Danke, Ihr Friedensfreunde, dass Ihr die Seite geschwächt habt, die die Hauptlast im Kampf gegen die Nazibarbarei trug, die die Entkolonialisierung ermöglichte hatte, die bei allen Tarifverhandlungen als dritter Verhandlungspartner unsichtbar die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten wahrgenommen hat. Euer »Kerzenhalten« war erfolgreich: Es gibt eine unipolare Welt ohne Völkerrecht und mit neoliberaler Vernutzung des Humankapitals.

Herbert Wolf, Mézin/Frankreich

Recht auf Abweichung

Till Bastian, »Was erhält uns eigentlich gesund?«, *Freitag*, 9. 3. 2007

Das Beste an diesem Artikel auf Seite 18 ist der Artikel von Georg Füllberth auf seiner Rückseite, auf Seite 17. Es gäbe sehr, sehr viel zu Bastians Text zu sagen. Nur einiges.

Dass das »bei der Erfassung psychischer Gesundheit so bewährte Kohärenzgefühl« unbewusst sein soll, leuchtet nicht ganz ein. Unbewusst hängt mit Verdrängung zusammen, ein psychoanalytisches Konzept, mit dem auch in einer psychosomatischen Klinik gearbeitet wird. Dass dieses Kohärenzgefühl für »Vorhersagbarkeit, Planbarkeit und Konstanz als Qualitäten des Lebens« stehen soll, kommt sicherlich auch den Vorstellungen der EU-Bürokratie in Brüssel sehr weit entgegen, kümmert die sich ja auch um die Vorhersagbarkeit, Planbarkeit und Konstanz als Qualität der grünen Salatgurke. In so einem System wäre kein Platz für Überraschungen, Risiko, Unsicherheit, Liebe und Freiheit. Es gab mal ein Buch eines berühmten Psychoanalytikers mit dem Titel *Der überraschte Analytiker*. Der hatte bestimmt ein beschädigtes Kohärenzgefühl. Aber bleiben wir noch etwas bei der EU.

Von Elmar Altvater erfahren wir in derselben *Freitag*-Ausgabe, Seite 1, etwas über einige Paragraphen der EU-Verfassung: III/178, III/185, III/233. Stellvertretend sei der § 178 zitiert: »Die Mitgliedstaten und die Union handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft nach freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird.«

Bei Bastian lesen wir – er ist immerhin Psychotherapeut und arbeitet mit der Sprache –, dass »nicht mehr allein die Konflikte und Defizite, sondern die Ressourcen des Patienten«

betrachtet werden müssen. Was wäre die moderne Psychiatrie ohne die »ressourcenorientierte« Therapie. Wahrscheinlich ist das nur durch *Psychoeducation* möglich. Ein Recht auf Abweichungen von der Planbarkeit und Konstanz ist nicht vorgesehen. Ein Recht auf Faulheit gibt es schon mal gar nicht.

Als unverschämte und arrogant empfinde ich den Hinweis auf den Sozialpsychiater Heiner Keupp und den von ihm beschriebenen Zusammenhang von »Kohärenzgefühl und chronischer Demoralisierung = Ist doch alles egal«. Dass diesem Wirtschaftssystem die Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen, egal sind, ist ein Eindruck, den man aus der täglichen Lektüre aller Zeitungen wohl gewinnen kann. Zudem steht in der EU-Verfassung nichts von einem Recht auf Arbeit. Aber es geht mir nicht um die chronische Demoralisierung der Langzeitarbeitslosen. Ich denke eher an die chronische Demoralisierung im ganz gewöhnlichen Alltag, die nicht zuletzt herbeigeführt wird durch die unverschämten Lügen der Politiker, zum Beispiel im Vorfeld des Irak-Krieges, des Jugoslawien-Krieges – man denke an den »Hufeisenplan« eines sozialdemokratischen Militärfachmannes, heute Radfahrer.

Hajo Hübner, Solingen

Orpheus in der Unterwelt

Karsten Laske, »Berliner Unter-Tage-Blues«, *Freitag-Robinson*, 23. 2. 2007

Entschuldigung, dass ich mich erst jetzt dazu äußere, aber ich schlug mich mit rätselhaften Computerproblemen herum: Danke für die U-Bahn-Beilage! Ein wunderbarer Streifzug durch die Berliner Unterwelt, vom Alltäglichen hin zu tieferer Bedeutung. Ein schöner Text.

Bettina Klix, Berlin

Windeln wechseln

Leserbriefe von Eugen Maus, Dirk Schubert und Thomas Hartmann, *Freitag*, 23. 3. 2007, zu: Claudia Neussiss, »Blumen inbegriffen«, *Freitag*, 9. 3. 2007

Mensch Ihr Frauen! Drei Männer sagen uns Bescheid: WIR SIND GAR NICHT DISKRIMINIERT! Wir verdienen gar nicht weniger. Wenn wir nicht in den falschen Berufen wären. Wenn wir nicht dummerweise unsere Berufslaufbahn unterbrechen würden, nur damit wir die Väter ärgern können, indem wir ihnen das Sorgerecht streitig machen. Wenn wir unseren beruflichen Aufstieg nicht so sträflich vernachlässigen würden, um Kinderpopos zu wischen, Windeln zu wechseln, in Elternbeiräten zu sitzen und Initiativen für einen besseren Nahverkehr zu gründen, Fahrdienste zu FreundInnen, Musikschule und so weiter zu leisten ...

Und dass die Männer nicht zum Arzt gehen, daran sind wir auch schuld! Weil wir sie nicht, wie es unsere Pflicht wäre, am Händchen nehmen. Dabei hat sich das Blatt längst gewendet und die eigentlich unterdrückten sind die Männer. Jungs, wenn's nach mir ginge, bekämt ihr nur so viel Sorge- und Umgangsrecht, wie ihr auch bereit wärt, an Sorge und Umgangsarbeit zu investieren. By the way: Haben die drei Jungs eine Erklärung dafür, warum Frauenberufe (die überwiegend Sorgeberufe sind) deutlich schlechter bezahlt werden als Männerberufe, obwohl die Qualifikationsvoraussetzungen als auch die Anforderungen genauso hoch oder höher sind?

Christel Buchinger

Lebhafte Debatten

Zum Freitag

Ich möchte mich einmal bei Ihnen herzlich dafür danken, dass es eine Zeitung wie den *Freitag* gibt. Es ist ein Gewinn, ein Blatt lesen zu können, welches sich unterscheidet vom gängigen Mainstream und welches die Geschehnisse in Politik und Gesellschaft oft von einer anderen Seite beleuchtet oder in Ecken der Welt schaut, die für gewöhnlich in den anderen Medien kaum Beachtung finden. Auf diese Weise wird einem als Leser manches erst richtig bewusst. Ihre Zeitung gibt übrigens darüber hinaus häufig Anlass zu lebhaften Debatten in meinem Freundeskreis, und sie trägt bei uns den Spitznamen »Zauberblatt«, was durchaus als Anerkennung gemeint ist.

Anne-Cornelia Weber, Leipzig



AMELIE GÜHNKE

KULTUR DER POLITIK POLITIK DER KULTUR

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung



Wenn Sie in dieser Woche ein Jahresabo bestellen oder verschenken, erhalten Sie von uns als Geschenk den Roman »Verfall« von Vladimir Zarev

Ich abonniere / verschenke

den Freitag für mindestens ein Jahr

Das Abo geht an:

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz, Ort

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Zahlungswuse

monatl.*

1/4j.

1/2j.

1/1j.

Normalpreis

€ 11,00

€ 33,00

€ 66,00

€ 132,00

ermäßig**

€ 7,70

€ 23,10

€ 46,20

€ 92,40

Förderabo

€ 18,50

€ 55,00

€ 110,00

€ 220,00

(Ausland zzgl. Versand / Jahr; Luft: € 41,- / Land: € 31,-)

* nur bei Erteilung einer Einzugsermächtigung

** Für Schüler, Studenten, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner gegen Beleg

☐ bequem per Bankeinzug

☐ nach Erhalt einer Rechnung

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonr.

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich beim Verlag Freitag, Potsdamer Str. 89, 10785 Berlin, widerrufen kann.

Datum, 2. Unterschrift

Probeabonnement 13 Wochen für € 25,-

Hier bitte Empfängeradressen eintragen, Rechnungsanschrift u. Zahlungsweise bitte oben eintragen.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz, Ort

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz, Ort

Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

AVZ GmbH, Aboservice Freitag, Storkower Str. 127 A, 10407 Berlin.

Oder faxen: 030 428040-42

FREITAG: Frau Luo, welchen Unterschied macht es, wenn Sie auf deutsch schreiben?

LUO LINGYUAN: Auf Chinesisch geht es natürlich schneller. Wenn ich auf deutsch schreibe, kommt manchmal stundenlang kein Wort, ich denke langsamer. Gerade wenn ich über China schreibe wie in meinem Erzählungsband *Du fliegst für meinen Sohn aus dem fünften Stock!* fallen mir zuerst chinesische Bilder ein. Die muss ich dann für mich übersetzen. Meine Denkweise ist immer noch mehr chinesisch als deutsch.

Was wäre denn eine deutsche Denkweise?

Das Wort »Termin« kann man zum Beispiel nicht übersetzen. Wenn wir das auf chinesisch sagen, klingt es immer nach Rendez-vous. Da zeigt sich eine unterschiedliche Art, miteinander zu kommunizieren. Chinesen sind neugieriger, sie stellen Fragen ohne Ende, über Eltern, Großeltern, Freunde, Geliebte, alles. Wenn ein Deutscher jemanden kennen lernt, sind ihm solche Fragen peinlich. Oder er glaubt, dass die dem anderen peinlich sind. Deutsche versuchen vorsichtig zu sein. Deswegen dauert es so lange, bis sie wirklich mit einem warm werden.

Was war dann der Impuls, in dieser Sprache zu schreiben?

Konkret war es ein Wettbewerb, an dem ich teilnehmen wollte. Zuvor hatte ich deutsche und europäische Bücher über China gelesen und das Gefühl, dass da etwas fehlt. China war nicht unbedingt falsch dargestellt, die Texte waren auch reflektiert, aber ich habe gemerkt, dass ich viel mehr erlebt habe. Es gibt Dinge, die man als Tourist nicht erleben kann. Solche Geschichten erfährt man nicht an einem Tag oder in einem Monat, sondern in Jahren. Man hat gesehen, wie ein Kind in der Nachbarschaft jahrelang verprügelt wurde und am Ende stirbt. Das sind Dinge, die ich nicht vergessen kann und die auch zum Leben in China gehören. Deshalb glaube ich, darüber schreiben zu müssen.

Welche Bücher von deutschen oder europäischen Autoren lesen sie denn?

Die Klassiker, Victor Hugo, Charles Dickens, die viel zu erzählen haben. Ich stehe in einer anderen Tradition. Wir Chinesen mögen es, in einer unheimlichen Dichte von reichen Charakteren zu erzählen. Hier wird in der Literatur reflektiert, analysiert und so weiter. In China sagt man, die Deutschen sind ganz tolle Philosophen und deshalb denken sie manchmal ein wenig zu tief. Für das Erzählen kann Philosophie hinderlich sein. Ich will ja nicht beleidigend sein, aber Thomas Mann, das ist mir zu trocken.

Deutsche Autoren können nicht erzählen.

Ja, aber wenn man die Kinderliteratur sieht, dann denkt man: das Potenzial ist doch da. Durch meine Tochter habe ich ganz wunderbare Sachen entdeckt, Paul Maar, Otfried Preussler, *Der Räuber Rapscall* von Gudrun Pausewang. Also eigentlich können die Autoren gut erzählen. Nur wenn sie glauben, dass sie für Erwachsene etwas Tolles machen sollen, dass nicht gelacht werden darf und alles immer ein bisschen schwermütig sein muss, dann wird es mit der Literatur nichts.

In ihrem Roman »Die chinesische Delegation« lebt die Reiseleiterin Sanya ein halbes Leben in Deutschland. Einmal sagt sie, dass Europa ihr eine Form der Freiheit ermöglicht hat, die es in China noch immer nicht gibt. Was verbinden Sie mit Europa darüber hinaus?

Durch die Ost-West-Wiedervereinigung macht sich Europa zum Vorbild. Die Trümmer des Kalten Kriegs sind weggeräumt, die Spuren der Trennung werden weniger. Dieser Frieden in 50 Jahren, dass man miteinander immer besser auskommt, das beeindruckt mich. Und natürlich die Stärke, der Reichtum, immer ganz vorn zu sein. Der Reichtum wird für Chinesen besonders auffällig in Westeuropa: an den Bauernhöfen, die so schön mit Blumen geschmückt sind, obwohl da kaum jemand wohnt. Hier ist der Bauer reich, in China rangiert er an der untersten Stufe der Hierarchie.

Gerade bei den Bauern ist der Wohlstand ja eine Folge sehr deutlicher Interessenpolitik. Und Reichtum sieht man als Deutscher zumeist eher kritisch.

Chinesen machen gerne Geschäfte und jetzt ist endlich die Zeit da, wo sie das können. Sie dürfen endlich, und deshalb ist es für viele erst mal erstrebenswert, reich zu sein. Das gilt auch für das Land als solches, es will wieder eine Nummer sein in der Welt. China hat erstaunlich viel geschluckt, ohne einen Krieg zu führen. Das Land wurde von Japanern und Europäern besetzt, das Volk von der eigenen Regierung unterdrückt, und dennoch gab es keinen Aufruhr. Daher kommt eine gewisse Vorsicht: Die Chinesen möchten nicht schon wieder reingelegt werden. Bei Geschäften verlangen sie, dass technisch zusammengearbeitet wird. Das Land soll nicht



Blühende Bauernhöfe

IM GESPRÄCH ■ Die Schriftstellerin Luo Lingyuan über deutsches Erzählen, chinesischen Nationalgeist und europäischen Reichtum

einfach nur eine Produktionsstätte für westliche Firmen sein.

Hierzulande macht gerade diese Seite an Chinas Aufstieg manchem Beobachter Angst.

Chinesen sind sehr empfindlich, wenn sie merken, dass die andere Seite sich überlegen fühlt. Dann versuchen sie, den anderen zu schikanieren, das Geschäft nicht zustande kommen zu lassen. Das ist vielleicht etwas Neues. Dass die Chinesen durch den Nationalgeist, der von der Regierung unterstützt wird, arroganter geworden sind. Früher waren sie nur bescheiden, bescheiden, bescheiden. Je stärker China sich fühlt, desto weniger Angst wird es vor der Außenwelt haben.

So ein Nationalgeist ist aber nicht dazu geeignet, die Sorgen besagter Beobachter zu zerstreuen.

Das chinesische Nationalgefühl unterscheidet sich sehr von dem des Dritten Reichs. Deutschland war angriffs-lustig, wollte immer mehr Raum erobern. China ist friedlich. Ich denke nicht, dass die Regierung vorhat, andere Länder anzugreifen. Das Land ist groß genug und hat schon so genügend Probleme. Der Nationalgeist ist ein Versuch, das Zusammenleben zu organisieren, in dem man ein gemeinsames Ziel ausgibt: die wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Stärke.

In Ihrer pragmatischen Auffassung wäre Nationalgefühl dann eine Art Placebo, das verabreicht wird, bis die wirtschaftliche oder politische Kraft fürs nötige Selbstbewusstsein sorgt.

Ich denke schon. In der erfolgreichen EU kann jedes Land verschieden sein in punkto Sprache und Lebensstil. Das kann man von

den chinesischen Minderheiten nicht behaupten, was die Regierung gemerkt hat. Sie versucht, denen jetzt mehr Rechte zu geben. Sie dürfen ein Kind mehr bekommen und ihre Kultur stärker aufleben lassen, Tänze tanzen, Trachten tragen. Da ist aber noch vieles oberflächlich, Folklore. Wenn man eine gewisse Stärke erreicht hat, wenn ein Land reich und demokratisch ist, hat man Nationalismus nicht mehr nötig. Jeder weiß, dass das Gesetz funktioniert, und wenn etwas falsch gelaufen ist, wendet er sich ans Gesetz. Das ist in China noch nicht so. Deshalb braucht es den Nationalgeist, der alle ein wenig zusammenhält.

In Deutschland ist das Nationalgefühl nicht unproblematisch. Wie nehmen Sie dieses gebrochene Verhältnis wahr?

Es gibt ja die Neu-Nazis. Vor deren »Nationalgeist« hat man in China manchmal Angst, das hängt aber auch davon ab, wie darüber berichtet wird. Mein Eindruck ist, dass die nicht wirklich stark sind. Was mir auffällt: Die Chinesen sprechen mit viel mehr Liebe und Hoffnung über ihr Land. Deutschland dagegen ist reich, aber man jammert immer ein bisschen. Es gibt einen chinesischen Spruch, von einem, der ständig fürchtet, dass der Himmel runterfällt und deswegen den ganzen Tag schlecht gelaunt ist. So kommen mir die Deutschen vor. Was merkwürdig ist.

Inwiefern?

Die Menschen hier sind viel engagierter. Obwohl sie nicht zeigen, dass sie ihr Land lieben, setzen sie sich für es ein. Es gibt verschiedene Demonstrationen, da gehen Leute hin wie du und ich, die haben eine Meinung und an die glauben sie auch. Wenn sie meinen, sie müssten was für die Umwelt tun, dann achten sie auf ihr alltägliches Verhalten und erziehen ihre Kinder auch so. In China kümmert man sich nur um die Familie, Hauptsache, der Familie geht es gut.

Den Kommunismus hatte man sich aber anders vorgestellt.

Das ist ja auch eine falsche Idee: Das Land, dass allen gehört, gehört in Wirklichkeit keinem. Da versucht jeder herauszuholen, was er herausholen kann. Ich war nie wirklich vom Sozialismus begeistert. Die Idee ist gut, aber nicht sehr menschlich. Menschen haben einen gewissen Egoismus. Wenn etwas mit mir zu tun hat, wenn etwas mein Interesse betrifft, dann lege ich Wert drauf. Deshalb ist der Schutz des Privateigentums wichtig: Man hat eine direkte Liebe zu dem Stück Land. In China haben wir immer gesagt, dass hier in Deutschland ein sozialistisch-kapitalistisches Modell entstanden ist. Es gibt eine starke Mittelschicht, man achtet darauf das Geld ein bisschen zu verteilen. Es gibt keine wirklichen Bettler; in China gibt es Menschen, die nicht wissen, wo sie einen Cent für den Tag herbekommen, denen gibt das Land nichts.

Gerade diese Mittelschicht ist aber dabei sich aufzulösen, die Spanne zwischen arm und reich wird größer.

Das ist die Aufgabe der Politik, das zu regulieren.

Sie haben viele europäische Länder gesehen. Könnten Sie sich vorstellen, in einem anderen als Deutschland zu leben?

Es gibt ja überall ähnliche Werte, insofern sind die Unterschiede gering. Frankreich mag ich wegen der Literatur, die für Chinesen vielfältiger ist als die deutsche. In Italien strahlen die Menschen mehr Wärme aus. Die Deutschen sind vielleicht warmherzig, aber sie zeigen das nicht. Dafür machen sie ihre Arbeit sehr gut. Ich habe hier viel gelernt, weil ich häufiger Kritik bekommen habe, dass ich zu schlampig arbeite. Manchmal wurde ich dreimal auf einen Fehler hingewiesen. Und hab ihn doch wieder gemacht.

Das Gespräch führte Matthias Dell

linksbündig

Alte Zeiten

Was Fernsehwahlen von Nationalhelden sagen über das Publikum, das sie heute schaut

Nun also Salazar. Die älteren unter den Leserinnen werden sich erinnern. Portugiesischer Diktator von 1932 bis 1968, gestorben 1970, vier Jahre bevor Portugal die Diktatur stürzte und seine Kolonien frei gab. Sie werden sich auch, das mit erheblich freundlicheren Gedanken, an den portugiesischen Kommunistenführer Alvaro Cunhal erinnern, der Salazar biologisch und politisch überlebte und bei der »Nelkenrevolution« 1974 eine aktive Rolle spielte. Bei der Fernsehwahl zum »Größten« Portugiesen des Staatssenders RTP belegte er hinter Salazar (41 Prozent) den zweiten Platz mit 19 Prozent.

Die Ranking-Sucht zahlreicher Mainstream-Medien kann man mit Recht als ansteckende Krankheit sehen. Je weniger übersichtlich Lebensplanung, Gesellschaft und Politik werden, um so mehr steigt das Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung. Das versuchen die Medien mit möglichst viel Marketing-Lärm zu bedienen. Dass sie auch mit dieser Methode nur eine Illusion verkaufen, gehört nach ihrem Selbstverständnis zum Geschäft. Die ZDF-Gesichter Johannes B. Kerner, der die ZDF-Show *Unsere Besten* moderierte, und Guido Knopp, der für den späteren Sieger Adenauer plädierte, sind Meister dieser Komplexitätsreduktion. Aus ihr spricht die Verachtung der vermeintlich intelligenten Medienmacher für ihr Publikum, das in ihren Augen entschieden dümmere ist als sie selbst.

Wie so oft war die BBC die erste Fernsehanstalt, die diesen Zirkus unter dem Titel *100 Greatest Britons* veranstaltete. Dort gewann Churchill. In den USA war es Ronald Reagan, im deutschen ZDF wie gesagt Konrad Adenauer und in den Niederlanden, ein ähnlich spektakuläres Ergebnis wie in Portugal, der ermordete Rechtspopulist Pim Fortuyn.

Was wollen uns solche Ergebnisse sagen? Vor allem sagen sie, welches Publikum seine Abende vor der Glotze verbringt und für welches Publikum das Fernsehen noch immer das Leitmedium ist. Einfacher ist das in Deutschland mit dem fortdauernden Quoten Erfolg der »Volksmusik« zu erklären. Solche Sendungen erreichen an dunklen Winterabenden fünf bis sieben Millionen Zuschauer. Das ist dann ein Marktanteil von 15 bis 20 Prozent. Das heißt: 80 Prozent gucken etwas anderes. Die Mehrheit aber, und das ist gesellschaftlich noch entscheidender, sitzt nicht vor der Glotze, sondern weiß mit dem Samstagabend etwas Sinnvolleres anzufangen. Dabei sind die vor der Glotze die Alten; die, die sie vermeiden, die für ihren angebliche Mediensucht gescholtenen Jungen.

Der Intendant des Senders, der »die besten Deutschen« wählen ließ, Markus Schächter (59), wird – so ein derzeit kursierendes Bonmot – in einem Jahr endlich das Durchschnittsalter seines Senderpublikums erreichen. So gesehen kann das ZDF-Ranking von 1. Adenauer, 2. Luther, 3. Marx, 4. Sophie und Hans Scholl und 5. Willy Brandt nicht überraschen.

Churchill war der letzte Brite, der einen Krieg gewonnen hat (naja, der Falkland-Krieg war ja kein »richtiger«); gleiches gilt für den französischen »Besten« de Gaulle, beide im übrigen Zeitgenossen des deutschen Siegers Adenauer. In Russland würde so gesehen vermutlich Breschnew gewinnen, wie es in den USA Reagan getan hat. Es ist das Unwohlsein der Couch-Potato-Generation vor den heutigen Unsicherheiten der Globalisierung, den Auswirkungen des Neoliberalismus und der gesellschaftlichen Individualisierung. Die Siegerfiguren dieser TV-Wahlen verkörpern die »besseren Zeiten« in denen – angeblich, aber nicht wirklich – alles noch stabiler war. Haben 60-Jährige und Ältere das in ihrer Mehrheit jemals anders gesehen?

Das macht, so schlau sind auch die Jüngeren, nicht alles falsch, was die Älteren sehen. Darum sind es ja viele Junge, die im Juni gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm demonstrieren wollen und auch die Kirchentage bevölkern. Mag sein, dass viele von ihnen auch solche Medienwahlen verfolgen, etliche auch spielerisch daran teilnehmen (und eine Figur wie Daniel Kübelböck, längst vergessen, seinerzeit im ZDF auf Platz 16 wählten). Aber sie nehmen es nicht so ernst, weil sie ein souveräneres Verhältnis zu den Medien entwickeln. Sie gehen mit den zahlreichen neuen medialen Alternativen bewusster um als ihre Eltern und vor allem die Politikerinnen, die, völlig ahnungslos, ihnen alles Mögliche, was sie selbst nicht kennen, verbieten oder zumindest kontrollieren wollen.

Martin Böttger

Hans-Christoph Zimmermann

Der raue Wind der Ökonomie

»EMPOWERMENT« UND »BOLOGNA-PROZESS« ■ *Schauspielschulen begreifen ihre Ausbildung immer mehr als Vorbereitung auf einen Markt, auf dem sich jeder selbst verkaufen muss*

Das kannst du vergessen. Vergessen« »Was soll das heißen?« »Was das heißen soll?« »Ja« »Das ist doch wohl völlig klar: das heißt, dass du...« – die Sätze zischen durch den Raum wie Peitschenhiebe. Anna Staab und Matthias Eberle proben eine Szene aus Roland Schimmelpfennigs *Push up*. Doch die beiden Schauspielerschüler der Essener Folkwang Hochschule sind unzufrieden: seit Tagen arbeiten sie alleine an der Szene, aber die emotionale Palette will nicht farbiger werden. Dass Anna Staab und Matthias Eberle eine Dialogszene ohne Lehrer erarbeiten, ist nichts Außergewöhnliches. In Zukunft soll dies sogar weit stärker die Essener Schauspielausbildung bestimmen als bisher.

Seit 2001 arbeitet die Folkwang Hochschule an einem neuen Ausbildungskonzept. Der Anlass für die Reform liegt zum einen in der Vereinheitlichung der europäischen Hochschul-Ausbildung, die unter dem Stichwort »Bologna-Prozess« firmiert. Dahinter verbirgt sich kurz gefasst: die Einführung einer Bachelor/Master-Studienstruktur, Mobilität der Studierenden, Einführung eines gemeinsamen Punktesystems, Vergleichbarkeit der Abschlüsse, Beteiligung der Studierenden und Europäisierung des Hochschulbereichs. Zum Zweiten hat man die anstehende Fusion mit der Bochumer Schauspielschule und die veränderte Marktsituation für Schauspieler als Chance begriffen, so Dekanin Marina Busse, »die Ausbildung grundsätzlich zu hinterfragen«.

»Marktsituation« meint dabei vor allem die sich auflösenden Ensembles. Hanns-Dietrich Schmidt, Professor für Dramaturgie und praktische Theaterarbeit: »Es gibt immer weniger Anfängerstellen für Schauspielabgänger, aber immer mehr Möglichkeiten zu gastieren.« Abgänger müssten sich deshalb viel flexibler und selbstbewusster in Zwischenbereichen bewegen, in denen sie Stücke oder spartenübergreifende Projekte entwickeln, anschließend arbeitslos seien, dann wieder in Filmen mitwirkten. Die Konsequenz daraus ist, so Schmidt, »dass wir die Eigeninitiative, das Selbstbewusstsein und die Eigenarbeit des Schauspielers stärker fördern wollen«.

Ein verbindlicher Lehrplan wird erst 2008 fertig sein. Doch klar ist, dass die vierjährige Ausbildung erhalten bleibt, der Fokus auf der klassischen Rollenausbildung allerdings schwächer wird. Studenten der Ausbildungsgänge Schauspieler, Mime/Körpertheater, Regie und des neuen Fachs »Theater machen« absolvieren zunächst eine einjährige gemeinsame Grundausbildung, bevor man sich dann stärker auf die facheigenen Inhalte und schließlich die Arbeit in Produktionen konzentriert. Wichtig ist die Durchlässigkeit der Studiengänge und die Erhöhung der Zahl an freiwilligen Kursen für die Studenten.

Stolz ist man besonders auf das neue Fach »Theater machen«, das in Kooperation mit Performern wie der britischen Gruppe Forced Entertainment entwickelt wurde. »Das zielt«, so Hanns-Dietrich Schmidt, »auf einen selbständigen Autor-Produzenten, also jemand, der im Bereich Performance arbeiten kann, der seine eigenen Stücke schreibt, der aber auch weiß, wie er Sponsorenmittel von welchen Leuten bekommt«. Ein Trend zu

Unternehmertum und Selbständigkeit, der aber auch noch auf anderer Ebene greift.

»Wir müssen die Schüler viel mehr fordern, selbst Entscheidungen zu treffen«, sagt Dekanin Marina Busse und weiß, dass sie damit den Finger auf zwei Wunden zugleich legt. Da sind einmal die Bildungsdefizite vieler Schüler, die die Dekanin schon mal ihre Studenten ins Museum schleppen lässt. Das andere Problem ist gravierender: Es gibt nicht genug Studenten mit Biss und Durchsetzungskraft. Marina Busse macht dafür die behütete Erziehung durch die 68er-Eltern verantwortlich. Was dies für die Besetzungspolitik, für Rollenprofile bedeutet, kann man nur erraten. Aber nicht umsonst taucht in Essen und an anderen Schulen wie ein Mantra das Wort von der »Selbständigkeit« auf. Offensichtlich geht es dabei um Strategien, die als *empowerment* in Mode sind. *Empowerment* wurde ursprünglich von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der siebziger Jahre geprägt und meint eine Selbstermächtigung, die Verantwortung nicht mehr auf Instanzen wie Gesellschaft oder Eltern abwälzt. Nach Gründen wird nun nicht mehr gefragt; *empowerment* will die vermeintlich ungenutzten Autonomie- und Machtquellen des Subjekts freisetzen und sie einer umfassenden Selbstkontrolle zuführen. Die Paral-

len zur Schauspielausbildung sind dabei schlagend. Mit anderen Worten: die Folgen der Erziehung von 68 werden nun mit weiterentwickelten Empowermentstrategien derselben Generation wieder wettgemacht, damit den Schauspielschülern der raue Wind des Marktes zur Brise wird.

All die neuen Lehrinhalte müssen nun mit dem im »Bologna-Prozess« vorgesehenen Modulsystem und der Bachelor/Masters-Struktur des Studiums verbunden werden. Um den Bachelor hat man sich in Essen allerdings gedrückt und den neuen Folkwang-Abschluss kurzerhand in »Art Diploma« umbenannt. »Unsere intensive Ausbildung ist eher dem Master adäquat«, begründet Hanns-Dietrich Schmidt die Entscheidung.

In der Schweiz ist man da weiter. Die deutsche Kritik an der modularisierten Schauspielausbildung wie der Umwandlung des Diplomabschlusses teilt Hartmut Wickert, der Departmentleiter für Darstellende Kunst und Film der Zürcher Hochschule für Musik und Theater, nicht. In Zürich hat man einen dreijährigen Bachelor-Studiengang eingerichtet, der allerdings nicht »berufsqualifizierend« ist; sondern nur die »Eintrittsberechtigung, um den eineinhalbjährigen Master-Studiengang zu beginnen«. Am schauspielerischen Basisunterricht ändert sich nichts,

doch der ab 2008 angebotene Masterstudiengang soll als »projektorientierter Ausbildungsteil, bei dem größere und kleinere Auführungen realisiert werden« dann mehr Mobilität ermöglichen. Dafür haben sich die Schauspielschulen in Zürich, Bern, Verscio und Lausanne zu einem Angebotspool zusammengeschlossen, aus dem die Studenten sich ihre Fächerkombination zusammenstellen. Schon heute machen Studenten aus Gießen und Hamburg ihren Abschluss in Zürich. Hartmut Wickert kann sich vorstellen, dass in Zukunft in Bereichen wie Performance auch englischsprachige Studenten nach Zürich kommen. Schöne Welt der Globalisierung oder neue Internationale der Schauspielkunst?

Bologna wird kommen und die hiesigen staatlichen Schulen werden sich dem anpassen müssen. Doch was bedeutet »Bologna« für die privaten Schauspielschulen? »Wir haben ein sehr kritisches Verhältnis zu den privaten Schauspielschulen«, sagt Michael Schäfermeyer von der ZBF ohne Umschweife und weist auf Defizite bei den Ausbildungszeiten, den Curricula oder den Lehrenden hin. Die Zahl der Privaten schätzt er auf 150 bis 200 – gegenüber 18 staatlichen deutschsprachigen Schauspielschulen. Dass dies zu einem Zweiklassensystem geführt hat, ist nur das eine. Der



FOLKWANG-HOCHSCHULE

Die aktuelle Fernsehwerbung zwischen Witz, Wichtigtuerei und Pseudo-Wissenschaft

Medientagebuch

Gegurgeltes Parfum

Unser Fernsehen besteht aus Werbeblöcken, um die herum Spielfilme, Nachrichten, Shows und Reportagen drapiert werden. Das weiß ich seit 1978, als ich in der Nähe von San Diego / USA in einem Motel saß und der Fernseher gerade eine Chaos-Landschaft präsentierte – rauchende Trümmer, gestresste Rettungsmannschaften, aufgeregte Reporter. Ein paar Meilen weiter war eine Passagiermaschine in der Luft mit einem Kleinflugzeug zusammengestoßen. Schnitt: Unvermittelt hielt ein feixendes Kerlchen eine panierte Hähnchenkeule in die Kamera und jubelte: »Kentucky Fried Chicken!« Der Werbespot für die Fastfood-Kette war brillant platziert, von gegrillten Menschen ging es nahtlos über zu gegrillten Hühnern.

Inzwischen sind die über 24 Stunden verteilten Spots längst zum Essential des TV-Programms auch bei uns geworden, und so erfuhrt man beispielsweise, dass das Radeberger Pils in der Semper-Oper gebraut wird.

Die Lage der Nation erspürt man in den Werbespots ungebrochen, man kann sie sich nach Belieben zurechtzappen. Etwa beim Thema Schönheit. Einst hatten PR-Psychologen herausbekommen, dass das ansonsten als ziemlich blöd eingestufte Fernsehpublikum Produkte gut findet, die mit einem Hauch von Wissenschaftlichkeit angepriesen werden. Man muss dazu nur ihre Indizien mit exotischen Namen belegen. Beispiel: Die legendären Jod S11-Körnchen.

Heute zieht man mehr vom Leder: Da wird Nivea Visage DNAge angepriesen, ein Schmierstoff für die »Zell-Erneuerung mit zellaktiver Folsäure«. Als bald erfährt man inmitten einer Wissenschaftlichkeit assoziierenden Raumausstattung, dass Eucerin das körpereigene Hyaluron reaktiviert. Ehrlich? Wir sehen, wie im weißen Ambiente eine Dame – auch in Weiß (und blond) – gegen eine Wand tupft, auf der sofort wichtige Info-Grafiken auftauchen, welche die Dame gleich noch wichtiger erscheinen lassen. Das alles für »sichtbar weniger Faltentiefe«. Die Tiefe ist also weniger zu sehen. Die Falten bleiben.

Gleichfalls zum Einbalsamieren ist eine Emulsion hilfreich, die bescheiden »Olaz complete« heißt und »everynight sunshine« verspricht, was uns aber irgendwann dazu bringen wird, eine Schlafmaske aufzusetzen. Wegen des gleißenden Lichtes zur Nachtzeit.

Die Firma L'Oréal, weltweit größter Kosmetik-Konzern, hat ein »intensiv rückstrafendes Lifting-Gel mit Pro-Tensium und Antifaltenpflege« im Angebot, »mit Pro-Retinol A – – – « wie hieß das grade? Man erfährt noch, dass da »zwei komplementäre Technologien« zum Einsatz kämen. Das freut uns sehr, denn wir sind an der Spitze wissenschaftlicher Forschung angelangt.

Was die Körperpflege angeht, konkurrieren in der TV-Werbung zwei Strategien. Einerseits die nüchtern-analytische Auflistung der Creme-Rezepturen. Andererseits die Gefühlsnummer. Die geht so: Stellen Sie sich

vor, Sie wollten die Welt retten, das hat nicht geklappt, und Sie haben das Schwert Ihres übermächtigen Gegners in der Brust. Mit röchelnd-ersterbender Stimme sagen Sie nur noch: »Es ist aus!« In diesem Tonfall und mit dem Akzent einer kaum identifizierbaren Sprache lassen Firmen, die Riechwässerchen herstellen, in ihren TV-Spots eine Off-Stimme den Namen des Produkts gurgeln: »Armani« oder »Bvlgari« oder so. Das soll, so hofft man, irgendwie sexy klingen. Es klingt aber nicht irgendwie sexy sondern nur noch albern. Weil dieser akustische Gag, den ein Werbegenie erfunden hatte, von seinen plattköpfigen Epigonen gnadenlos und immer wieder nachgeahmt wurde. Denn PR-Leute verfahren gern nach dem Prinzip: Besser gut geklaut als schlecht selbst erfunden. Andersorts erfährt man: Bepanthen ist eine Wund- und Heilsalbe für eine heile Welt. Prima! Jetzt haben wir endlich die Weltformel.

Nachdem ich einige weitere Szenen meiner Lieblingsserie sehen durfte, wird ein Kurzfilm eingeblendet: *Le Rouge*. Eine Dame in Blond mit ohne was an räkelt sich im Bettzeug nach einem physiotherapeutischen Bewegungsmuster, das der Normbürger vermutlich unter »Erotik« einordnen soll. Das Blondchen (blauäugig auch, logo!) hat irgendwas in der Hand, was sich dann als Lippenstift erweist, den sie ausfahren kann. Dieses überdeutliche Symbol leitet hin zu ihrem Partner, von dem man nur das bekleidete Beinpaar sieht und den sie fragt: »Sag mir – ich muss es wissen: Liebst du meine Lip-

pen?« Diese Aufforderung zu einer ontologischen Grundsatzdiskussion bleibt unerwidert. Sie kleistert sich daraufhin trotz der Lippen zu, und mit dem uns inzwischen vertrauten Understatement sagt eine Off-Stimme »Rouge allure – Chanel«, worauf der Lippenstift-Penis wieder in die Hülle zurückfährt. Wie praktisch: Da die Blonde nackt ist, muss der Buntstift ihrer Garderobe nicht farblich angepasst werden.

Apropos: Haarfarbe heißt jetzt vornehm »Coloration«, und Schwarzkopf rödeln längst international herum mit »Professional Hair Care for you«. (Weeßte noch, Schwarzkopf, wie de damals in Berlin-Tempelhof dein klassisches Schauma produziert hast? Und zwar uff Deutsch?)

Bei allen Wichtigtuereien und professionell aufbereiteten Blödheden gibt es in der derzeitigen TV-Werbung doch ein paar Höhepunkte: Die »pro Age«-Werbung von Dove etwa, die mit ihren 50plus-Damen endlich die Erotikspielwiese erweitert. Oder die goldig-freche Göre Kati von Müllers Froop (»Bitte Ruhe am Set!«), gegen deren Urkraft man einfach machtlos ist. Und nachdem Saturn trotz verkündet, dass Geiz noch immer geil sei, sah ich neulich, tief in der Nacht, bei der Wiederholung von *Close to home*, die witzige Replik in einem Porno-Spot: »Geil aber geizig?« Die so angepriesene Hotline offerierte ein Schmuddeltelefonat von 15 Minuten Länge für nur einen Euro. Aber – was redet man denn da so lange?

Olaf Leitner

Freitag

ISSN 0945-2095

Hervorgegangen aus dem *Sonntag*, Berlin, gegründet 1946 vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, und der *Volkszeitung*, ehemals *Deutsche Volkszeitung*, gegründet 1953 in Düsseldorf von Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth, und der *Tat*, gegründet 1950 in Frankfurt/M. von der VVN. Die Gründungsherausgeber des *Freitag*: Günter Gaus, Christoph Hein, Gerburg Treusch-Dieter, Wolfgang Ullmann

Herausgeber: Daniela Dahm, György Dalos, Fritjof Schmidt, Friedrich Schorlemmer

Verlag und Redaktion: Zeitungsverlag Freitag GmbH, Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin
Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Konto 154324674
Geschäftsführung: Heinrich Eckhoff

Jahresbezugspreis 132,- €. Ermäßigter Bezugspreis gegen Bescheinigung für Schüler, Studenten, Auszubildende 92,40 €; jeweils inkl. Zustellung Inland. Im Ausland zzgl. Versandkosten: € 31,- Land- bzw. € 41,- Luftpost. Kündigungsfrist 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Abowerwaltung: AVZ, Allgem. Vertriebs- und Zustell-GmbH, Storkower Straße 127 A, 10407 Berlin

Abo-Telefon: (030) 428040-40; Fax -42, Mo.-Fr. 8-16 h (Bitte bei Anfragen Abo-Nummer angeben.) aboservice@avz-berlin.de

Redaktion / Verlag: Tel. (030) 25 00 87-0, Fax: 25 00 87-10 e-mail: redaktion@freitag.de

Redaktionsleitung: Lutz Herden, Ingo Arend Inland, Ökologie, Wirtschaft: Connie Uschtrin, Michael Jäger, Steffen Vogel, Ausland: Lutz Herden, Alltag, Kultur, Literatur, Geschichte: Ingo Arend, Matthias Dell, Barbara Schweizerhof, Wissenschaft, Zeitgeschichte: Ulrike Baureithel, Rechtsreferat: Margareth Olxsen, Karsten Lasker, Reporterin: Marina Achenbach, Bild/Layout: Jürgen Holtfreier

Anzeigen: Gülcin Wilhelm (030) 25 00 87-32, Fax: (030) 25 00 87-10

Satz & Reproduktionen: Michael Pickardt, Berlin Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, www.berliner-zeitungsdruck.de Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. FREITAG-Archiv-Arbeiten, Artikelrecherchen auf Anfrage

Of t gibt es dieses bezeichnende Zögern, wenn vom Gegensatz der Hoch-Kultur die Rede ist. Das Wort »Niedrigkultur« drängt sich als Analogbildung auf, aber die meisten scheuen davor zurück, es auszusprechen. Man sagt statt dessen »Popkultur« oder, wissenschaftlicher, »Populärkultur«, manchmal auch »Massenkultur« und nur sehr selten »Triviale Kultur«. Die Begriffsunsicherheit rührt zum einen daher, dass man kein abwertendes Wort gebrauchen will. Zum anderen haben viele Genres der Popkultur in den letzten Jahrzehnten eine derartige Aufwertung im Ernst und der Ausführlichkeit ihrer kritischen Besprechung erlebt, dass es immer schwieriger erscheint, die Grenzen zur Hochkultur klar zu bestimmen. Ein Film wie Zack Snyders *300* bringt da ein fast schon in vergessenes Gefühl in Erinnerung: Der Ruch des Unfeinen, ja sogar Unanständigen, wenn nicht gar Illegitimen, mit dem die Popkultur einst unweigerlich behaftet war.

Um so deutlicher wird dieses Gefühl, weil es in *300* um einen Stoff geht, der genau dort verankert ist, wo der Bildungsbürger die Wiege der Hochkultur ansiedelt: Im klassischen Griechenland. Frei nach Herodot erzählt *300* die Geschichte jener Schlacht bei den Thermopylen, in der die legendäre Anzahl von Spartanern sich gegen ein zigfach überlegenes Perser-Heer aufopferte, um dadurch den Rest der Griechen anzustiften, den Invasoren unter Xerxes geschlossen die Stirn zu bieten.

Frank Miller, einer der namhaftesten »auteurs« in der Kunst der *graphic novels* (so die Bezeichnung für den aufgewerteten Comic), hat den Stoff zu einem Comic verarbeitet und Zack Snyder hat nun aus dieser Vorlage einen Film gemacht. Dieser fühlt sich in allem Frank Millers Handschrift und in nichts Herodot oder gar der historischen Authentizität verpflichtet. Zwar agieren in *300* lebendige Schauspieler vor der Kamera, doch auf rund 1.500 Schnitte gehen im Film 1.300 »visuelle Effekte«. Fast jeder Hintergrund ist digital erzeugt. Anders gesagt: Die Bilder sind durch und durch künstlich. Das beginnt mit der Farbgebung, die die Palette auf dunkle Rot-, Schwarz- und Grautöne reduziert, setzt sich fort mit artifiziellen Zeitlupen und Zeitraffern von Schlachtszenen und findet seinen Höhepunkt in viel effektiv voll spritzendem Blut. In *300* geht es nicht um Echtheit, sondern um Überwältigung, um den starken Reiz, der das große Publikum in drei Gruppen teilt: In die, die anerkennend staunen, in die, die angewidert den Kopf schütteln und in die, die sich »so was« gleich gar nicht anschauen wollen.

Was »Pop-« beziehungsweise »Niedrigkultur« ausmacht, lässt sich hier bestens beobachten. Da wäre zum Beispiel die strikte Vermeidung von Subtilität: In *300* wird entweder flott deklamiert oder gebrüllt, was das Zeug hält und das stets in den tiefstmöglichen männlichen Basstönen. Zudem sind Handlung und Ausgang nicht nur vorhersehbar, sondern gleichzeitig auch in einer Weise offensichtlich, die dem Wort endlich gerecht wird. Die Hässlichen sind hier die Bösen und zwar nach dem Motto: je hässlicher desto böser. Viel böser nämlich als die feindlichen Perser, die hier in computeranimierter Masse zu

Barbara Schweizerhof

Je hässlicher, desto böser

IM KINO ■ Zack Snyders Comic-Spektakel »300« überzeichnet die Schlacht der Spartaner gegen die Perser ins ernsthaft Lächerliche



den Thermopylen anmarschiert kommen, sind die Verräter in den eigenen Reihen. Jene korrupten spartanischen Priester etwa, die dem Spartaner-König Leonidas per Orakel spruch untersagen, mit seinem ganzen Heer auszuziehen – ein ekelerregender Haufen degenerierter alter Männer mit sabbernden

Mündern und grässlich entstellten Gesichtern. Und Ephialtes, dessen Verrat den 300 Mannen letztlich das Leben kostet – ein buckliges, verwachsenes Männlein, neben dem der Glöckner von Notre Dame wie ein griechischer Held erscheint. Die Perser dagegen sind weniger hässlich als vielmehr dekadent ge-

zeichnet: Ein Multikulti-Heer, in dem den verschiedensten Moden gefrönt wird, behangen und verhüllt mit exotischen Stoffen, viel Schmuck und so perversen Dingen wie Piercings. Die »Guten« aber zeigen im Gegensatz dazu viel von ihrer ehrlichen Haut: Sämtliche Spartaner tragen unter dunkelroten Capes nichts weiter als eine Art schwarze Unterhose. Die geschickte Lichtsetzung mit entsprechender digitaler Nachbearbeitung verwandelt ihre nackten Oberkörper und -schenkel in klar definierte Muskelpakete.

Im wahrsten Sinne des Wortes »überzeichnet« hat Frank Miller den antiken Stoff für seinen Comic. Zack Snyder fügt wie beschrieben dem im Film noch eine weitere Schicht dazu: Soldaten brüllen; Blut spritzt; und das Ganze ist mit pumpender Rockmusik unterlegt. Die spartanische Kampfmaschinenkultur mit ihren grausamen Auslese- und Erziehungspraktiken wird hier vollkommen ungebrochen als »starker Tobak« krenzt. »Military porno« hat das ein amerikanischer Kritiker nicht umsonst genannt und den bereits erwähnten Ruch des Unanständigen damit ganz gut auf den Punkt gebracht.

Ansonsten zeigen die Reaktionen auf den Film einmal mehr, dass Popkultur vor allem das ist, was aus ihr vom Publikum gemacht wird. In Griechenland bricht der Film gerade sämtliche Einspielrekorde – zwei Wochen nach Start haben ihn bereits ein Drittel aller Griechen im Kino gesehen. Die Ironie dieser Begeisterung blieb dabei nicht unkommentiert, schließlich galten die Spartaner bislang auch in den griechischen Schulbüchern eher als eine Art Proto-Faschisten denn als Kulturträger und Demokratie-Verteidiger.

Die Amerikaner begeisterten sich ebenfalls in überraschend großer Anzahl für den Film, allerdings weniger weil sie sich in den Spartanern wiedererkennen als vielmehr, weil sie sich im Comicgenre und seinen Übertreibungen sicher fühlen und auskennen. Mit entsprechendem Genuss zitierte man in den USA deshalb verschiedene iranische Quellen, in denen verlautbart wurde, dass man sich im Iran als Erben der Perser verunglimpft fühle. Bedeutete das doch, dass man dort den Comic so ernst nimmt, als handle es sich um ein Stück Hochkultur. Der Hochmut Hollywoods besteht aber nicht darin, die Perser als Barbaren darzustellen – Xerxes tritt in *300* als hipper Ohrringträger mit Balsamstimme auf, der den Spartaner-König Leonidas um ein Vielfaches überragt – der Hochmut Hollywoods besteht darin, zu wissen, was Popkultur ausmacht. Im Fall von *300* ist das die Übertreibung, die spielend die Grenze zur Lächerlichkeit überschreitet – wobei die wahren Kenner sich dadurch auszeichnen, trotzdem nicht zu lachen. ■

Stefan Siegart



Wenn er einen raisonance-boden zu einem Clavier fertig hat«, schrieb der 21-jährige Mozart im Oktober 1777 aus Augsburg nach Hause, »so stellt er ihn in die luft, Regen, schnee, sonnenhitze und allen Teuffel, damit er zerspringt.« Die Rechtschreibung geriet ihm zufällig. Groß wurde geschrieben, was miraculös genug oder wichtig war. Und wichtig war Mozart vor allem das »Clavier«, sein Instrument, dem er in der Augsburger Werkstatt Johann Andreas Steins erstmals in baulich und technisch avancierter Gestalt begegnete. Er war begeistert über die Tricks, mit denen der Klavierbauer aus Holz Klang werden ließ. »seine hämmer!«, berichtet der Komponist und Virtuose, »wen man die Claves (Tasten) anspielt, fallen, in den augenblick da sie an die saiten hinaufspringen, wieder herab, man mag den Claves liegen lassen oder auslassen.«

Zeitlebens hat sich Mozart über Mechanik und Bau seiner Instrumente auf dem Laufenden gehalten. Deren Baugeschichte stand analog zum Platz Mozarts in der Musikgeschichte an einem Schnittpunkt zwischen Gestern und Morgen. In dem »Stein vis-avis« von 1777, auf dem Andreas Staier und Christine Schornsheim vierhändig Mozart spielen, wurde dieser Moment zu Materie und Klang. Die eine Hälfte des – auch optisch (auf dem CD-Cover) kostbaren – Instruments ist ein Hammerflügel, wie Mozart ihn bei Stein bewunderte, die gegenüber liegende Hälfte ein dreimanualiges Cembalo, dessen vier Register zum Hammerflügel hinzugekoppelt werden können.

Beim ersten Hören ähneln sich die Klangwelten. Steins Hammerflügel, der erste und modernste seiner Art, klingt hell und cembalonah. Dagegen setzt sich bei mehrmaligem Hören der kürzere, obertonreichere Klang des Cembalo ab. Mozart ist auf einem Cembalo in seinen Beruf hinein gewachsen. Noch seinem Klavierspiel der späten Jahre war die frühe Cembaloerfahrung anzuhören. Staier/Schornsheim haben mit den kaum bekannten, ab 1777 komponierten *Präludien* Musiken ausgewählt, in denen sich Mozarts Stellung zwischen Bach/Händel und Klassik/Romantik kundtut. Sie betonen brillant den improvisatorischen Charakter dieser Werke. Dagegen sind die beiden *Sonaten für Klavier zu vier Händen* – besonders deren langsame Sätze – bezaubernd leichte, von Folklore und vom einfachen Leben inspirierte Kost.

Zufall vielleicht, dass die CD an einem weiteren Schnittpunkt heraus kam, dem Schnittpunkt zwischen Winter und Sommer. Der Klang des Instruments passt kongenial zur silbrigen Luft dieser glücklichen Tage mit ihrem – im Norden vorerst dünnen – Festkleidchen aus Blüten, Knospen und zartem Blatterschimmer. Die etwas voreiligen Osterlammchen passen dazu so gut wie das flüssige Silber der Sonne auf dem dunstigen Wasser des Sees vor unserem Häuschen am Hang.

Der Klang des Hammerflügels, auf dem der Belgier Jan Vermeulen die zwei vorletzten Sonaten Schuberts spielt, ist älter, dunkler und fülliger. Er schafft, passend zum späten Schubert, die wundersam beredete Aura, die den alten Instrumenten eignet. Und ist doch nur eine Generation vom Viv-a-vis-Flügel Steins entfernt. Hergestellt hat ihn 1826 die Tochter Steins, die in Wien geheiratet und als Nanette Streicher unter anderen Beethoven und Schubert beliefert hat.

Die Pianofortes dieser Zeit differieren im Klang in Zehnjahressprüngen, auf jedem Instrument klingt dasselbe Werk anders. Der Klang des Streicher-Flügels ist extrem charakteristisch. Die Tasten im hohen Diskant klingen stumpf und spitz. Mehrheitsmenschen, die aus uralter Gewohnheit auf den Klang eines Steinway eingeschworen sind, werden das Instrument für »defekt« halten. Kenner der auratischen Nuanciertheit gut restaurierter Hammerflügel werden solche Eigenheiten und Zuspitzungen genießen an Stellen wie dem Ausbruch in der Durchführung des *Andantino* der *A-Dur Sonate*, wo die wie kopflose Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Verzweiflung Schuberts in ihrer verstörenden und zerstörenden Abwegigkeit durch sie so recht erst fühlbar wird. Wie auf der anderen Seite (der Klaviatur) das auf dem alten Flügel unvergleichlich duftige und finstere Verdämmern des Satzes im Bass.

Mozart: Präludien K. 284a, K. 624 und 394, Sonaten K. 358 und 381 – Christine Schornsheim/ Andreas Staier, Harmonia Mundi HMC 901941; Schubert: Sonaten D 958, »Reliquie« D 840, D 537, D 959, zwei Scherzi D 593 – Jan Vermeulen, Et'Cetera/Codaex TCCO 1330

Wie eine Barrikade liegt der Baumstamm quer auf der Bühne. An ihn lehnen sich die sechs jungen Menschen Anfang 20, die im Mai 1968 in einer kommuneartigen Gemeinschaft leben. Ihn berührend singen sie Revolutionslieder, auf ihm balancieren sie, hier umarmen sie sich kollektiv. Schließlich demonstrieren sie den Baum – zerbrochen ist das Vertrauen in den Wandel, zerstört auch die Illusion von freien Liebeskonzeptionen. Starke Bilder findet Alexander Charim in seiner Diplominszenierung für die Berliner Ernst Busch-Hochschule, um von einer Generation zu erzählen, die ein autoritäres Staats- und Wertesystem zu stürzen versuchte. Doch ist *Liebe 1968* kein historischer Bilderbogen, sondern Dank der hervorragenden Schauspieler und der vielfältig gebrochenen Erzählperspektive die Frage an uns: Wie wollen wir leben?

Wie ein roter Faden durchzog sie das diesjährige Körper Studio Junge Regie in Hamburg, eine Art Theatertreffen für den Regienachwuchs. Das Festival im Thalia in der Gaußstraße bot die Möglichkeit, Arbeiten von zehn Regiestudierenden miteinander zu vergleichen. Die Bilanz zeigt: Es wird wieder erzählt, oft kraftvoll und mit dem Willen, eine eigenständige Form zu finden, die die Erzählung spiegelt – und nicht umgekehrt. Filmenspielen gehören längst nicht mehr zum stilistischen Repertoire, stattdessen rhythmisieren Musik und Pausen die Erzählungen, und Zigaretten werden gepafft, als handle es sich um die letzte Bastion des zivilen Ungehorsams. Es gibt mehr junge Regisseurinnen als Regisseure, doch ein genereller Unterschied in den Inszenierungsweisen scheint nicht zu existieren. Das Politische ist wieder da, wird aber vor allem im Alltag gesucht – und gefunden: Wie wollen wir leben? Wollen wir so leben? Kann man unter diesen Umständen lieben? Um diese Fragen gruppieren sich politische Autoren wie Odón von Horváth, Rainer Werner Fassbinder, Max

Georg Kasch

Wie wollen wir leben?

KOLLEKTIVE UMARMUNG ■ Das »Körper Studio Junge Regie« in Hamburg als Theatertreffen des Regienachwuchs

Frisch, und Themen wie der Mai 1968 oder der Versuch einer neuen Revolution.

Gerade die Fassbinder- und Horváth-Inszenierungen zeigten aber auch, wie sehr man sich an solchen Namen verheben kann. Bis zur Ärgerlichkeit wurden hier Klischees gehäuft, so in Fassbinders *Preparadise Sorry Now*, einem Stück kalter Wut, dass streng formal nach faschistischem Verhalten im Alltag fragt. Die Salzburger Inszenierung scheiterte vollkommen, weil es ihr nicht gelang, eine auch nur halbwegs adäquate Form für Fassbinders Thesentheater zu finden. Ganz anders Jan Gehler aus Hildesheim, der »Separatisten« nach Thomas Freyers gerade am Berliner Maxim Gorki-Theater uraufgeführten Stück inszenierte. Seine fünf Schauspieler, allesamt Laien, erzählten mit den einfachsten Mitteln – fünf Stühle, eine alte Stereoanlage – die Geschichte eines abrisssbereiten Plattenbauviertels. Dessen Bewohner rebellieren, bauen einen Zaun und gründen eine kommunistische Republik. Das Projekt scheitert. Die Sehnsucht nach weniger Anonymität und Egoismus bleibt, ebenso wie die Frage, ob utopische Projekte heute noch möglich sind. Aus der leisen Geschichte machte das Hildesheimer Kollektiv eine stille, konzentrierte Stunde, die nur zum Ende hin etwas an erzählerischem Sog verlor.

Die einfachen Mittel waren vielen Inszenierungen eigen. Oft wurden selbstbewusst die theatralen Mittel offen gelegt, wurde das

Licht und der Ton auf der Bühne bedient oder erzeugt, wurde stolz behauptet: Seht her, wir machen Theater. Zumeist mit Erfolg. Viele der Regisseure betonten zudem, wie sehr sich ihre Teams als Gruppe, als Kollektiv verstehen und ihre Schauspieler aktiv am Findungsprozess beteiligen. Dieses Prinzip gipfelte in der siebenköpfigen Performance-Gruppe Monster Truck aus Gießen. Hier ist jedes Mitglied in allen (Regie-)Fragen gleichberechtigt. Ihre Science-Fiction-Freakshow *Live Tonight!* polarisierte das Publikum wie kein anderes Stück und präsentierte eine kryptische Bilderfolge, die in ihrer oft schrillen Ästhetik an die Filme des amerikanischen Künstlers Matthew Barney erinnert und von einer deutlich fühlbaren Binnenlogik getragen wurden.

Es war die einzige Inszenierung, die jeglicher Stadttheatertauglichkeit entbehrte. Ganz anders Jan Philipp Glogers *Biedermann und die Brandstifter*. Seine gestylten Spießer gehen temporeich und witzig den schamlos-charmanten Feuerlegern auf den Leim. Der Zürcher Beitrag entstaubte Max Frischs moralinsure Parabel in ungewohnter Weise, gelangte aber dort an seine Grenzen, wo das Stück auch mit viel Phantasie keine Reibung mehr zuließ.

Den Preis des diesjährigen Körper Studios erhielt ausgerechnet jene Regisseurin, die sich zu Beginn des Festivals kritisch zur Auszeichnung geäußert hatte, weil er die Woche

Was passiert mit einer jungen argentinischen Dichterin in den Jahren von 1950 bis 1960, die unbedingt Rimbaud sein möchte? Sie wird zwangsläufig ein exzessives, schmerzliches Leben führen. Und sie wird trotz ihres großen Talents, trotz Inspiration, Kreativität und trotz beharrlicher Suche nach Erneuerung der spanischsprachigen Dichtung nicht nur am ausbleibenden Erfolg scheitern, sondern ihr Leben opfern. Die Rede ist von Alejandra Pizarnik, die 1936 in Buenos Aires als Tochter russisch-jüdischer Emigranten geboren wird und 1972 mit 38 Jahren Selbstmord begeht. Ab Mitte der fünfziger Jahre thematisiert sie ihren Tod in Gedichten und in Tagebüchern (1954-1971) Dutzende Male.

Nach der Veröffentlichung ihrer Gedichte, *Cenizas – Asche, Asche* (2002) liefern Pizarniks künstlerische, private und öffentliche Notate deutschen Lesern nun erstmals Einblick in das Leben und Schaffen der Dichterin, die heute als bedeutendste jüdische Vertreterin spanischer Sprache der klassischen Moderne gilt und längst zur Legende geworden ist. Sie studiert Philosophie und Literatur in Buenos Aires und gilt bald als junges dichterisches Talent in Literatenkreisen. 1955 veröffentlicht sie ihren ersten Gedichtband, *La tierra más ajena* (*Das fremdeste Land*). 1961 erfüllt sie sich einen lange gehegten Wunsch und geht nach Paris. Dort lebt, dichtet, übersetzt sie bis 1964 im Kreis lateinamerikanischer Literaten wie dem mexikanischen Dichter und Intellektuellen Octavio Paz und ihrem Landsmann Julio Cortázar. Mit beiden soll Pizarnik, laut Legendenbildung, eine Liebesbeziehung unterhalten haben. Die wichtigsten Gedichtbände erscheinen nach ihrer Rückkehr in Buenos Aires. Doch an die Provinzialität der Metropole »peripherer Modernität« kann und will sie sich nicht gewöhnen. Es folgen Jahre der Krankheit, Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken und schließlich ihr Selbstmord durch die Einnahme einer Überdosis Schlaftabletten.

Die Veröffentlichung der Tagebücher geschieht, so die Herausgeberin, auf den ausdrücklichen Wunsch Pizarniks. Vielleicht wusste die Dichterin, dass diese Eintragungen in ihrem zeitdokumentarischen Charakter den Zugang zu den teils als »unlesbar« geltenden Texten erleichtern würden. Aus heutiger Sicht lässt sich – trotz existierender Leser-Fangemeinde – behaupten: das Hauptinteresse richtet sich auf ihr Schicksal als Frau und Dichterin.

Erstmals äußert sich Pizarnik zum Tagebuch als literarischem Werk 1955: »Das Beste, was mir einfällt, ist eine Art Tagebuch, gerichtet an (einmal angenommen) Andrea. Das heißt, es wären weder Briefe noch ein gewöhnliches Tagebuch. Es könnte in zwei oder drei Bereiche unterteilt sein. Einer, der der Liebe gewidmet ist, ein weiterer der Angst, der dritte, mon dieu!, hier wäre noch die Frage, sich zu entscheiden und zu wählen: die Welt einfangen oder sie zurückweisen.« Damit nennt sie bereits die drei großen Themen ihrer Tagebücher. Beim dritten »Bereich« entschied sich Pizarnik eindeutig für »das Zurückweisen der Welt«.

Porträt der Dichterin als junge Frau

Wie ist Alejandra Pizarniks Zustand mit 19 Jahren? Wie den jungen Rimbaud drängt es sie, ein bedeutendes Werk zu schreiben. Ihr Arbeits- und Lebensplan für 40 Tage im Juli 1955 lautet: »1) Den Roman beginnen. 2) Die Bücher von Proust beenden. 3) Heidegger lesen. 4) Nicht trinken. 5) Keine Gewaltakte. 6) Grammatik und Französisch lernen.« Doch

Ellen Spielmann

Gespenster der Phantasie

ALEJANDRA PIZARNIK ■

Zum ersten Mal wurden die Tagebücher der argentinischen Dichterin veröffentlicht

im Gegensatz zu Rimbaud, der bereits mit 21 Jahren sein Werk vollendet hatte und den Dichterberuf an den Nagel hing, wartet Pizarnik bis an ihr Lebensende auf den großen Wurf. Schon mit 19 Jahren plagen sie massive Selbstzweifel: »Warum leide ich und quäle mich mit den Gespenstern meiner Phantasie? Warum glaube ich so fest daran, dass ich zu Höherem berufen bin?«

Was ihre Frauenrolle betrifft, bewegt sich die 19-Jährige zwischen altbekannten Stereotypen, zwischen »Weibchen« und Maniac. Sie fragt sich einerseits: »Warum kleide ich mich nicht elegant und spaziere mit meinem Verlobten am Arm durch Santa Fe? Warum suche ich mir nicht ein ruhiges Plätzchen, heirate, kriege Kinder, gehe ins Kino, in die Konditorei, ins Theater?« Andererseits kommt sie mit einem provokanten Vorschlag für weibliche Selbstverwirklichung daher: »Zum Teufel! Man müsste Bordelle einrichten speziell für Künstlerinnen!«

Zwischen diesen widersprüchlichen Selbstbildern schaltet die Tagebuchautorin den »objektiven« Blick von außen, Pizarnik spie-

gelt sich im Zitat eines Jugendfreunds: »Das ist Alejandra, das begabteste Mädchen der Welt. Sie hat alles, was Gott einem menschlichen Wesen schenken kann, trotzdem ist sie immer traurig.« Im Rückblick auf ihre Situation als junge Dichterin in Buenos Aires liefert Pizarnik in ihrem Pariser Tagebuch 1963 eine treffende Analyse: »Was ich gern wollte, ist, dass mein Buch von der Promiskuität und dem zermalenden Bewusstsein einer einsamen, jungen Frau spricht, die voll ist von den Klischees der Einsamkeit.«

Und immer wieder Rimbaud

Sicherlich gehört Pizarnik zur letzten Generation lateinamerikanischer Literaten, die in Paris die eigentliche Hauptstadt der lateinamerikanischen Intellektuellen sehen. In Octavio Paz findet sie Unterstützung. Er schreibt 1962 das Vorwort zu ihrem Gedichtband *Dianas Baum*. Auch Julio Cortázar bildet ein wichtiges Gegenüber. Im Nachruf auf Alejandra Pizarnik schreibt er: »Es reicht, sie zu nennen, und in der Luft erzittern Poesie und

Legende«. Dennoch bleiben die aufregenden Pariser Jahre von Einsamkeit und Isoliertheit geprägt, von Freunden und Kollegen grenzt sie sich ab: »Meine jungen Avantgardefreunde sind genauso konventionell wie die Literaturprofessoren. Und wenn sie Rimbaud lieben, dann ist es wegen dem, was Rimbaud gelitten hat, es ist wegen der Entzückung, die ein paar Wörter in ihnen erzeugen, die sie niemals verstehen werden.«

Sehr gern wäre die junge Dichterin bei einem Meister in die Schule gegangen, wie sie 1963 in Paris notiert: »Eines gibt es, das mich fasziniert hätte: einen Meister zu haben, ich wäre gern in seine Werkstatt gegangen, hätte handwerkliche und metaphysische Dinge erlernt und über sie meditiert.« Wie Arthur Rimbaud, der in Paul Verlaine seinen Meister und Freund fand? Auf Rimbauds Genie kommt Pizarnik immer wieder zu sprechen: »Rimbaud hatte keinen Schreibtisch. Darum hat es auch nie wieder einen wie ihn gegeben. Alle wollen Rimbaud sein, aber mit Schreibtisch. Quant à moi: Ich will meinen Plan erfüllen. Und, vor allem dreißig werden.«

In Rimbaud-Pose:
die legendenumwobene Dichterin Alejandra Pizarnik

DANIELA HAMAN

Entdeckung durch die Frauenbewegung

Ohne die Frauenbewegung und das Interesse für weibliches Schreiben in den siebziger und achtziger Jahren wäre Alejandra Pizarnik weder entdeckt noch Legende (ge)worden. Über die Schwierigkeiten, die sie als Frau zu bewältigen, den Preis den sie im sich modernisierenden, aber weiterhin patriarchal orientierten Argentinien, zu zahlen hatte, als sie als Dichterin nach öffentlicher Anerkennung strebte, erzählt ihr Tagebuch. Neben den konkreten materiellen Hindernissen, sind es vor allem die fest gefügten Frauenbilder, denen sie im Schritt von der Privatheit in die Öffentlichkeit begegnet. Beredtes Zeugnis dieser Situation liefert die Eintragung vom 5. Juli 1955 über das Alltagsleben in Buenos Aires: »Ich kann nicht eine Stunde in einem Cafe sitzen, ohne dass jede Minute zwei kleine machos auftauchen, um das Dasein zu stören, das dieses arme Weib zu führen wünscht.« Öffentlichen Raum zu gewinnen, heißt für die Generation Pizarniks, vorhandene Frauenbilder aufzugreifen und produktiv umzusetzen. Als Vorbilder dienen die »Schwestern Brontë«, die chilenische Dichterin und Diplomatin Gabriela Mistral, die argentinische Dichterin Alfonsina Storni, sowie Sappho und auch Rosa Luxemburg. In Pizarniks Gedichten wird das Private zum öffentlichen Ereignis. Über diesen Schritt schreibt sie geradezu programmatisch in einem ihrer letzten Gedichte: »Könnte ich doch nur in Ekstase leben, indem ich den Körper des Gedichts aus meinem Körper mache.«

Die bewusste Entscheidung, aus dem Privaten in die Öffentlichkeit zu treten, hat, wie bei Alejandra Pizarnik beispielhaft zu sehen ist, seine Kehrseite: Das öffentliche Interesse an Frauen, die sich ins Rampenlicht begeben, zielt zumeist einzig auf das Private. Die Betonung des rein Biographischen, der Lebensform statt des künstlerischen Schaffens, des Werks zwingt geradezu zur Inszenierung, ermöglicht zugleich aber auch die bewusste Selbstinszenierung. Von Frauen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, wird erwartet, dass sie es publikumswirksam in Szene setzen, ihre Biographie zu einer Art Legende ausgestalten, die dann untrennbar mit dem Werk verschmilzt beziehungsweise als das eigentliche Werk gilt. Alejandra Pizarnik gelingt es, sie wird zur Legende einer Dichterin. Doch zahlt sie dafür einen hohen Preis.

Aus der Reihe feministischer Lektüren Pizarniks sind die Arbeiten der argentinischen Literaturwissenschaftlerin Silvia Molloy hervorzuheben. In ihrem Essay *Von Sappho zu Baffo – der Umgang des Sexuellen bei Alejandra Pizarnik* arbeitet sie die feministische Haltung der Dichterin heraus. Das heißt, in erster Linie dem normativen Blick auf sexuelle Praktiken entgegenzuwirken. Molloy's Lektüre widerspricht gängigen Interpretationen, die in Pizarnik Frauenfiguren, zum Beispiel in der blutrünstigen Gräfin aus der Erzählung gleichen Titels *La condesa sangrienta* (1971), das Modell des »lesbischen Bösen« alias Baudelaire sehen. Dieser weibliche Vampir sei keine Figur, die Schrecken verbreite, sondern konzipiert um die Öffentlichkeit zu provozieren, herauszufordern. Anders als Rimbaud, der von seinen Reisen nach Frankreich zurückkehrte, »um einen schönen Tod zu sterben«, kehrt Alejandra Pizarnik nach Buenos Aires zurück, um einsam zu schreiben und zu leiden.

In einem Anfang war die Liebe Gewalt. Tagebücher, herausgegeben von Ana Becciu. Aus dem Spanischen übersetzt von Klaus Laabs, Amman, Zürich 2007, 500 S., 39,90 €

Banken und Salons, Kirchen und Schauspiel, Dienstwohnungen und Geburtststuben, Fensterplätze und Hinterstüben – mit einem einzigartigen Personal. Ob nun Kleist hinter der katholischen Kirche seine ebenso kurzlebigen wie dauerbeschworbenen Abendblätter herausgab oder Alexander von Humboldt von der Wiege in der Jägerstraße 22 an seinen Weg zum Orinoco antrat, E. T. A. Hoffmann unter Schmerzen für Veters Eckfenster den Gendarmenmarkt ausspähte, Rahel Varnhagen in ihrem Salon Tee reichte, Prediger Schleiermacher im Kanonierhaus seine Dienstwohnung bezog, Heinrich Heine dort 1822 seine ersten Korrespondenz-Pirouetten drehte, oder Leopold von Ranke barmte, in der Jägerstraße 10 ausgerechnet bei Frau Schweinsberger Wohnung nehmen zu müssen, Kierkegaard auf die Wiederholung lauerte – das vorliegende Buch lässt die ungemaine Geistesdichte um Jägerstraße und Gendarmenmarkt mehr als nur ahnbar werden. Es bleibt nicht bei jener Zeit stehen, die mehr als für Poesie gut war, sondern mändriert durch die Kulturgeschichte bis heute fort, auch wenn es zunehmend um profanere Institute ging, das Urania-Theater als volkstümliche Schaustelle naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, das erste »Gesinde-Vermietungs-Kontor«, Cürlis Institut für Kultur-Filme, die Fotoagentur von Graudenz, Felsensteins Oper, die *Berliner Zeitung* in ihren ersten Jahren, das Amt für Literatur und Verlagswesen oder schließlich die Geisteswissenschaftlichen Zentren, die sich mit diesem von ihnen bestrittenen Band eine mächtige

Genealogie adoptiert, uns jedenfalls ein bildsames Vergnügen bereitet haben.

Wolfgang Kreher u. Ulrike Vedder (Hg.): *Von der Jägerstraße zum Gendarmenmarkt. Eine Kulturgeschichte aus der Berliner Friedrichstadt*, Gebr. Mann, Berlin 2007, 232 S., zahlr. Abb., 29,90 €

Rumm rumm haut die Dampfamme auf dem Alexanderplatz. Viele Menschen haben Zeit und gucken sich an, wie die Ramme haut«, so finden wir's in Döblins Roman vom Alexanderplatz. Aber bis es zum »Weltstadt«-Umbau Ende der Zwanziger kommt, ist es ein langer Weg, auf dem der Alex sich erst einmal hin und her schieben lassen muss. Gernot Jochheim hat diesen Weg geduldig beschrieben und trefflich illustriert, ein Weg mehrfach über Barrikaden. Er zeigt die dicke Berolina, das Grand Hotel, das Polizeipräsidium und den Markt, die neue Georgenkirche, ein Abnormalitätentheater, den Verkehr auf allen Etagen und das Vereinshaus der Lehrer ebenso unter Hakenkreuz wie das zu Hertie »arisierte« Warenhaus Hermann Tietz. Vorher war Baustelle, und bald waren Trümmer. Danach wieder Baustelle, das »Komplexvorhaben« Weltstadtzentrum der DDR-Hauptstadt. Die Menschen werden dabei nicht vergessen, zumal die vom 4. November 1989. Auf sie folgte neuerlich große Planung, freilich eher ohne sie. Und erneuter Umbau – bisher ohne die hochfidelsten Ideen. Ein Buch, von dem aus sich nicht nur der gesamte Platz, sondern auch viel Berlin erschließt.

Gernot Jochheim: *Der Berliner Alexanderplatz*. Ch. Links, Berlin 2006, 208 S., 140 Abb., 29,90 €

Erhard Schütz



Schließen Sie die Augen!

Im Gegensatz zu denen für Haushaltsgeräte ist das eine überaus klar und flugs lesbare Gebrauchsanweisung. Sie hat lediglich einen winzigen Mangel: Sie hilft nur gegen Ostberlin. Wer die U9 als bürgerlich und ihren Geruch mit Koriander bezeichnet, kann naturgemäß vom Westen nicht viel wissen. Ansonsten aber ist das Buch ziemlich patent, mithin das, woran der Berliner die Art

Berliner erkennt, die er nicht sein will, jedoch allezeit darstellt, damit Nicht-Berliner ihn als Berliner identifizieren. Dass Jakob Hein ausführlich nur in die nach Osten erweiterte Mitte einführt, macht nichts, weil die Touristen sowieso dorthin wollen, und die Westberliner froh sind, wenn die Ostberliner abgehalten werden, rüberzumachen. (Ein paar Basisanweisungen gibt es aber schon!) Und was einen unbedingt mit dem frechelnden Büchlein versöhnt, sind die Bemerkungen zum Berliner Backwerk und dem weltstädtischen Sport!

Jakob Hein: *Gebrauchsanweisung für Berlin*. Piper, München/Zürich 2006, 154 S., 12,90 €

Dass Berlin ein Stück komprimierter Geschichte, ein offenes Buch der Jüngstzeit sei und dergleichen Floskeln mehr haben inzwischen die alten von der Stadt des Tempos und des Lichts abgelöst. Treffender sind sie kaum. Wo, bitte, sind hiesigenorts die »Zeitgeschichten ... so gestaut wie anderswo die Erdschichten« (L. Földényi)? Es sei denn, man rechnet auf Gedenkstätten und Museen. Was die literarischen Ungarn, eine besonders interessierte Spezies von Berlin-Besuchern, seit den siebziger Jahren mit Hilfe des DAAD darüber hinaus an Berlin beobachtet haben, sammelt eine Anthologie mit dem wunderbaren Wunsch im Titel: *Berlin, meine Liebe. Schließen Sie bitte die Augen*« Es haben sich schon andere an Berlins Verführung versucht. Erst Péter Esterházy entrüstete sie mit Charme. Von ihm gibt es einen ironischen Text über den »Ostwestdieb«, der in

Lesebücher gehörte. Es gibt überhaupt alle Sorten von Texten, erwartbare wie unerwartete, Dokumente und Gedichte, Verlautbarungen und Beobachtungen. Mindestens jeder zweite der »europäischen Bastarde« (L. Végl) ist lesenswert. Und auch das soll gesagt sein: »Berlin ist Berlin, das ganze, so wie es ist.« Was noch mehr?

Berlin, meine Liebe. Schließen Sie bitte die Augen. Ungarische Autoren schreiben über Berlin., Matthes und Seitz, Berlin 2006, 252 S., 18,80 €

Der Berliner braucht ja kein Wetter, um ins Freie zu gehen. Dazu reicht ihm notfalls ein halbwegs grüner Platz, gern Park genannt. Davon gibt es massig in Berlin, das die notorisch nichtsahnenden Naturalisten als steinerne Stadt verkauft haben. Es gibt derart viele, dass sie längst nicht alle in diesem Bändchen verzeichnet sind. (Zwei verrate ich sowieso nicht.) Was darin steht, ist gut getroffen und kaum verzeichnet. Bei weitem sind das nicht nur die großen Grill- und Pinkeplätze wie der Tiergarten oder der kind-, hund- und altengerechte Volkspark Friedrichshain. Auch der Monbijou-Park, dessen Schönheit glücklicherweise weniger Menschen nutzen als aufgrund seiner Lage zu befürchten stünde. Schmuckstücke gibt es überall. Und dabei den Botanischen Garten nicht zu vergessen! Oder den Humboldthain. Oder den Britzer Garten. Den Brixplatz – und... Also: lässt sich alles nachschlagen.

Katja Voss: *Die Parks der Berliner*. be.bra, Berlin 2006, 114 S., 9,90 €

Meine Geschichte der DDR nennt Wolfgang Leonhard das neueste Buch über seine Erfahrungen mit diesem deutschen Staat. Und das ist es natürlich auch: Ein biografisch unterlegter Rückblick auf die Jahre, in denen er und viele andere auf einen sozialistischen Staat hin gearbeitet haben; eine Kindheit, in der die Trennung von der Mutter mit ihrem politischen Engagement und der kommenden Arbeitermacht begründet war; eine Jugend, die ganz auf das Ziel der sozialistischen Umgestaltung seines Landes durch eine gebildete Generation ausgerichtet wurde, in der die Ungerechtigkeiten und Verbrechen unter Stalin – die Verhaftung der Mutter, das Verschwinden vieler Bekannter, die Angst, selbst etwas Falsches zu sagen oder zu tun – ertragen wurden, weil so etwas wie eine Gerechtigkeit von unten als Perspektive vorhanden zu sein schien.

Dass Leonhard diesen Staat nicht nur in den wenigen Jahren beobachtete, in denen er als jüngstes Mitglied der »Gruppe Ulbricht« in Berlin arbeitete, sondern ein Leben lang kritisch begleitete, ergibt sich aus diesem Werdegang fast von selbst, auch wenn er die Gründung der DDR nicht mehr von innen erlebte. Im Frühjahr 1949 war er nach Jugoslawien geflüchtet. Die Erfahrungen aus diesen Jahren hatte er sechs Jahre später in seinem Buch *Die Revolution entlässt ihre Kinder* beschrieben. Dass das nicht auch in der DDR vertrieben wurde, konnte den Kenner derer, die dort inzwischen in den entscheidenden Machtpositionen waren, kaum überraschen. Schließlich war der Flucht eine Analyse der zu erwartenden Entwicklung der »Ostzone« voraus gegangen, die nicht gerade ermutigend ausgefallen war.

Viele Details aus dieser Zeit sind in *Die Revolution entlässt ihre Kinder* bereits beschrieben. Zu damaliger Zeit eine Sensation. Ein Bericht aus dem inneren Zirkel jener Funktionäre, die mit der Führung des von den sowjetischen Truppen besetzten Teils von Deutschland beauftragt waren, war so etwas wie die geöffnete Tür eines sonst immer verschlossenen Hauses. Es gab die agierenden Figuren, mit denen man es in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu tun hatte, der Beobachtung preis, machte sie ein wenig berechenbarer, zeigte Denkrichtungen, enthüllte Methoden, mit denen sich diese Macht durchzusetzen gedachte und liefer-

Regina General

Sentimentale Tschekisten?

SEIFENBLASEN ■ Wolfgang Leonbards neues Buch »Meine DDR« bleibt den Zukunftsentswurf eines demokratischen Sozialismus schuldig



Wolfgang Leonhard (stehend) in der SED-Parteibooschule 1948

te Fakten über den Stalin'schen Terror, der von den meisten, die ihn überlebt hatten, verschwiegen wurde. Um ein Wort aus dem heutigen Sprachgebrauch zu verwenden: Die Da-

vongekommenen verbuchten die vielen Toten, Verschwundenen, Drangsalierten unter »Kollateralschäden«. Und das, obwohl es die engsten Vertrauten betraf. Leonhard durch-

brach dieses Kartell des Schweigens als einer der Ersten.

Sein neues Buch basiert auch auf den Erinnerungen an die Zeit im Moskauer Exil, fügt

bereits Bekanntem noch einige Details hinzu, legt den Schwerpunkt allerdings auf die Entwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, seine Flucht, die Gespräche und Ereignisse nach dem Fall der Mauer 1989. Vieles ist in anderen Zusammenhängen bereits veröffentlicht, bis hin zu den Gesprächen mit seinen ehemaligen Genossen aus dem Moskauer Exil, die er nach dem Mauerfall traf.

Die Erwartungen, die einer an so ein Buch stellen kann, sind unterschiedlich. Leonhard benennt und analysiert die Zäsuren: Die Unentschiedenheit darüber, was aus dem Teilstück Deutschlands werden sollte, je nach Interessenslage Stalins mal »schein«bürgerliches Parastück, in dem man sich – möglichst unauffällig – seine Figuren aussucht, mal Übergangsrepublik, mal sozialistischer Staat. Was – und das beschreibt er eindrucksvoll – kaum Auswirkungen auf den von Ulbricht persönlich gepflegten Umgangston mit den in Deutschland zurückgebliebenen Genossen gehabt hat. Ein Hinweis auf das von Anfang an favorisierte hierarchisch strukturierte Modell der Partei neuen Typs, das auch in den späten Jahren der DDR eisen beibehalten wurde.

Leonhard beschreibt den Aufstand vom 17. Juni 1953, die Ursachen für den Ungarnaufstand 1956, begründet seine Sympathie für den jugoslawischen Weg, für Solidarnosc und – später – für Dubček. Dem Leser bleibt überlassen, daraus die Schlüsse für Leonhards »DDR« zu ziehen. Die Frage, ob es in diesem sowjetisch besetzten Teil eine Möglichkeit gegeben hätte, die Weichen anders zu stellen, wird allerdings nur angedeutet. Immer dann, wenn es um Ulbricht und seinen mehr oder weniger ausgeprägten Rückhalt im sowjetischen Politbüro geht. Aber was hätte dazu kommen müssen? Wann?

Die Analysen, die er liefert, lassen keinen Blick auf das zu, was sich der junge Leonhard als DDR hätte vorstellen können. Sicher, er feiert die demokratische Mitbestimmung in den Betrieben à la Jugoslawien, lobt Eigenständigkeit wie im Prager Frühling, findet die Forderungen nach dem Ende der Bevormundung, wie von Solidarnosc erhoben und dann sogar durchgesetzt, hervorragend, aber das alles sind spätere Entwicklungen. Und sie führten in keine demokratisch sozialistische Gesellschaft. Hatte er, das jüngste Mitglied der Gruppe Ulbricht, einen Entwurf für das Deutschland, das er aufbauen sollte? Konnte einer, der Stalins Säuberungspolitik am Schicksal der Mutter erlebte, ernsthaft an eine repressionsfreie deutsche Republik glauben? Also Irrweg von Anfang an? Ist die Utopie einer gerechten Gesellschaft, die erfolgreich und friedlich agiert, nichts als eine Seifenblase?

Leonhard liefert wenig von dem, was als Zukunftsentswurf gelten könnte. Er merkt nur an, dass die Vorstellungen von damals auf den Erfahrungen der »alten Kämpfer« beruhten, deren Sozialisation im Kapitalismus der freien Konkurrenz erfolgte. Sie waren außerstande, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs im System selbst erfolgten Korrekturen wahrzunehmen oder gar zu verarbeiten. Viele von ihnen blieben, bei Honecker beschreibt er es, ein Leben lang fixiert auf die eigenen Jugenderlebnisse! Kleine Trompeter, Tschekisten mit einem bescheidenen Begriff von Wohlstand. Keineswegs harmlos, aber ein wenig sentimental.

Die Gespräche, die Leonhard nach dem Mauerfall mit den ehemaligen Schulfreunden, Lehrern, Gefährten führte, die in der DDR zum Teil in hohen Ämtern agierten, Wolf, Eberlein, Florin, Wandel ... führen ihn zu dem Schluss, dass deren anfängliche Bereitschaft, sich kritisch mit der eigenen Rolle in der Geschichte auseinander zu setzen, nach wenigen Jahren wieder schwindet und alten Positionen Platz macht. Für ihn ein Beweis, dass die Umkehr nur halbherzig stattfand. Es gäbe allerdings auch eine andere Erklärung, dass nämlich der Kapitalismus dabei ist, seine im 20. Jahrhundert vorgenommenen Korrekturen für das 21. zurückzunehmen.

Wolfgang Leonhard: *Meine Geschichte der DDR*, Rowohlt Berlin, Berlin 2007, 266 S., 19,90 €

Anzeige

GEGENSTANDPUNKT

politische Vierteljahreszeitschrift 1-07

Zersetzende Fortschritte in der Allianz der Imperialisten

EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens * Putin auf der Sicherheitskonferenz * Bilanz und Fortschritte im Kampf der USA gegen „den Terror“: I.Vier Jahre Krieg im Irak II.Irak und Afghanistan, Palästina und Libanon, Syrien und Iran, der Fall Somalia * Anmerkungen zur politischen Ökonomie der Wachstumsbranche Volksgesundheit * Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA

Im Buchhandel oder über den Gegenstandspunkt-Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München, Tel 089-2721604 Fax –05 15,-€ Abo 60,-€

Lela Lappe

Im Land von Onkel Honecker

HEIMAT ■ Viele Mosambikaner erinnern sich sehr gern an »ibre« DDR

In diesen Tagen explodierte ein Waffenlager der Armee in Mosambiks Hauptstadt Maputo. Raketen fliegen in Wohnviertel. Menschen werden schwer verletzt, verlieren Gliedmaße. Gibt es wieder Krieg, fragen sich die Menschen panisch. 1992 hatten UNO-Truppen die Bürgerkriegsparteien entwaffnet. Schlagartig ist schmerzhaft Erinnerung lebendig. Ganz anders die Erinnerung der Deutsch-Mosambiker »Madjermannes«; bei ihrem Blick auf die alte DDR.

»Die Zeit des Schnees war ein Ungeheuer mit sieben Köpfen« erinnert sich Judite Armando an die DDR 1980. »Im Land von Onkel Honecker« war »es so kalt, dass wir noch nicht mal sprechen konnten«, so Jaime Faque Sulane. Zwölf Mosambikaner erzählen ihre Geschichte in dem Band: *Mosambik-Deutschland. Hin und Zurück*: Erinnerungen, Fotos und ausführliche Vorworte zum Hintergrund bietet diese erste Publikation des Deutsch-Mosambikanischen Kultur-Instituts ICMA, eine 2003 gegründete Kooperation der Deutsch-Mosambikanischen Freundschaftsgesellschaft AAMA, des Deutschen Entwicklungsdienstes ded, der deutschen Botschaft in Maputo und des Goethe-Instituts Johannesburg.

Über 20.000 schwarze Mosambikaner fanden sich in der Zeitspanne von 1980 bis zur Wende in der DDR ein: Vertragsarbeiter, Studenten und 900 elf- bis zwölfjährige Kinder. Ziel: Ausbildung und Fachwissen. An der »Schule der Freundschaft« in Staßfurt sollten die Kinder mosambikanischer Bauern zur »Elite« reifen. Grundlage der großangelegten Verschickung: ein Vertrag von 1979 zwischen Honecker und dem ersten Präsidenten Mosambiks, Samora Machel. Wirtschaftliche Projekte folgten. Damit kamen auch Tausende Experten und Entwicklungshelfer aus der DDR nach Mosambik. Solidarität unter sozialistischen Brüdern. Aufbruchsstimmung in den Zeiten der Independência, der Unabhängigkeit von den portugiesischen Kolonialherren.

In zwölf exemplarischen Geschichten haben diese »Madjermannes« zum ersten Mal selbst von ihren Erlebnissen erzählt. So werden die nach Deutschland Verschickten mal zärtlich, mal verächtlich, von ihren Landsleuten genannt, das heißt in der lokalen Bantu-Sprache Schangaan »die Deutschen«. Sie waren »Stars«, als sie mit ihrem Geld aus der Ferne die Binsenhütten ihrer Familien in

Steinhäuschen verwandelten, und als sie mit Kühlschränken, Radios, Fernsehern und Motorrädern zurückkehrten. Aber einige irritierten, wenn sie in Maputo noch im Jahre 2005 der längst untergegangenen DDR als verlorenem Paradies nachweinten. Andere verstörten, wenn sie wöchentlich in Maputo demonstrierten, die DDR-Fahne schwenkend die Polizei herausforderten, schließlich die deutsche Botschaft besetzten. Es ging ihnen um Gehaltsanteile und Sozialabgaben, die seinerzeit von Deutschland nach Mosambik transferiert wurden. Die mosambikanische Regierung zahlte ihnen davon nur einen Bruchteil aus. Bei der Umrechnung wurde die Inflation nicht berücksichtigt und eine Verwaltungspauschale von zehn Prozent einbehalten. Unter den »Madjermannes« gab es unterschiedliche Auffassungen über die Herstellung nachträglicher Gerechtigkeit, je nachdem, wie erfolgreich man sich in der eigenen Heimat integriert hatte. Einige arbeiteten in der Regierung, an Universitäten und in Betrieben, in guten Positionen. Andere konnten nicht Fuß fassen. Erst Ende 2005 wurde das Problem endlich geregelt.

Die Ankunft in der DDR war für die zwölf Erzähler eine Landung auf einem fremden Planeten, im »Schlaraffenland«. Es gab Betten, reichliches, fremdartiges Essen, warme Kleidung. Daheim hatten sie in zugigen Binsenhütten hungrig auf Strohmatten geschlafen. Benedito Augusto Mualinque schreibt unter dem Titel *Mein erstes deutsches Weib-nachten*: »Alles war wunderschön, alles war völlig neu, niemals zuvor hatte ich so etwas gesehen«. Duftende Kuchen und Plätzchen. Das Beste: der engagierte Geschichtsvortrag der Gastgeber über das Dritte Reich und den sozialistischen Aufbau – »das Ergebnis von sehr viele Schweiß und Opfer«. Die Rat-schläge: »Ihr werdet als Pioniere Eure Kenntnisse an Eure Landsleute weitergeben, profitiert von allem, vergeudet nichts«, quitiert er mit Tränen »als größtes Geschenk«.

Die Rückkehr war für die meisten ein Schock. Niemand hatte sie über den Bürgerkrieg in der Heimat aufgeklärt, zwischen der sozialistischen Regierungspartei Frelimo und der konservativen Widerstandsbewegung Renamo (unterstützt von Südafrikas Apartheidregime). Der Krieg hatte die gesamte Infrastruktur zerstört. Viele konnten ihre Eltern nicht mehr finden, andere waren zu Waisen geworden. Grenzenlose Armut. Männli-

che Heimkehrer wurden schon im Flughafen eingezogen.

In Deutschland schwanger gewordene Frauen wurden sofort ausgeflogen. »Bei meiner Ankunft nahmen mir die Behörden sämtliche Unterlagen einschließlich des Passes ab und zahlten mir überhaupt nichts aus«, berichtet Judite Amando. Zuhause war kein Platz für sie, die Mutter verstorben, der Vater neu liiert. Die zukünftigen Schwiegereltern gewährten nur vorübergehend Unterschlupf. Sie lebte in Elendsquartieren von Gelegenheitsarbeiten. Dennoch blieb das Hoffen, das habe sie in Deutschland gelernt. Judite, die Schneehasserin, war gerne dort. In *Gefühle, Hoffnungen, Frustrationen* erzählt sie von ihrer Erfahrung als 17-Jährige in der Montage-Abteilung des VEB Elektrogas in Ilmenau, von der Solidarität unter Arbeiterinnen, vom deutschen Tannenwald und Einkaufs-Reisen nach Halle.

1992 kommt Inocêncio Domingos Honwana aus Berlin zurück. Er hat Glück, der Bürgerkrieg ist beendet. Aber weit und breit keine bezahlte Arbeit. In *Berlin: Erinnerung an ein Paradies* durchstreift er noch einmal seine geliebte Stadt mit und ohne Mauer. »Es war in Deutschland, wo ich vor mehr als zwölf Jahren mit Nikes an den Füßen und Jeans wie ein amerikanischer Schwarzer die ersten Schritte in ein Paradies tat, während sich die Hölle näherte.«

Die zwölf Geschichten sind in der Originalsprache Portugiesisch und in deutscher Übersetzung präsentiert, ausgewählt aus 28 Beiträgen für einen Wettbewerb des ICMA 2004. *Was kostet eine Cabinet?* ist die symbolträchtige Erzählung um eine letzte, nach Mosambik gerettete DDR-Zigarette. Ihr Autor Moisés Pinto Rendição hat den ersten Preis gewonnen. Mit seiner griffigen Erzählweise und der gelungenen Dramaturgie, mit der er die Erlebnisse eines Kameraden verdichtete, habe er, so die Jury, die deutsch-mosambikanische Erfahrung auf den Punkt gebracht. Die meisten Autoren waren im Schreiben eher ungeübt, viele reichten ihre Beiträge handschriftlich ein, formulierten ein wenig unbeholfen – für die Übersetzer eine Herausforderung. Manch einer schrieb sich lang verdrängte Erlebnisse von der Seele, unzensurierte, lebendige Zeugnisse eines politischen Experiments.

Erotische Abenteuer wurden nicht ausgespart. Die »Küsse von Frau Schmid« im Keller sind ebenso dokumentiert wie der Kultur-

Schock an einem FKK-Strand oder das Erstaunen über vorurteilslose weiße Mädchen. Schmerzhafte kommt hoch: Wie mit deutschen Frauen Kinder gezeugt wurden, die in Deutschland bleiben mussten. Dann Eifersucht der deutschen Freunde, Beschimpfungen als »Neger«, Kämpfe und Schlägereien, Skinheads. Wie ein Mosambikaner verfolgt wurde und auf der Flucht im Fluss ertrank. Gute Erfahrungen indes mit Gasteltern: ihr »gutes Benehmen«, ihr bewusster Umgang mit Umweltschutz und Müll, ihre Ehrlichkeit und – für Mosambikaner ein Tabu – die Mitarbeit des Ehemanns im Haushalt!

Heute sind die Narben des blutigen Bürgerkrieges fast verblasst. Die Demokratie stabilisiert sich. Der 2004 gewählte Staatspräsident Armando Guebuza betreibt wie sein Vorgänger Chissano die Liberalisierung der Wirtschaft. Armutsbekämpfung ist höchstes Ziel. EU- und US-Hilfsorganisationen leisten im Bildungssektor und bei medizinischen Projekten Unterstützung. Mosambik ist Schwerpunktland der deutschen Entwicklungshilfe. Ideologische Programme und die patriotisch-sozialistischen Ziele der Väter sind in der Erinnerung der zwölf Chronisten kaum ein Thema, wohl aber die menschliche Begegnung. »Was ich zurück ließ«, schreibt Adevaldo S.F. Banze, »ist eine zweite Heimat, die Heimat, wo mein Leben glücklich war, wo es Freundschaft, Respekt und Menschenwürde gab.«

Und wo, fragt man sich, bleibt der kritische Blick? Die Verschickten kamen blutjung aus bitterster Armut in, auch für DDR-Bürger, privilegierte Lebensumstände. Sie erhielten Ausbildung, Arbeit, Unterkunft, reichlich Verpflegung, Kleider, Taschengeld oder Lohn. Sie durften in speziellen Läden einkaufen. Regimetreue Familien und Lehrer umsorgten sie. Grund genug für ein idealisiertes Bild. Ihre außergewöhnlichen Erlebnisse fielen mit ihrer Jugend zusammen. Im Bürgerkrieg der Heimat wurden derweil Kindersoldaten gezwungen, die eigenen Eltern umzubringen. Kein Wunder dass Preisträger Rendição schreibt: »Deutschland ist ein gutes, angenehmes Land, es gibt nur zwei traurige Dinge, den Winter und die Buchenwald-Gedenkstätte.«

Mosambik-Deutschland, Hin und Zurück. Erlebnisse von Mosambikanern, vor, während und nach dem Aufenthalt in Deutschland. Aus dem Portugiesischen von Ulf Dieter Klemm, Johannes Kloos und Kerstin Kuschel. Hrsg. vom Koordinationskreis Mosambik, Bielefeld 2005, 10 €

Zwölfteinhalb Kilometer Zaun. Anfang Juni wird man das friedliche Seebad Heiligendamm an der Ostsee vermutlich nicht wiedererkennen. Dann nämlich, wenn sich die Staatschefs der G8-Länder in der Provinzidylle versammeln, um über die Agenda einer aus den Fugen geratenen Welt zu beraten: Weltwirtschaft, Afrika, Klimaschutz. Wie immer bei solchen Gipfeln fernab von einer allzu streitbaren Öffentlichkeit. Umgeben von einem temporären Zaun, zweieinhalb Meter hoch. Geschätzte Gesamtkosten des Gipfels: 90 bis 150 Millionen Euro. Allein der Zaun wird zwölfteinhalb Millionen kosten. Heiligendamm, ein Hochsicherheitstrakt für zwei Tage.

So ein Komplex regt die Phantasie an. Kein Wunder, dass die Grenze im Mittelpunkt von Arbeiten steht, mit denen Künstler aus aller Welt auf diese außergewöhnliche Situation reagieren wollen. »Art goes Heiligendamm. Art goes Public« nennt sich ein Projekt, das parallel zu dem Politgipfel vom 24. Mai bis zum 9. Juni im benachbarten Rostock steigen soll. Während in der Bundeshauptstadt nach dem Eklat um die Sammlung Marx an dem »Museum der Gegenwart« nur genannten Hamburger Bahnhof noch über einen Platz für die Gegenwartskunst gestritten wird, hat die sich längst aus dem Staub gemacht. Sie will an die Ostsee – die Gegenwart aufmischen. Im Juni wird man also nicht nur zur Documenta nach Kassel, zur Biennale nach Venedig, zur Kunstmesse nach Basel und zum Skulpturen-Projekt nach Münster pilgern müssen, um Kunst zu erleben, sondern schon vorher nach – Rostock!

Mit dem Schlachtruf »Kunst ist doch nicht die Schweiz« nährte zwar einer der Initiatoren, der »darstellende Architekt« Benjamin Foerster-Baldenius vergangene Woche in Berlin Befürchtungen, hinter dem schillernden Projekt könnten sich doch nur wieder die üblichen Aporien »politisch engagierter Kunst« verbergen. Und von Migrationsarchiven über Asylcontainer bis zur Kriegsfotografie finden sich denn auch die Standards aus dem Arsenal der dokumentarischen Politikunst, die sich spätestens seit der documentaX von 1997 in der Kunstwelt ausgebreitet hat im Rostocker Angebot. Doch Betroffenheit, Anklage und ästhetikfreie Agitation zeichnen die »künstlerischen Interventionen«, die die Kuratorin des ambitionierten Projekts, die ehemalige Berliner Kultursenatorin Adrienne Goehler jetzt in Berlin präsentierte, im Großen und ganzen nicht aus. Eher atmeten sie subtile Ironie und den Geist des intelligenten Spiels.

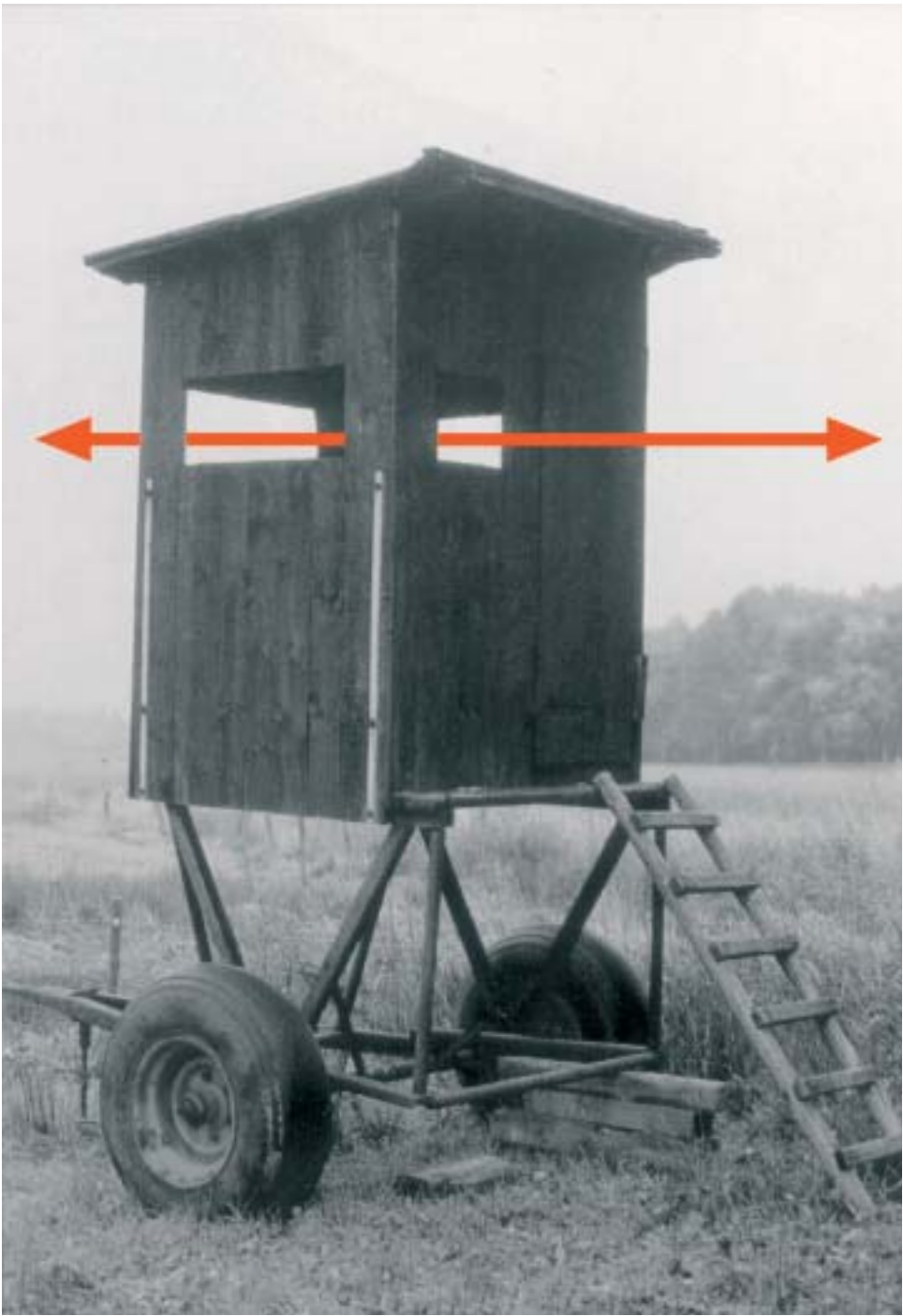
So will die deutsche Künstlerin Francis Zeischegg das zu erwartende Gipfelsetting mit einem »Raumzitat aus der Forstwirtschaft« konterkarieren: *Wildgatter* nennt sie ihr Video. Darin sieht man ein kleines Holztreppchen, das an einen Drahtzaun gelehnt ist. Mit diesem Überstieg kann der Förster in jedes Gehege gelangen. Man kann sich die Bedeutung der Arbeit aussuchen. Soll das Werk die Demonstranten des politischen Gegengipfels, die sich in Heiligendamm sammeln, animieren, in ein verbotes Terrain einzudringen? Oder werden die Staatschefs das Angebot zum Ausbruch aus dem Gefängnis der Sachzwänge nutzen? In Rostock will die Künstlerin einen mobilen Hochstand installieren. Dann können sich beide Seiten zumindest erst einmal gegenseitig beobachten.

Mit solch klassischer Kunst will sich das Projekt aber nicht begnügen. Über der Stadt soll das ganze Füllhorn des erweiterten Kunstbegriffs ausgeschüttet werden: Tanz, Theater, Performance und jede Menge inno-

Ingo Arend

Zweihundertfünfzig Meter Zaun

PUFFERZONE ■ In Heiligendamm wollen Künstler aus aller Welt den G8-Gipfel »verflüssigen«. Die Bundeskulturstiftung aber nicht



Francis Zeischegg: »Point of view«, Illustration 2006

vativer Happenings, gewaltfreier HipHop inklusive. Auf Litfaßsäulen soll die Bevölkerung ihre Ideen zu den Gipfelproblemen darlegen können. Der Künstler Christian von Borries will die Stimmen der acht Gipfelteilnehmer zu einer »Gipfelmusik« zusammen schneiden, um die Kommunikationsprobleme solcher Treffen zu versinnbildlichen. Das Ergebnis soll man dann als CD bei Attac herunter laden können.

Kein Gipfel ohne televisionären Overkill. Deswegen plant die Gruppe »Kein.TV« eine Parodie auf die Medienhysterie dieser Events. Die Liste der Redner einer »Lecture«-Reihe reicht vom Schweizer Globalisierungskritiker Jean Ziegler bis zur Trägerin des Friedensnobelpreises 2004, Wangari Matthai aus Kenia. Stattfinden soll das Ganze

in einem »Silverpearl Congress Center & Spa«, das Foerster-Baldenius' Architektengruppe »raumlabor« im Hafen von Rostock bauen will. Bekannt geworden war der um eine satirische Bemerkung selten verlegene Gelegenheitsarchitekt schon durch den »Bergkristall« beim Berliner *Volkspalast*. Mit der gipfelsimulierenden Installation hatte er im Sommer 2005 den inzwischen fast abgetragenen Palast der Republik in eine meditative Kletterbude für die ganze Familie verwandelt. In Rostock gibt's nun also eine Silberperle.

Goehlers Begründung, dass es nötig sein, der Kunst einen »erweiterten gesellschaftlichen Resonanzraum« zu verschaffen, kann man getrost vergessen. Noch nie seit Menschengedenken wurde der Globus von einer

solchen Lawine von Biennalen und Großausstellungen erschlagen wie jetzt. Die Kunst kümmert mitnichten in der Nische des White Cube. Heutzutage wird schließlich jede U-Bahn-Station zum Schauplatz »ortsspezifischer Interventionen«, auf der man schon am frühen Morgen von »Wahrnehmungserweiterungen« überfallen wird. Das macht das Projekt in Rostock aber nicht überflüssig. Nur hängt es nicht ganz so hoch, wie die Organisatoren es gern sähen. Und auch, wenn es eher einem fröhlichen Zeltlager der Künste zu gleichen scheint. Es wird teuer. Und just an einem dünnen pekuniären Faden hängt derzeit das Schicksal dieser zivilgesellschaftlichen Initiative.

Zwar konnte die gut vernetzte Goehler eine stattliche Reihe von Sponsoren und Förderern zusammenschieben. Sie reicht von der Hansestadt Rostock über die Heinrich-Böll-Stiftung, von den Berliner Kunstwerken bis zu Privatleuten wie dem Berliner Malerstar Daniel Richter. Und die ehemalige Präsidentin der Hamburger Hochschule für bildende Künste schnorrte ihre betuchten Bürgerfreunde an der Elbe dermaßen an, dass sie sich fast nicht mehr in die Stadt traut. Die letzte Viertelmillion, die ihr zum Kunstglück fehlten, hatte die gremienerfahrene ehemalige Kuratorin des Berliner Hauptstadtkulturfonds dann schließlich fristgerecht bei der Bundeskulturstiftung beantragt. Vergebens, wie sich dieser Tage herausstellte.

Die bürokratisch gewundene Formel, mit der die in Halle angesiedelte Einrichtung den Projektantrag ablehnte, hat es in sich. Einerseits hält sich die etwas auf ihre unkonventionelle Ausrichtung zu Gute. Im Zweifel für die Avantgarde, für das Experiment, für das Crossover – das war bislang das Motto der von der selbstbewussten Hortensia Völckers geleiteten Förderinstitution. Und mit »Schrumpfende Städte« oder ihrem »Projekt Migration« hat sie sich an Kontexte gewagt, die alles andere als unpolitisch sind. Die politisch brisante Zusammenkunft der wichtigsten Staatenlenker der »freien Welt« an der Ostsee sprengt nicht aber doch den üblichen Kunstrahmen.

Es riecht ein bisschen nach Kotau vor der Politik, wenn sich die Stiftung jetzt darauf herausredet, dass die »übergeordnete politische Bedeutung« des Projekts »angesichts der Gastgeberrolle der Bundesrepublik« eine besondere Begutachtung durch den (politisch besetzten) Stiftungsrat notwendig mache. So schnell, argwöhnt Goehler, ist bislang noch kein Förderantrag der Stiftung auf Eis gelegt worden. Doch die gewitzte Kuratorin gibt nicht auf. Ersatzweise will sie jetzt Projektgelder den »Kunst am Bau« beantragen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee wird sich etwas einfallen lassen müssen, wenn er widerlegen will, was offenkundig ist: dass nämlich der Zaun um Heiligendamm eine Baumaßnahme ist, die »Gegenstand besonderer öffentlicher Wahrnehmung« sein wird. Das jedenfalls ist die gesetzliche Bedingung für »Kunst am Bau«.

Trotzdem ist die Ablehnung von »Art goes Heiligendamm« einigermaßen verwunder-

lich. Denn Goehler geht es bei dem bunten Projekt nicht um politische Konfrontation. Sie will, wie sie selber sagt, »vermitteln« und »deeskalieren«. Alles Anliegen, denen die Bundesregierung angesichts der politischen Anti-G8-Truppe, die sich in und um Heiligendamm auch formiert, eher gelegen sein könnte. Goehlers Idee, eine »Pufferzone« jenseits der dualen Logik von Gipfel und Gipfelgegner« zu schaffen, ein Raum, in dem über die wirklichen Weltprobleme nachgedacht werden könne, klingt nach gehobenem Stadtteil-Konfliktmanagement. Fast möchte man die Kunst vor diesem lebensgefährlichen Rot-Kreuz-Einsatz zwischen den Fronten in Schutz nehmen. Verdächtig schwammig wird Goehler da, wo sich die sonst gern unbottmäßige Intellektuelle der Großveranstaltung als das (fehlende) Kulturprogramm andient, als eine Art Fortsetzung des Programms *Zu Gast bei Freunden*, das 2006 die Fußballweltmeisterschaft flankierte. Die Kunst als Harmonisierer und Nothelfer der offiziellen Kommunikationsdefizite?

Wer Goehlers letztes Buch gelesen hat, kann dieser Ansatz nicht überraschen. Schon in der semivisionären Skizze *Wege und Umwege vom Sozialstaat zum Kulturgesellschaft* (Freitag 23/2006) verfocht sie die Idee von den »Verflüssigungen« zwischen sozialen Bewegungen und Kunst. Ihre Unterstützer sehen das ähnlich. »Wie könnte der Potsdamer Platz heute aussehen, wenn man die Künstler früher beteiligt hätte?«, fragt nicht ganz zu Unrecht Daniel Marzona. Seines Vaters Sammlung von Objekten der Minimal-Art erwarb Berlin 2002 für den Hamburger Bahnhof. Die Familie unterstützt nun »Art goes Heiligendamm« finanziell. Der bei der Bundeskulturstiftung beantragte Betrag von 250.000 Euro macht nur einen Teil des fast doppelt so teuren Projekts aus. Und natürlich wären die Steuergroschen, die den Kosten von rund 250 Metern Gipfel-Zaun entsprechen, in Kunst sicher besser angelegt, als in Stacheldraht und Infrarotkameras. Trotzdem wundert man sich, dass die Initiative so beharrlich nach öffentlicher Förderung strebt. Könnte sie, bar aller Staatsknete, nicht viel freier aufzeigen, was man von der Kunst eigentlich erwartet – radikale Alternativen?

www.art-goes-heiligendamm.net

Anzeige

Kommune
POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR
FORUM

**Kurswechsel
Klima**

Roland Schaeffer
Umweltpolitik: Sackgasse Wirtschaft – Kulturwandel.

Detlef Matthiessen
Hundert Prozent Erneuerbare!

Herbert Hönigsberger
Europa-Minimalismus.

Florian Coulmas
Ändert Japan seine pazifistische Verfassung?

Hrant Dink
Die aufgeschuchte Taube.

Dunja Melcic
Nationalisdiskurs: Die Wurzeln des Nationalismus.

W. Roth, M. Hesse, B. Lange, R. Kilb, C. Lay
Stadt, Integration & Dynamik: Berlins Niedergang, Kreative Industrien, Lob der Durchmischung, Toulouse – neue Stadt?

Hannah-Arendt-Preis-Dokumentation
Julia Kristeva.

Die neue Ausgabe:
– Heft 2/07, diesmal 128 Seiten, großes Format
– Heft 10 Euro, Jahresabo (6 Ausgaben) 55 Euro
– Jetzt Probeheft für 5 Euro bestellen (Schein/Verrechnungsscheck anbei):
KOMMUNE, PF 90 06 09, 60446 Frankfurt
redaktion@kommune-forum.de

k l e i n a n z e i g e n

DIVERSES
Literarischer Salon der Allianz
19. April 2007, 19 Uhr
Berliner Prosa Prognosen
Die Stipendiaten der Berliner Autorenwerkstatt »Formen des Erzählens« 2006
Im Herbst 2006 fand zum 8. Mal die Berliner Autorenwerkstatt Prosa im Literarischen Collquium Berlin statt. Jetzt stellen sich die vielversprechenden Talente in Lesung und Gespräch der Öffentlichkeit vor. Es lesen: Gunther Geltlinger, Bettina Hartz, Yorck Kronenberg, Hanna Lemke, Thomas Melle, Christian de Simoni, Stefanie Sourlier, Achim Stegmüller, Deniz Utlu und Burkhard Wetekam.
Veranstaltungsort: An den Treptowers 1, VIP-Lounge in der 30. Etage, 12435 Berlin

Kleinanzeigen im FREITAG
Private Kleinanzeigen kosten
bis 5 Zeilen à 45 Zeichen 15,00 €
jede weitere Zeile 3,00 €
Chiffregebühr 7,50 €
Gewerbliche Kleinanzeigen kosten
bis 5 Zeilen à 45 Zeichen 25,00 €
jede weitere Zeile 5,00 €
Preise zzgl. 16% MwSt.
Senden Sie Ihre Kleinanzeigen per eMail an anzeigen@freitag.de
Sie können Ihre Kleinanzeige auch per Telefax unter 030-25008710 aufgeben.
Einzugsermächtigung:
Bitte buchen Sie den Anzeigenpreis von meinem Konto ab.
Konto-Nr.
bei
Bankleitzahl
Kontoinhaber (falls abweichend)

Ostermarsch 2007
Rostocker Friedensbündnis
Ostersamstag, 7. April 2007
13.00 Uhr Rostock-Hohe Düne
Zufahrt zum Marinestützpunkt
Wir treffen uns am 7. April 2007 (Ostersamstag) um 13.00 Uhr vor dem Hauptingang der Kaserne Rostock-Hohe Düne zur Kundgebung. Wir informieren über den Umbau des Stützpunktes im Kontext der Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik. Auch wird es einen Beitrag zur Kritik der Friedensbewegung am G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm und zum Stand der Protestvorbereitung geben. Von Hohe Düne geht es per Fahrrad als Demonstration Richtung Warnemünde. Dort statten wir einer lokalen EADS-Niederlassung einen Besuch ab, um über die Verbindung von Rüstungsindustrie und Aufrüstung zu diskutieren. Anschließend treffen wir uns mit allen nicht Rad fahrenden Teilnehmer/innen der Aktion am Informationsstand des Rostocker Friedensbündnisses auf der Promenade in Warnemünde wieder. Dort wollen wir mit Passant/innen ins Gespräch kommen, Kaffee oder Tee trinken sowie das hoffentlich schöne Wetter genießen.
www.rostocker-friedensbuenndis.de

Helle Panke
Mittwoch, 11. April 2007, 19.30 Uhr
Aktuelle Sozialismustheorien
Referent: Dr. Erhard Crome
Moderation: Prof. Dr. Dietrich Mühlberg
Ort: Lounge im Turm, Frankfurter Tor 9

Herzgrün
Liedeslieder im Gewächshaus
Cyminology | Anna Depenbusch | Katharina Franck | Sonja Kandels | Oren Lavie | Etta Scollo | Trio Fado u.a.
Eine musikalische Reise durch die Welt der Liedeslieder von Klassik über Chanson, Tango, Jazz bis Pop
Eintritt frei, Konsumbegriffe Fr-Sa 10.30–23.00 Uhr | So 14.30–20.00 Uhr
Info-Hotline: 030 4636 2515

»Existentieller Luxus«
Der Karl-Hofer-Preis 2007
Auch in diesem Jahr vergibt die UdK Berlin wieder den mit 5.000 Euro dotierten Karl-Hofer-Preis. Das Motto der diesjährigen Ausschreibung lautet »Existentieller Luxus«. Arbeiten aus den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Tanz, Performance, Video, Literatur usw. können bis zum 15. Oktober 2007 bei der UdK Berlin eingereicht werden. Zugelassen sind Einzelerbeiten und Projekte sowie Projektkonzeptionen. Zur Teilnahme sind Einzelpersonen oder Gruppen berechtigt. Für weitere Informationen wenden sich Interessentinnen und Interessenten bitte an Inge Scheffler, UdK Berlin, Tel.: 030/31 85 24 41, eMail: inge.scheffler@intra.udk-berlin.de

REISEN
Harzhaus Brockenblick.
Ein nicht alltägliches Ferienhaus in einer ganz besonders schönen & ruhigen Lage. Naturgrundstück direkt am Waldrand (Sorge/Oberharz). 2-3 Pers. 35-40 EUR/T. (NR).
www.harzhaus-brockenblick.de
Tel.: 040/73509061.
Sonne und Ruhe in SW-Frankreich
FEWO, alte Dorfstruktur
www.ARRAMIS.de
0033 5 4633 6624
Urlaub in der Südheide
www.bauernkate-mueden.de

Die Einigkeit schien am 8. März im Bundestag zunächst groß. Übereinstimmend stellten die Rednerinnen aller Fraktionen fest: Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die UN-Resolution 1325 »Frauen und Frieden und Sicherheit« aus dem Jahr 2000 endlich umzusetzen, in der Bundesrepublik und international. Doch auf den Antrag der Grünen, »zur Gestaltung einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik... einen nationalen Aktionsplan« nach dem Vorbild anderer europäischer Länder zu entwickeln, ließ sich die Regierungskoalition trotzdem nicht ein. Sie blieb bei allgemeinen Absichtserklärungen wie: »die Vereinten Nationen in ihren Bemühungen zu unterstützen, die umfassende Umsetzung der Resolution zu beschleunigen« und »darauf zu achten, dass die Geschlechterperspektive – unter anderem durch die Integration von Gender-Beraterinnen und Menschenrechtsbeobachtern – in der Praxis von Friedensmissionen angewandt und das Personal der truppenstellenden Länder dementsprechend vorbereitet wird«. Allerdings soll der Grünen-Antrag in den zuständigen Ausschüssen weiter beraten werden. Nicht nur die Oppositionsfrauen, sondern auch einzelne weibliche SPD-Abgeordnete formulierten Sympathien für einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325.

Hintergrund des Grünen-Antrags wie der Bundestagsdebatte ist die Tatsache, dass Außen- und Sicherheitspolitik noch immer eine Männerdomäne ist. Daran hat bisher auch die bewusste Resolution 1325 nichts ändern können, die der UN-Sicherheitsrat im Oktober 2000 einstimmig verabschiedete. Zwar schreibt sie vor, dass Frauen in allen Entscheidungen von Krieg und Frieden und damit in der Sicherheitspolitik überhaupt angemessen zu beteiligen sind. Doch weiterhin sind Frauen in entscheidenden Positionen und Funktionen weltweit die Ausnahme. Und die Geschlechterperspektive ist – auch das entgegen der Resolutionsvorgabe – fast völlig ausgeblendet.

Dabei tragen Frauen weltweit wesentlich zur Prävention kriegerischer Auseinandersetzungen bei, zur zivilen Konfliktlösung, zum Wiederaufbau in Nachkriegsgesellschaften und bei der Wiederherstellung beziehungsweise Entwicklung demokratischer Verhältnisse. In vielen Ländern und Konfliktregionen wie Israel und Palästina, Ex-Jugoslawien und Afghanistan waren Frauen(gruppen) die ersten, die Ansätze zur Aussöhnung entwarfen. Als wichtiger Teil von Friedensallianzen vermitteln sie zwischen den Kriegerparteien, etwa der 6. Clan in Somalia, der *Jerusalem Link* in Israel und Palästina und die *Women in Black*, die erstmals in Israel agierten und weltweit Vorbild für Frauenproteste gegen Krieg und Willkür wurden.

Meist agieren die Frauen jedoch auf der Graswurzel-Ebene vor Ort. Ihre Expertise und die politische Bedeutung ihrer Friedens- oder Versöhnungsarbeit werden auf der nationalen und internationalen Ebene der Außen- und Sicherheitspolitik kaum anerkannt. Daran haben selbst internationale Studien nichts geändert, die ihre »wichtige Rolle ... bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung« nachweisen. So wurden die Ergebnisse von Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen, an denen Frauen entscheidend beteiligt waren, schneller erzielt und erwiesen sich als dauerhafter. Fazit: »Der systematische Ausschluss von Frauen aus offiziellen Friedensprozessen hat schädliche Effekte auf die Nachhaltigkeit von Friedensabkommen.«

Frauen und Mädchen sind als »Kriegsbeute« Opfer sexualisierter Gewalt der jeweiligen Eroberer

Dennoch blieben die Frauen sowohl bei den Friedensgesprächen in Dayton 1995 zur Beendigung des Bosnienkonflikts außen vor als auch bei den aktuellen – und erst vor kurzem wieder gescheiterten – Verhandlungen um den Kosovo, obwohl dort Frauengruppen über ethnische Konfliktparteien hinweg Ansätze der Konfliktbeilegung entwickelten und praktizieren. Um keine Mythen zu reproduzieren: Das bedeutet nicht, dass Frauen qua biologischem Geschlecht besonders friedfertig sind. Aber durch die unterschiedlichen Geschlechterrollen in den meisten Gesellschaften agieren Männer und Frauen jeweils auf verschiedenartige Art und Weise.

In fast allen Gesellschaften übernehmen Frauen in besonderem Maß Verantwortung für das (Über)Leben der Kinder und anderer Familienangehöriger. Daher arbeiten sie eher auf zivile Formen der Konfliktlösung hin. Und sie sind die Hauptleidtragenden der gewalttätig ausgetragenen Konflikte der zurückliegenden Jahrzehnte. Denn die meisten militärischen Konflikte der heutigen Zeit verlaufen nicht zwischen verschiedenen Staaten, sondern zwischen unterschiedlichen Interessen- und Machtgruppen, zum Teil über Staatsgrenzen hinweg. Umgebracht werden dabei weniger Soldatinnen als vielmehr – zu über 80 Prozent – die Zivilbevölkerung, was in den letzten Jahren zynisch als »Kollateral-

Gitti Hentschel

Frauen an den Konfliktherd

FRIEDEN KRIEGEN ■ Das Geschlechterverhältnis spielt in der Sicherheitspolitik kaum eine Rolle, obwohl die Beteiligung von Frauen in Krisenregionen Erfolge verspricht



schäden« von Interventionsparteien wie NATO und USA abgetan wurde.

Frauen mit Kindern stellen außerdem den größten Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge, Frauen und Mädchen sind als »Kriegsbeute« Opfer sexualisierter Gewalt der jeweiligen Eroberer. Massenvergewaltigungen, gewaltsame Verschleppungen und Versklavung werden systematisch als Mittel der Kriegführung eingesetzt. Einerseits, um die Feinde zu demütigen und zu demoralisieren, andererseits, um die Gewaltbereitschaft der eigenen Soldaten zu steigern, wie aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo oder Darfur bekannt ist. Allein im Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien wurden in den neunziger Jahren etwa

20.000 bis 50.000 Frauen vergewaltigt. Geschlechtsspezifische Gewalt ist somit integraler Bestandteil von kriegerischen Auseinandersetzungen und hat einen hohen symbolischen Gehalt.

Auch nach bewaffneten Konflikten und in der Phase des Aufbaus demokratischer Strukturen gibt es für viele Frauen keine Sicherheit. Infolge der Brutalisierung der Kombattanten im Krieg erleiden sie in potenziertem Maße häusliche Gewalt und Vergewaltigung durch die eigenen zurückgekehrten Männer, zumal häusliche Gewalt in vielen Ländern noch gesellschaftlich geduldet oder sogar legitimiert wird. Häusliche und militärische Gewalt hängen also untrennbar

zusammen. Hierdurch wird die Notwendigkeit offenkundig, geschlechtersensible Ansätze in die Sicherheitspolitik zu integrieren.

Es gibt eine Palette unterschiedlicher Faktoren, die in der Sicherheitspolitik als gewaltfördernd oder – mit Blick auf Lösungsstrategien – als gewaltmindernd gelten: ökonomische und politische Verhältnisse, Interessengegensätze und Machtkämpfe unter politischen oder nach Ethnie, Kultur, Religion unterschiedenen Gruppen, inzwischen zunehmend auch die Ökologie. Im UN-Kontext werden Armut und Krankheiten als zentrale Sicherheitsgefährdungen benannt, in der EU rangiert der internationale Terrorismus auf Platz eins, gefolgt von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten und dem Zerfall von Staaten. Die Geschlechterverhältnisse gehören bisher nicht dazu.

Es scheint im bisherigen sicherheitspolitischen Denken kaum vorstellbar, dass etwa Verschiebungen in den Beziehungen zwischen Frauen und Männern ein Sicherheitsrisiko für eine Gesellschaft sein könnten. Daher sind sie bei (inter)nationalen Verhandlungen kein Thema, wenn es um Konfliktbeilegung und Förderung von Demokratieprozessen geht. Bestenfalls steht die Frage der Beteiligung von Frauen im Raum, wenn der öffentliche Druck groß genug ist. Doch ob und wie Frauen schließlich eingebunden werden, ist nicht mehr Gegenstand offizieller Friedens- und Sicherheitspolitik, wie Afghanistan, Irak oder Kosovo zeigen. Aber selbst wenn Frauen – schon aus demokratischem Verständnis – gleichberechtigt beteiligt wären, ist damit nicht automatisch die Geschlechterperspektive integriert. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, die Partizipation von Frauen damit gleichzusetzen. Geschlechterperspektive meint mehr – sie nimmt die Beziehungen und Dynamiken zwischen Männern und Frauen in einer Gesellschaft und die jeweiligen Geschlechteridentitäten in den Blick, wenn es darum geht, Ursachen von Konflikten zu verstehen und Lösungsszenarien für Konflikte zu entwerfen.

Ein Beispiel hierfür liefert die Soziologin Marina Blagojević für Ex-Jugoslawien. Dort verloren die Männer in den neunziger Jahre

Auch nach bewaffneten Konflikten und in der Phase des Aufbaus demokratischer Strukturen gibt es für viele Frauen keine Sicherheit

ihre traditionelle Rolle als Familienversorger und Haushaltsvorstand, die bereits in den achtziger Jahren durch die ökonomischen Veränderungen angeschlagen war. Gesellschaftliche Realität und männliche Identitätsbilder klafften auseinander, die Folge war eine dramatische Männlichkeitskrise, zumal Frauen in ihren Rollen vielfältiger und in ihren Positionen stärker wurden. Beim Versuch, gewohnte männliche Machtpositionen wieder zu besetzen, kamen daraufhin stark nationalistische, sexistische und ethnozentristische Diskurse auf. »Genderprozesse«, so die Sozialwissenschaftlerin Ruth Seifert, »verschränkten sich mit politischen und ökonomischen Prozessen und führten zur be-

sonderen Konstruktion des kriegerischen Konflikts«. Allgemeiner gesagt kann also, je nach sonstigen ökonomischen oder anderen sozialen Entwicklungen, das Risiko für Krisen und Konflikte steigen, wenn sich Geschlechterbeziehungen und -konstruktionen in einer Gesellschaft verschieben und Geschlechteridentitäten gefährdet sind.

Diese Erkenntnis ist auch für internationale Friedensmissionen wichtig. Mit gendersensiblen Blick ist leicht vorstellbar, dass sich Ex-Kombattanten in Afghanistan oder Kosovo, zu deren Männlichkeitsbild traditionell Waffenbesitz gehört, erheblich gedemütigt und in ihrer männlichen Identität verunsichert fühlen, wenn sie ausländischen, selbst bewaffneten Militärs ihre Waffen abliefern müssen. Oder wenn patriarchal denkende Männer erleben, wie ihre Frauen durch Empowerment-Programme in ihrer Selbstständigkeit gefördert und selbstbewusster werden. Hier greifen bisherige Waffenstillstandsabkommen und die zivilen Konfliktlösungsprogramme zu kurz. Nachhaltige Konfliktlösungen müssen die Frage einbeziehen, wie Übereinkommen und Maßnahmen sich auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen und mögliche Dynamiken auswirken, und wie sie zu gestalten sind, um emanzipatorisch und gesellschaftsstabilisierend zu wirken.

Nachhaltige Konfliktlösungen müssen die Frage einbeziehen, wie Übereinkommen und Maßnahmen sich auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen auswirken

Die UN-Resolution 1325 macht hierfür weitgehende Vorgaben und ist daher geschlechterpolitisch ein Meilenstein für die Sicherheitspolitik. Sie verpflichtet in insgesamt 18 Punkten die UNO, alle Mitgliedsstaaten und Konflikt-Parteien, Frauen auf allen Ebenen und in allen Fragen von Krieg und Frieden angemessen zu beteiligen und die Geschlechterdimension in Friedensabkommen, bei Peacekeeping-Einsätzen und in anderen sicherheitspolitisch relevanten Bereichen zu berücksichtigen. Erstmals anerkennt der Sicherheitsrat hier den Stellenwert zivilgesellschaftlicher Frauengruppen.

Dass ständig und überall – in demokratischen Staaten wie in autoritär regierten Ländern – gegen diese Resolution verstoßen wird, obwohl sie bindendes Völkerrecht ist, liegt vordergründig an unkonkreten Vorgaben. Es fehlen Zeitpläne für die Umsetzung und Quoten zur Mindestbeteiligung von Frauen. Weder sind Sanktionen bei Verstößen vorgesehen noch Anreize – wie finanzielle Förderung – zur Umsetzung. Außerdem gibt es keinerlei finanzielle Mittel für unterstützende Begleitprogramme und Aktionspläne, die der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan allen UN-Mitgliedsländer zur Auflage gemacht hat. Einzelne Länder wie England, Kanada, Schweden und die Schweiz haben inzwischen wenigstens nationale Aktionspläne. Dagegen hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Jahr auf Anfrage des deutschen Frauensicherheitsrats einen solchen Plan für überflüssig erklärt. Begründung: es gebe bereits genügend andere Aktionspläne, wie den zur Gewalt gegen Frauen und zur zivilen Konfliktprävention. In ihrem Bundestagsantrag fordern die Grünen neben dem Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution eine nationale Monitoring-Stelle und einen Gender-Audit. Ob der Antrag nach der Beratung in den zuständigen Bundestagsausschüssen im deutschen Parlament noch eine Chance hat, hängt entscheidend davon ab, wie sich die SPD-Fraktion dazu verhält. Schon unter der früheren rot-grünen Regierung stand ein Aktionsplan zu Resolution 1325 auf der SPD-Agenda. ■

Anzeigen

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.)
Jahrbuch 2007
Menschenrechte und Völkerrecht
2007 - 256 Seiten - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-654-9

Kristina Isabel Schwarte
Embedded Journalists -
Kriegberichterstattung im Wandel
(einsprüche Band 18)
2007 - 136 Seiten - ca. € 14,90
ISBN: 978-3-89691-591-7

Bodo Zeuner u.a.
Gewerkschaften und Rechtsextremismus
Anregungen für die Bildungsarbeit und politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaft
(einsprüche Band 19)
2007 - 143 Seiten - ca. € 14,90
ISBN: 978-3-89691-590-0

Hafenweg 26a | D-48155 Münster
Tel.: 0251 3900480 | Fax: 0251 39004850
info@dampfboot-verlag.de | www.dampfboot-verlag.de

HANNAH HÖCH
ALLER ANFANG IST DADA!
6.4.-2.7.2007

LANDESMUSEUM FÜR MODERNE
KUNST, FOTOGRAFIE UND ARCHITEKTUR
ALTE JAKOBSTRASSE 124-128, 10969 BERLIN
TÄGLICH (AUSSER DIENSTAG) 10-18 UHR
WWW.BERLINISCHEGALERIE.DE

BG
BERLINISCHE GALERIE

Jens Müller-Bauseneik

Ab in den Orbit

MOBILITÄT IV ■ *Noch findet man den Trip im Space-Jet nicht im gewöhnlichen Reisekatalog – doch immer mehr zahlungskräftige Kunden fragen die Weltraumreise nach. Erste Weltraumlinien und -hotels sind in Planung*



Per »Space Ship One« und Turbojet »White Knight« ins All

Gerade mal sechs Jahre ist es her, seit ein gewisser Dennis Tito mit vielen tausend Metern pro Sekunde seinem Eintrag im Geschichtsbuch entgegenraste: Im April 2001 flog der amerikanische Multimillionär an Bord einer russischen Trägerrakete als erster Weltraumtourist ins All. Und doch sorgt eine Meldung wie diese kaum noch für Schlagzeilen: Mitte April wird der gebürtige Ungar Charles Simonyi als fünfter zahlender Gast an Bord der Internationalen Raumstation ISS gehen. Derzeit beendet Simonyi, der sein Vermögen als Softwareentwickler gemacht hat, ein Trainingsprogramm im russischen Raumfahrtzentrum Baikonur und zählt die Tage bis zum Start. Er wird nicht der Letzte sein, der sich diesen noch äußerst exklusiven Lebenstraum erfüllt. Kürzlich hat etwa der bekannte Physiker Stephen Hawking sein ernsthaftes Interesse bekundet, den Kosmos nicht nur geistig, sondern auch leibhaftig durchdringen zu wollen.

Privatinvestoren besetzen den Weltraum

Vergangenen Herbst war die gebürtige Iranerin Anousheh Ansari für zehn Tage als erste Privatfrau auf der ISS, wo sie den deutschen Langzeit-Astronauten Thomas Reiter traf. Doch im Gegensatz zu Reiter, der von der ESA finanziert wird, musste Ansari für ihren Kurzurlaub tief in die eigene Tasche greifen: Rund 20 Millionen Dollar kostet das all-inclusive-Angebot der russischen Raumfahrt, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in steten Finanznöten steckt und daher seit Ende der neunziger Jahre zahlungskräftigen Kunden einen Platz in den altbewährten Sojus-Kapseln offeriert. Für schwerreiche Weltraumenthusiasten bietet die staatliche Raumfahrtagentur Roskosmos einen Gesundheits-Check auf Flugtauglichkeit, eine Ausbildung im russischen »Sternenstädtchen« Baikonur, den knapp zweiwöchigen Aufenthalt auf der ISS und natürlich den Hin- und Rückflug. Glaubt man den glücklich Heimgekehrten, dann lohnt das Abenteuer jeden Cent. Nur – ohne das nötige Kleingeld geht eben gar nichts. Oder?

Tatsächlich sind in den letzten Jahren mehrere Projekte ins Reifestadium gelangt, die nichts weniger anstreben, als den Weltraumtourismus langfristig auch für Normalverdiener erschwinglich zu machen. Die bahnbrechende Innovation liegt vor allem darin, dass hinter dem Konzept nicht länger staatliche Behörden stehen, sondern erstmals private Unternehmer. Nach 50 Jahren Raumfahrt und mit der heute verfügbaren Technik scheint es nun die echte Chance zu geben, eine bislang viel belächelte Idee zu einem echten Wirtschaftsfaktor auszubauen.

Davon bleibt auch die zähe Debatte um Nutzen und Kosten der bemannten Raumfahrt nicht unberührt. Das bisherige Hauptargument der Kritiker: Automatische Roboter und Sonden können den Weltraum billiger, effektiver und gefahrloser erforschen; der Mensch hat dort oben nichts zu suchen. Wenn der nun aber – jenseits der ursprünglichen Forschungsmotive – das All als ultimatives Reiseziel für sich entdeckt? Was

wäre ein Flug zum Mond anderes als die konsequente Weiterentwicklung von Kreuzfahrten und Flugreisen um den halben Globus? Sollten sich die Prognosen bewahrheiten und der Urlaub im Orbit zu einer wichtigen Sparte im Spacebusiness avancieren, dann bedeutet das nichts weniger, als dass wir an der Schwelle zu einer Ära stehen, die der Menschheit eine wahrhaft grenzenlose Mobilität bescheren könnte.

Den entscheidenden An Schub erhielt diese Vision, als 1996 im Rahmen einer Privatinitiative in den USA der Ansari-X-Prize ausgelobt wurde. Zehn Millionen Dollar Preisgeld winkten demjenigen Entwicklungsteam, das es als erstes schaffen würde, drei Personen mit einem ausschließlich privat finanzierten Raumschiff ins All zu tragen und anschließend heil zur Erde zurückzubringen. Innerhalb von zwei Wochen musste das Experiment erfolgreich wiederholt werden.

In den zwanziger Jahren hatte ein ähnlicher Wettbewerb den Alleinflug Lindberghs über den Atlantik angestoßen. An der Neuaufgabe nahmen 26 tollkühne Teams aus sieben Staaten teil und entwarfen ihre modernen »fliegenden Kisten«. Am 21. Juni 2004 war es soweit: In der amerikanischen Mojavewüste startete vor Tausenden Zuschauern das erste Privatraumschiff in den Himmel. Genauer gesagt hob zunächst ein Trägerflugzeug vom Erdboden ab. Auf dessen Rücken hockte das eigentliche Raumschiff, das *SpaceShipOne*, welches mitsamt des Piloten Michael Melvill in 14 Kilometer Höhe getragen wurde. Nach dem Ausklinken zündete Melvill den Raketentriebwerk und katapultierte den Gleiter kurzzeitig auf eine Höhe von über 100 Kilometern – nach internationaler Definition war damit die Grenze zum Weltall erreicht. Nach dem suborbitalen Hopper kehrte *SpaceShipOne* wohlbehalten zur Erde zurück; die Generalprobe war nicht ohne Komplikationen, im Ganzen aber erfolgreich verlaufen. Bald darauf folgten die beiden »richtigen« Flüge innerhalb von 14 Tagen – und das Siegerteam um Konstrukteur Burt Rutan konnte das ausgelobte Preisgeld einstreichen.

Der TUI-Trip der Zukunft

Seitdem geht es Schlag auf Schlag: Der Abenteuerer Richard Branson gründete als Ableger seines Virgin-Imperiums die Firma Virgin Galactic, die sich auf ihrer Homepage als »first spaceline« anpreist, als erste Fluglinie für Weltraumreisen. Schon nächstes Jahr will Virgin Galactic mit Rutans Nachfolgemodell, dem *SpaceShipTwo*, den regulären Betrieb aufnehmen. Sechs Passagiere können damit in den Erdorbit starten. Und das Ganze soll genauso unkompliziert zu buchen sein wie ein TUI-Trip auf die Seychellen; als letzte Hürde wäre lediglich ein dreitägiges Astronautentraining zu durchlaufen. Nach Angaben der Firma haben schon 7.000 Interessenten erklärt, Tickets für je rund 200.000 Dollar ordern zu wollen – das ist immerhin nur ein Hundertstel der aktuellen ISS-Preise.

Allerdings, ein solcher suborbitaler Flug würde nur auf dem Scheitelpunkt der Aufstiegskurve für ein paar Minuten Schwerelo-

MOBIL

Um die Jahrhundertmitte wird die Bevölkerung von heute 6,7 voraussichtlich auf über neun Milliarden Menschen steigen: Es wird eng werden auf der Erde. Ob die heutigen Weltraumprogramme auch dazu dienen, neue Lebensräume zu schaffen? Noch gibt es keine massenhafte Bewegung ins All, doch als exklusives Tourismusziel bietet es sich schon heute an. Mit Jens Müller-Bauseneiks Erkundung des Alls beginnen wir vorerst unsere Serie »Mobilität«.

ternet offerieren etwa die *Space Travellers* und die *Weltraumtouristik.de* ihre Dienste an. Auch diese Firmen kooperieren eng mit staatlichen Stellen in den USA und Russland sowie mit den privaten Raumschiffbetreibern. Im Programm enthalten sind außerdem so genannte *Edge of Space*-Flights, bei denen man im Cockpit einer Mig25 auf 27.000 Meter Höhe steigt, wo sich bereits die Erdkrümmung erkennen lässt. Wem so etwas zu gefährlich ist, der kann das Ausbildungszentrum der russischen Kosmonauten besichtigen und im klobigen Raumanzug durch riesigen Wasserbecken »schweben«, in denen die echten Profis ihre Missionen üben.

Sicherlich, es sind erst wenige Weltraumbegeisterte, die solche Angebote wahrnehmen. Nur etwa hundert Deutsche nehmen pro Jahr an einem Parabellflug teil. Aber mit den Erfolgen der privaten Raumfahrt dürften diese heute noch sehr exklusiven Abenteuer immer attraktiver werden. Jedenfalls werden wir in den nächsten Jahre mitverfolgen können, wie die Weichen für einen Tourismus neuen Typs gestellt werden.

Momentan jedoch wird man sich beim Thema »Weltraumreise« noch darauf be-

schränken müssen, mit den Privilegierten mitzufiebern. Charles Simonyi, der nächste Gast auf der ISS, lädt auf seiner Homepage (www.charlesinspace.com) dazu ein, ihm Fragen zu seiner bevorstehenden Reise zu stellen. Fühlt er sich als Pionier einer neuen Zeit, in der eines Tages vielleicht sogar andere Planeten besiedelt werden? »Das könnte passieren. Es hängt davon ab, was Technik und Politik uns ermöglichen. Ich schätze mich sehr glücklich, einen kleinen Beitrag dazu leisten zu können.« Und wenn er die Mittel dazu hat, warum auch nicht? Wer schon mal dort oben war, wird wohl stets empfehlen, es ihm gleich zu tun, wenn man denn kann. Als Simonyi kürzlich auf Neil Armstrong traf, den ersten Menschen auf dem Mond, fragte er den Veteranen, was der ihm mit Blick auf seinen bevorstehenden Flug raten könne. Die Antwort war kurz und eindeutig: »Go for it!«

Bisher erschienen in der Serie »Mobilität«:

52/2006: Jens Müller-Bauseneik: *Der bewegte Mensch.*

03/2007: Linda Tidwell: *Moderne Arbeitsnomaden. Pendeln als Lebensform*

08/2007: Anja Garms/Linda Tidwell: *Autopilot. Die Zukunft von Straße und Schiene*

Parallelwelten

IM GESPRÄCH ■ *Der Weltraum-Ingenieur Norbert Frischauf über die Zukunft des Weltraumtourismus*

FREITAG: 2006 sind Sie in Österreich als Kommandant der Mission »Austro-mar« bekannt geworden. Worum ging es dabei?

NORBERT FRISCHAUF: Das war eine simulierte Marsmission in der Wüste Utah in den USA. Wir lebten zu sechst in einem von der Umwelt abgeschlossenen Habitat und haben dort Technologien und Prozeduren getestet, wie sie in 20 bis 30 Jahren bei einer echten Mission einmal vorkommen könnten. Dieses Verfahren nennt man Analogwissenschaft, und das war in diesem Fall so lebens-echt, dass wir am Ende fast selber glaubten, auf dem Mars zu sein. Bei Außeneinsätzen haben wir Raumanzüge getragen. Weil wir 20 Projekte zu betreuen hatten, standen meist wir meist um sechs Uhr auf und kamen erst nachts um zwei ins Bett. Nach ungefähr zehn Tagen ist man da kaputt. Das Ganze ist sehr realistisch und wird dementsprechend auch von staatlichen Raumfahrtagenturen verwendet. Das Gros dieser Untersuchungen wird aber in der Regel von privaten Initiativen betrieben.

Was haben Sie empfunden in der Abgeschiedenheit, angewiesen auf einen Raumanzug, was verändert sich da beim Menschen?

Die kleinen Details, die man im normalen Leben hat, der kleine Luxus wird immens wichtig. Also etwa die Möglichkeit, in jedem beliebigen Augenblick aufs Klo zu gehen und sich zehn Minuten unter die Dusche zu stellen. Oder jemanden anzurufen, um sich später in einem Café in der Stadt zu treffen – also die Grundbedürfnisse und sozialen Kontakte fehlen einem. Andererseits kann auch die ständige Nähe zu den Kollegen zu einer Belastung werden. Es ist deshalb wichtig, dass die Teilnehmer psychologisch zueinander passen. Doch bei suborbitalen Raumflügen, die höchstens zwei Stunden dauern, ist dieser Punkt natürlich belanglos.

Wie hoch schätzen Sie den Anteil der Deutschen und Österreicher, die sich einen Weltraumflug vorstellen könnten?

Zunächst richten sich die Angebote ja nur an sehr wohlhabende Leute, die gleichzeitig auch abenteuerlustig sein sollten. Da rechne ich in Deutschland vielleicht mit 100, in Österreich mit zehn Kunden.

Ist das die Klientel für SpaceShipTwo?

Am Anfang schon. Richard Branson hat behauptet, bei Ticketpreisen von 200.000 Dollar angeblich schon 7.000 Interessenten auf der Warteliste zu haben, die willens sind, das zu bezahlen. Also warum sollte er so dumm sein und die Preise senken? Das Gleiche gilt für *Rocketplane XL*, den zweiten erstzunehmenden Anbieter. Doch Konkurrenz belebt das Geschäft. Eine US-Studie geht davon aus, dass 2010 der Preis zwar immer noch bei 200.000 Dollar liegt, danach aber graduell runtergeht, so dass er 2016 schon bei 100.000 wäre. Bis zum Jahr 2020 dürfte er auf circa 50.000 Dollar fallen.

Das ist immer noch viel Geld.

Ja, aber bedenken Sie: Wenn man heute auf den Mount Everest rauf will, zahlt man 65.000 Dollar und mehr. Und trotzdem machen das über 100 Leute im Jahr.

Schauen wir weiter nach vorn: Wird ein Flug ins All im Jahr 2050 so selbstverständlich sein wie heute ein Linienflug?

Das ist schwer zu sagen. Denn vielleicht hat bis dahin auf der Erde schon ein sozio-öko-

nomischer Paradigmenwechsel stattgefunden. So ist etwa vorstellbar, dass es dann eine ganz andere Gesellschaft gibt, wo größtenteils Roboter die Arbeit machen, und der Mensch kontrolliert nur und ist ansonsten künstlerisch oder im Dienstleistungssektor tätig. Wir werden permanent vernetzt sein, die Autos werden wir kaum wiedererkennen, wahrscheinlich gibt es dann auch schon Fusionsenergie, kurz: langfristige Prognosen zum Weltraumtourismus sind schwierig, weil die Welt vielleicht schon bald ganz anders aussieht.

Dennoch: Wie sieht Ihre persönliche Zukunftsvision aus?

Es wird weiterhin nationale Raumfahrtagenturen geben, die Wissenschaft und Forschung betreiben. Diese werden in den nächsten Jahren zum Mond zurückkehren, von da weiter zum Mars. In spätestens 30 Jahren werden wir wahrscheinlich dort sein. Parallel dazu kommt der Weltraumtourismus, beschäftigt sich aber zunächst mit Suborbitalflügen. Und wenn das funktioniert, dann werden bald die nächsten Aktionen kommen. Die Raumfahrtagenturen bereiten dafür den Weg, und der Tourismus wird ihm folgen. Wenn erst einmal eine wissenschaftliche Raumstation auf dem Mond steht, könnte man auch an ein Hotel dort denken. Das kann sich gegenseitig befruchten und unterstützen. Mehrere Privatfirmen werden um den Markt konkurrieren und sich gegenseitig immer weiter nach vorn treiben, und irgendwann haben wir dann die Welt, wie sie sich Science-Fiction-Autoren erträumt haben.

Können wir für die geistige Entwicklung der Menschheit Fortschritte erwarten, wenn immer mehr Menschen die Zerbrechlichkeit der Erde vom Weltraum aus sehen?

Da bin ich mir sicher. Schon die Bilder, die die Apollo-Astronauten vom Mond aus gemacht haben, haben sich sehr stark in das kollektive Gedächtnis eingebrannt: Die blaue Erdkugel vor dem Hintergrund des endlosen schwarzen Weltalls. Die Verletzlichkeit des Globus ist uns seither viel bewusster geworden. Früher hat man das nicht so wahrgenommen, weil es noch niemand gesehen hatte.

Sehen Sie die Gefahr, dass die Reichen eines Tages von der Erde flüchten könnten, wenn es hier zu ungemütlich wird?

Erstens hoffe ich, dass die Menschheit nicht so dumm ist, die Erde zu vernichten, Stichwort: globaler Klimawandel. Dass wir deswegen auswandern müssen, glaube ich nicht unbedingt. Aber wir werden über kurz oder lang sicher zum Vergnügen ins Weltall fliegen. Studien prognostizieren einen Markt von 13.000 Passagieren im Jahr 2020, erwartet wird ein Umsatz von 676 Millionen Dollar – wenn nur körperlich geeignete Personen bis 65 Jahre fliegen. Aber dabei wird es nicht bleiben: Richard Branson hat schon angekündigt, seinen 91-jährigen Vater mitnehmen zu wollen.

Würden Sie selbst gern ins All starten?

Da ich begeisterter Kunstflieger bin, würde ich am liebsten als (Co-)Pilot mitfliegen – leider fehlt mir momentan noch das nötige Kleingeld.

Das Gespräch führte
Jens Müller-Bauseneik

Norbert Frischauf ist Berater der ESA und Geschäftsführer der Firma Qasar in Wien, die ein Patent auf einen neuartigen Plasma-Antrieb für Satelliten besitzt.

Wäscheaufhängen im Garten ist eine meiner ersten Taten, gleich nach dem Zähneputzen und Teewasserkochen. Denn: die Sonne scheint. Ich habe bereits am Vorabend eine volle Trommel mit heller Buntwäsche in meiner Waschmaschine mit dem Doppel-A – eins für Wasserverbrauch, eins für Energieeffizienz – gewaschen. Alles nur, damit ich jetzt als erstes wahrheitsgemäß diesen Satz schreiben kann: Ich habe Wäsche aufgehängt – im Garten.

Heute ist der Tag, an dem ich darüber nachdenken und schreiben will, was ich tue: Lebe ich ökologisch und klimaschonend? Deshalb kommt es auf den Garten an. Wäsche klimaneutral trocknen, das geht nur draußen wirklich gut.

Automatische Trockner in Küche oder Keller brauchen viel Strom, eine langweilige Feststellung, aber die Wahrheit. Wo die durchschnittliche Waschmaschine zwei Kilowattstunden verschleudert, benötigt der Trockner anschließend noch einmal das Doppelte: »4,4 Kilowattstunden ist der Wert für ein schlechtes Gerät, das aber am meisten verbreitet ist«, weiß Mona Finder von der Deutschen Energie-Agentur (Dena). Ich habe gar keinen Trockner, da fühle ich mich gleich besser. Nur kann man Wäsche im Garten, wofür ich mich gerade selber lobe, allein bei sonnigem Wetter trocknen lassen.

Für Menschen ohne Trockenboden und Wäschekeller bleibt das klapprige Wäscheständergestell mitten im Zimmer, auf dem die Jeans Tage brauchen, bis sie trocken sind. Und diese Trocknung ist keinesfalls kostenlos. Draußen wird die Feuchtigkeit vom Winde verweht. Drinnen schlägt sie sich auf Tapeten und Fenstern, hinter Schränken und in schlecht belüfteten Ecken nieder, und es bedarf eines Aufwands an Heizenergie, sie da wieder weg zu bekommen. Wie viel Energie dabei genau verbraucht wird, lässt sich nicht genau berechnen: »Egal, wie hoch die Schleuderleistung der Waschmaschine ist, der Feuchtigkeitsgehalt der Wäsche hängt immer auch davon ab, um welche Materialien es sich handelt«, erklärt Mona Finder.

Jedenfalls gilt: Heizenergie ist der größte Posten im privaten Energieverbrauch. Und wer nicht ordentlich heizt und lüftet, bei dem schimmel't, und folglich muss, wer Wäsche indoor trocknet, mehr heizen und mehr lüften. Weiß ich. Unser Wohnungsverwalter hat mir und meinen Nachbarn im vergangenen Jahr eine Anleitung geschickt, wie sich das so verhält mit dem Schimmel. Vier Seiten lang ohne Grammatik und Rechtschreibung, dafür mit hoch erhobenem Zeigefinger.

Weil mich das Wäscheaufhängen zu lange aufgehalten hat, ist das Teewasser kalt geworden. Wasserkochen ist das Leck an der Außenwand des Schiffs, das meine persönliche Energiebilanz ist. Die Dena gibt an, dass ein Wasserkocher die sparsamste Methode des Wasserkochens bietet: Etwa 0,12 Kilowattstunden braucht ein Liter, um aus der Leitung auf 100 Grad Celsius zu kommen. Nun bin ich aber nicht in der Lage, exakt einen Liter abzuschätzen. Damit die Kanne voll wird, koche ich tendenziell zu viel. Der Rest bleibt im Gerät und wird in der nächsten Runde wieder mitgekocht und wieder mitgekocht und wieder mitgekocht. Wenn es etwa eine Tasse voll zu viel ist, kommt bei drei Kannen Tee am Tag fast ein halber Liter Wasser zusammen, den ich sinnlos mitkoche. Aufs Jahr gerechnet 182,5 Liter Wasser, mehr als eine Badewanne voll, 22 Kilowattstunden verplempert. Immerhin fast 2 Prozent des Jahresenergieverbrauchs eines durchschnittlichen Ein-Personen-Haushalts (1200 Kilowattstunden – ohne Wasser, Heizungspumpe und Elektroherd).

Regina Bartel

Der grünste Tag in meinem Leben

Ökologie ist wieder ein großes Thema, und im Kleinen fängt das Energiesparen an. Versuch einer ganz persönlichen Energiebilanz



Solche Dummheiten über ihren Stromverbrauch möchten Menschen erfahren, die Heinz Knobloch anrufen. Der Energieberater von Enercity, den Stadtwerken Hannover, hat einen realistischen Blick darauf, warum Menschen sich an das Kundencenter wenden: »Die meisten rufen an, weil sie gerade ihre Turnusabrechnung erhalten haben, mehr bezahlen müssen und wissen wollen, woran das liegen kann.« Es geht also ans Geld und deshalb auf die Suche nach den Übeltätern unter den Geräten oder den schlechten Angewohnheiten ihrer Besitzer. Die neigen nämlich zur Vergesslichkeit: »Im alltäglichen Ablauf achtet man nicht darauf: Welche Geräte benutze ich, wie lange benutze ich sie.« Knobloch rät den Kunden, Auflistungen anzulegen, den Zählerstand eine Weile täglich zu notieren und sich so das eigene Nutzungsverhalten zu verdeutlichen. Der Klassiker sind dabei die Standby-Verbräuche einiger Geräte: Bis zu 10 Watt schnurten da ständig durch einen Fernseher, der 20 Stunden am Tag nur herumsteht. Dann gibt es Geräte mit einem versteckten Standby, das können noch mal zwei bis drei Watt bei einer Waschmaschine sein.

Moment! Meine Maschine mit dem zweifachen A saugt mir heimlich Strom ab, wenn ich nicht den Stecker ziehe? Bei Candy Hoover, der Firma, die sie hergestellt hat, erfahre ich, dass es sich bei diesem Effekt um eine so genannte Scheinleistung handelt, die ein Eingangsentstörfilter verursacht. Den gibt es, damit die Maschine nicht stört, nicht mich, sondern meine anderen Elektrogeräte, und das nicht beim Herumstehen, sondern beim Einschalten. Rolf Bahr, Techniker bei Candy Hoover, gibt mir einen telefonischen Crashkurs in Physik. Häufig scheitert die Energieerfassung schon am Messgerät: »Messen ist auch so eine Sache.« Bei Energiemessgeräten gäbe es solche und solche und ohne Angabe des Phasenwinkels sei das alles nichts. Heutige Stromzähler könnten die Scheinleistung

des Filters ebenfalls nicht erfassen, »da dreht sich die Scheibe gar nicht«, sagt Bahr und rechnet aus, dass ein solcher Filter bei einer Wirkleistung von 0,07 Watt im Jahr allenfalls für 10 Cent Strom verbrauchen kann. Der Stecker bleibt drin, ich komme nämlich nicht an ihn heran, ohne jedes Mal die Küche umzuräumen. Immerhin erhalte ich von Rolf Bahr ein Lob für konsequentes Ausschalten der Maschine. Wer nämlich die kleinen, roten Lämpchen ständig leuchten lässt, verbraucht bis zu fünf Watt, und das läppert sich im Jahr dann schon auf ein paar Euro auf der Stromrechnung.

Zeit für eine Zwischenmahlzeit. Ein Naturkostgroßhändler in Göttingen vertreibt klimaneutrale Bananen. Hermann Heldberg hat durchrechnen lassen, was Bananen in Produktion und Handel an CO₂ auswerfen. »Über 5.000 Tonnen pro Jahr«, erklärte er unlängst im Deutschlandfunk, »allein für den Import der Bananen aus der Dominikanischen Republik.« Das kann man umrechnen – zum einen auf das einzelne Kilo Bananen, zum anderen in einen bestimmten Geldbetrag. Schließlich sind CO₂-Emissionen in anderen Branchen ein handelbares Gut und haben einen Wert zwischen fünf und zehn Euro pro Tonne. Deshalb schlägt Heldberg nun pro Kilo Bananen ein halbes bis einen Cent auf, der in Aufforstung und andere klimaausgleichende Maßnahmen in den Herstellerländern investiert wird.

Mir gefällt die Idee, nur esse ich nicht besonders gerne Bananen. Ich mag Äpfel. Nicht den Einheitsapfel aus dem Supermarkt, sondern heimischen Anbau, alte Sorten, eigene Ernte. Damit ließe sich jetzt herumprahlen, weil es ja so ökologisch toll und ernährungsphysiologisch lobenswert ist, Obst der Saison aus lokalen Anbaugebieten zu bevorzugen. Nur hat die Sache einen Haken: Die Bäume mit den Super-Äpfeln stehen nicht in dem Garten, in dem gerade meine Wäsche

trocknet. Der Garten mit der Wäsche ist eine ökologisch bettelarme Grünfläche hinter einem Mietshaus in Hannover. Meine Lieblingsäpfel wachsen dagegen auf einer vom Urgroßvater angelegten Streuobstwiese in der Nähe von Bremen. Um genau zu sein: es liegen 100 Kilometer zwischen mir und den Äpfeln. Und die muss ich mit dem Auto fahren, weil die Äpfel ja transportiert werden wollen und weil die sonstige Überproduktion aus dem mütterlichen Gemüsegarten und der alten Obstwiese einer gewissen Stauraumkapazität beim kundigen Abnehmer bedarf. Wäre ja schade drum.

Um nun dem Beispiel der Göttinger Klimabanane zu folgen, rufe ich bei Toyota an und schildere mein Problem: 12 Jahre altes Auto, Spritverbrauch circa 8 Liter auf 100 Kilometer, wie viel CO₂ mag da herauskommen? »Das kann man mathematisch aus dem Spritverbrauch ermitteln«, erklärt mir Karsten Rehmann aus der Presseabteilung und rechnet für mich nach. Bei 8 Litern Super-Benzin auf 100 Kilometern pustet mein Auto 192 Gramm CO₂ in die Luft. Hätte der Wagen einen Dieselmotor, dann wären es 11 Prozent mehr. Was besser ist? »Ein Benzinmotor, der wenig verbraucht, ist klimamäßig günstiger«, sagt Rehmann, doch eigentlich könnte er noch wenn und aber sagen, weil ökologisch streng betrachtet noch weitere Faktoren berücksichtigt werden müssten – andere Abgaswerte zum Beispiel, die Herstellung und die Nutzungsdauer des Wagens und so weiter.

Aber um nun endlich in den Apfel beißen zu können: bis ich die Äpfel mitnehme, haben sie praktisch keinen Schaden am Klima angerichtet, ganz im Gegenteil, der Baum hat CO₂ verbraucht, um den Apfel überhaupt reifen zu lassen. Ich puste auf Hin- und Rückfahrt insgesamt 384 Gramm CO₂ in die Luft und esse anschließend fünf Kilo Äpfel. Äpfel gibt es – gut und energiesparend gelagert in einem alten Stall – von Oktober bis

April. Sechs Monate im Jahr, zweimal pro Monat Äpfelholen, ergibt pro Jahr 4608 Gramm CO₂. Und der Ausstoß wird nicht weniger, wenn ich zusätzlich jedes Mal zehn Eier von überaus glücklichen Hühnern mitnehme.

Für Flugreisende gibt es Möglichkeiten, Buße zu tun, ihre Flugreise in CO₂ umrechnen zu lassen und den ermittelten Gegenwert in Geld für klimafreundliche Projekte zu spenden. Da sich bisher kein Ablasshandel für sündiges Apfelessen etabliert hat, bleibt mir nichts anderes übrig, als bald möglichst aufzuforsten und einige CO₂-hungrige Apfelbäumchen zu pflanzen. Immerhin fahre ich innerhalb Hannovers ausschließlich Fahrrad, bei 2500 Kilometern Nicht-Auto-Nutzung macht das im Jahr eine Kraftstoffersparnis von 200 Litern oder 4,8 Kilogramm CO₂.

Zurück aus der Apfelpause ist der Schreibtisch dran. Ausschaltbare Steckerleisten wegen des Standby-Verbrauchs der Peripheriegeräte Drucker, Router & Co. habe ich. Ich habe auch gelernt, das Handyladegerät aus der Dose zu ziehen, weil es Strom verbraucht, selbst wenn es da nur so herumhängt. Das Handyladegerät ist gieriger als der Eingangsentstörfilter der Waschmaschine. Nur tausche ich wie fast alle anderen Verbraucher alte Stromfresser erst aus, wenn sie kaputt gehen. 110 Watt braucht der alte Monitor in der Stunde, der neue nur noch 37. Aber die guten, umweltfreundlichen, neuen Geräte wollen erst mal produziert und alles, was man wegwirft, muss entsorgt, recycled, deponiert werden.

Eine Frage kann ich heute nicht mehr klären. Wie viel Strom eines meiner wichtigsten Arbeitsgeräte benötigt: das Telefon. Dies, so die Pressestelle des Unternehmens, bei dem ich Kunde bin, könne man nicht spontan beantworten. Stunden später erfahre ich, es sei nicht so leicht herauszufinden, man wisse nicht, ob man es überhaupt wisse, es könne ein paar Tage dauern.

Gut, dann hole ich jetzt die Wäsche rein. ■

Anzeigen

Streifzüge

Lorenz Glatz:

Alles außer Krieg ist schwer zu machen – Zum Nahen Osten

Ulrich Enderwitz:

Aggression und Regression

Bernhard Schmidt:

Die islamistische Scheinalternative

Peter Klein:

Existenz und Terror

Lothar Galow-Bergemann:

Wegsehen oder Solidarität mit Israel?

Franz Schandl:

Fratze statt Mythos

Markus Mohr:

Die dummen Einfälle des Dr. Kraushaar

Reinhard P. Gruber:

Die Arbeit als Landplage (1989)

Maria Wölflingseder:

Vom Markt der Religionen zum Markt als Religion

Andreas Exner:

Grillen statt Heuschrecken

Lorenz Glatz:

Dissidente Praktiken

Erscheint 3 x jährlich

PROBEHEFT GRATIS!

Margaretenstraße 71-73/23,

A-1050 Wien

E-Mail: bestellung@streifzuege.org

www.streifzuege.org

SPORTPLATZ

AUF DEM SPIELPLAN: MORD

Kaum ein Trainer hat es bisher geschafft, kurz nach dem unvorhergesehenen Ausscheiden seines Teams bei einer WM ein Interview zu geben, das nicht von Schock und Ratlosigkeit geprägt wäre. Der britische Coach der pakistanischen Cricket-Nationalmannschaft, Bob Woolmer, machte am 17. März, einem Samstag, in seinem Gespräch mit der BBC nach dem Aus bei der WM in Jamaika keine Ausnahme. Tief enttäuscht versuchte er eine erste Analyse, während er allen Fragen nach seiner persönlichen Zukunft auswich mit der Bemerkung, er müsse erst einmal eine Nacht darüber schlafen.

Niemand konnte ahnen, dass dieses belanglose Interview das letzte sein würde, dass der Trainer in seinem Leben geben würde. Bob Woolmer wurde am Vormittag des nächsten Tages bewusstlos im Bad seines Zimmers im Hotel Pegasus von Kingston gefunden und gegen Mittag in der benachbarten Universitätsklinik für tot erklärt. Was zunächst aussah wie ein stressbedingter Herzinfarkt, erwies sich bei der Obduktion als Mordfall: Der 59-Jährige war erwürgt worden.

Von wem und warum ist allerdings vollkommen unklar. Die jamaikanische Kripo versucht gerade, die letzten Stunden im Leben des Coaches zu rekonstruieren und den Mord-Zeitraum so eng wie möglich einzugrenzen, um dann mit Hilfe der elektronischen Zimmerschlüssel und der Überwachungskameras Bewegungsmuster der anderen Hotelgäste und etwaiger Fremder zu erstellen. Woolmer hatte am Samstagabend

zwischen 20 und 21 Uhr lokaler Zeit beim Zimmerservice Essen bestellt, in diesem Zeitraum verschickte er außerdem von seinem Laptop aus einige E-Mails.

Eine Nachricht ging an den Chef des pakistanischen Cricket-Verbandes, Dr. Nasim Ashraf, und gab späteren Spekulationen um einen möglichen Wettbetrug durch Mannschaftsmitglieder Nahrung. Woolmer beklagte darin, dass einige Spieler anscheinend nicht gut genug ausgebildet seien, denn sie machten trotz eindeutiger Instruktionen dieselben dummen, Spiel entscheidenden Fehler wieder und wieder. In einer E-Mail, die er später an seine Frau schickte, fanden sich allerdings keinerlei Hinweise, dass der in Indien geborene Sohn eines Cricket-Profis irgendwelche zwielichtigen Machenschaften vermutete.

Als der Coach am nächsten Morgen um 10.45 Uhr vom Hotelpersonal gefunden wurde, wies nichts auf einen Mordfall hin. Wie die Polizei später erklärte, muss er seinem Mörder oder seinen Mördern selbst die Tür geöffnet haben, denn es gab keinerlei Spuren gewaltsamen Eindringens oder gar eines heftigen Kampfes. Der leitende Kriminalkommissar Mark Shields sagte, dass man überdies von mehreren Tätern ausgehe: »Woolmer war ein sehr großer, kräftiger Mann, den man nicht einfach überrumpeln konnte.«

Wettbetrug und verschobene Spiele sind beim Cricket keine Seltenheit, wie der Brite Lord Condon, ehemaliger Chef der Londoner Metropolitan Police

und nun Leiter der Anti-Korruptionsabteilung des Cricket-Weltverbandes, sagte: »In manchen Ländern ist es mittlerweile viel lukrativer, Spiele zu manipulieren als mit Drogen zu handeln.« Apathie und Angst mache es den Tätern leicht, kaum jemand wage, Anzeige zu erstatten.

Gerüchten, Woolmer habe in dem Buch, an dem er schrieb, Einzelheiten über Wettbetrügereien enthüllen wollen, trat die Familie allerdings entgegen. In keinem der bisher fertig gestellten Kapitel sei es um Unregelmäßigkeiten gegangen und auch in seinen Notizen habe man nichts zu diesem Thema finden können.

Auch wenn der gesamten pakistanischen Equipe Fingerabdrücke abgenommen wurden, glaubt die Polizei nicht, dass Spieler und Funktionäre in den Mord verwickelt sind. Die Täter dürften sich als Angehörige des Hotelpersonals verkleidet haben, ist sich Mark Shields sicher. Möglicherweise habe der Mord auch absolut nichts mit Cricket zu tun, denn Jamaika gehört zu den Ländern mit der weltweit höchsten Anzahl an Tötungsdelikten – und im Pegasus geschahen in den letzten anderthalb Jahren immerhin drei Morde. Allerdings sei es, so Shields, »extrem unwahrscheinlich«, dass Einheimische das während der WM besonders stark gesicherte Hotel betreten und unbefähigt durch die Flure spazieren konnten. Und schließlich von Coach Woolmer einfach so in sein Zimmer gelassen wurden wären.

Elke Wittich



ROBERT MICHEL

IN ALTER ZEIT

Von Sandra Niermeyer

In alter Zeit, als das Wünschen noch geholfen hat, wünschte sich niemand etwas, denn es ging sofort in Erfüllung. Man musste jede Sekunde auf seine Gedanken achten, sie materialisierten sich sofort.

Gerade hatte jemand noch gedacht: Ich bin heute so kaputt von der Arbeit, schon lag er ramponiert auf dem Gehweg. Oder jemand wünschte sich, sein Gegenüber möge endlich aufhören, ihm die Ohren voll zu labern, schon fielen ihm die Ohren ab.

Zum größten Problem wurden die vielen Toten. Sie lagen überall herum. Auf Straßen, in Autos, in Parks, in Wohnungen, besonders auch in Kindergärten. Es waren so viele, dass niemand sie mehr wegschaffen konnte. Und niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, denn jeder konnte jedem den Tod gewünscht haben. Die Gerichte schlossen, die Rechtsanwälte gingen in Konkurs.

Keiner sah den anderen mehr an, aus Angst, durch seinen Blick einen bösen Gedanken im Gegenüber auszulösen. Besonders das Autofahren wurde gefährlich, es löste so viele aggressive Wünsche aus.

Manche halfen sich, indem sie einfach schneller dachten als die anderen. Sie wünschten jedem, der ihnen begegnete, den Tod, so konnte ihnen niemand mehr zuvor kommen. Leichen säumten ihren Weg. Diese Schnelldenker wurden natürlich bald bekannt und man versuchte, ihnen auszuweichen. Festnehmen und einsperren konnte man sie nicht, jeder Polizist wäre sofort tot umgefallen. Die ganz Ängstlichen blieben zu Hause und verloren alle sozialen Kontakte.

Es schien, je böser man dachte, desto geschützt war man. Auch gutherzige Menschen bemühten sich nun um den einen oder anderen bösen Gedanken, um gewappnet zu sein. Es kamen Selbsthilfebücher heraus mit Titeln wie *Die Kunst des schlechten Denkens* oder *Böse Wünsche in Minuten*. Seminare mit Inhalten wie »Seien Sie böser als die anderen« fanden regen Zulauf. Manche Kirche bemühte sich noch, den Trend umzukehren. Wenn jeder gut dächte, predigten sie, hätte niemand mehr etwas zu befürchten. Aber keiner traute sich, damit anzufangen, zu viele lagen tot auf der Straße. Überhaupt schien es mühevoller, einen guten Gedanken zu fassen, während die bösen von ganz alleine kamen.

Irgendwann, von einem Tag auf den andern, hörte das Unheil plötzlich auf. Eine neue Zeit brach an, die wir alle kennen. In der das Wünschen und Hoffen und Bangen nichts mehr hilft. Was für ein Glück!

Sandra Niermeyer lebt und schreibt in Bielefeld. Zuletzt erschien im Freitag 07/2007 ihr Text *Tarnkappe*.

Maik Kubusch, geboren 1970 in Magdeburg, lebt heute in Bayern. Zuletzt erschien im Freitag 26/2006 sein Text *Geburtsstagskind*.

Dirk Werner, 1961 in Gera geboren, leitet Fotoprojekte und lebt als Filmvorführer und Autor in Esslingen/Neckar.

FRISCHE BLÜTEN

Von Maik Kubusch

Wenn ich mit meinem Auto von weit her komm und die ersten Kiefernwälder an der Autobahn seh, dann weiß ich, es geht nach Hause. Zurück in meinen preußischen Sandkasten. Bin ein Heimatmensch. Märkische Heide, märkischer Sand, das liebe ich. Und die Flüsse, die wir hier haben. Die Dahme zum Beispiel. Ein Neben- oder Zufluss der Spree, so genau weiß ich das gar nicht. Seh ihn ja nie von oben, den Fluss, sondern immer nur aus der Nähe. Am Busen der Natur häng ich, sag ich. Am Arsch der Welt, sagen andere. Die haben einfach den Blick nicht für unsere Schönheiten.

Denn schön ist sie, unsere alte Dahme. Erweitert sich hier und da zu bezaubernden Seen, auf denen an Sommerwochenenden alles verkehrt und kreuzt, was Planken und Segel hat. An unseren Autos steht LDS. Das heißt Landkreis Dahme-Spree. Schon daran können Sie sehen, wie wichtig uns diese beiden Flüsse sind. Sonst wär ja hier nur Sand.

Ich selbst bin viel mit dem Auto unterwegs. Boot hab ich keins, kann ich mir nicht leisten. Ich bin Fahrer. Fahre alles, was reinkommt. Touristen oder Bioäpfel, ganz egal.

Im Frühsommer '90, als die Westberliner gerade begannen, unsere Seen zu entdecken, da hab ich zum Beispiel Geld gefahren. Unser Ostgeld. Wusste gar nicht, dass von dem Zeug so viel existierte. Die Lkws sind fast zusammengebrochen unter der Last. In Scheunen und Ställe haben wir's gekippt, denn in die Stahltresore der Banken, da ging nichts mehr rein, die waren randvoll. Lag schon das neue drin, die D-Mark.

Natürlich durft's keiner wissen, Sicherheitskonzept. Das simpelste. Wenn keiner einen Schimmer hat – und wer käme auf so ne Schnapsidee, in alte verwitterte LPG-Ställe Hunderttausende Ostmark abzuladen? – dann ist die Kohle da drin so sicher wie in Fort Knox. Sie stinken eben nur hinterher. Die Scheine. Nach Schweinepisse. Aber das Zeug wurde ja eh verbrannt. Und es darf sich natürlich niemand verquatschen. Hat auch keiner.

Erst viel später. Und da haben sich dann plötzlich alle aufgeregt. Was hätte passieren können! Das viele Geld, wenn das einfach so rumliegt. Oder mich gefragt, warum hast du uns nicht mal früher was, Mensch, was wir hätten für Dinger... Nee, nee. Ich kann schwärzen.

Ein paar Jahre drauf war hier die Hölle los. Vorbei war's mit der märkischen Stille, für die wir berühmt sind. Da sind wir andersrum berühmt geworden. Und auch nur, weil einer gequatscht hatte.

Sie erinnern sich vielleicht noch an den Ortsnamen. Dolgenbrodt. Im November '92 wurde hier ein leeres Kindercamp, das man zu einem Asylbewerberheim umgebaut hatte, abgefackelt. Im ganzen Dorf sei für die Brandstifter gesammelt worden. Hieß es. Riesenbochau. Lichterketten quer durchs ganze Land. Na, von der Presse haben wir seither die Schnauze voll. Wenn ich irgendwo ne Kamera seh, drehn mir die Räder durch.

Dann kamen die Antifa-Touristen. Tod dem deutschen Vaterland, Dolgenbrodt wird abgebrannt. Ganze Reisebusse. »Reiselust mit Willi Brust«, Klimaanlage, Waschraum, sogar mit Würstchen an Bord. Wenn ich mit meiner Karre unterwegs bin, ich hab keine Klimaanlage. Wie gesagt, so'n Hals! Aber hab ich was gesagt? Nichts. Man schweigt und lernt sein Teil.

Deshalb kann ich Ihnen von der neuen Sache hier auch nur andeutungsweise erzählen.

Wir haben's ja nicht so dicke. Segeln, Schießen, Spargel, Schluss. Das soll jetzt anders werden. Funktioniert aber nur, wenn es geheim bleibt. Deshalb auch kein Ortsname. Dolgenbrodt, falls Sie das vermuten, ist es nicht. Die haben genug gelitten. Nein, es ist, sagen wir – Degenow. Oder Güllen. Aber sagen wir lieber Degenow, denn so heißen die Orte alle hier. Immer auf -ow. Weshalb manche auch glauben, sie sind schon in Russland bei uns. Tschechow, Molotow, Kalaschnikow. Spricht man aber nicht, unser -ow. Denkt man nur. Es heißt nicht »Pankoff«, wie der alte Adenauer sagte, das verrät den Ausländer.

Degenow also. Und geheim. Und auch nur eine vage Hoffnung. Ein simpler Plan.

Wir haben ja, wie gesagt, noch die ollen Schweinställe. Die rotten so vor sich hin. Und die Amerikaner haben ihr Problem mit den Terroristen. Wenn sie die eingefangen haben, die müssen befragt und bestraft und in Schach gehalten werden. Warum nicht eins und eins zusammenbringen? Knast und Kaserne hat jede Gegend gerne. Und was soll sich der Pole oder der Rumäne, unzuverlässig, wie er ist, was soll sich der eine goldene Nase verdienen. Das können wir auch.

Ich stell mir das herrlich vor, wie ich da immer früh mit meinem alten Kombi in das streng geheime Camp fahre und die frischen Brötchen bringe. Unser Fleisch, unser Brot, unser Bier, alles von hier. Und die Dorfju-

gend kann endlich legitim den Fremden aufs Maul hauen. Das ist doch mal was anderes als immer nur neue Windräder aufstellen überall.

Problem ist nur, man kann sich da nicht so offiziell bewerben für. Man muss es ihm irgendwie unterjubeln, dem Ami. Ihm das Gefühl geben, er ist da ganz schlau von selber drauf gekommen. Naja. Haben wir jetzt an den Steinmeier geschrieben. Der fädelt das fachmännisch für uns ein. Hat ja einen guten Draht zu den Foltertypen. Und wenn dann die Turbane hier ihre Zeit absitzen, grünt und blüht und gedeiht unsere Gegend. Herrlich! Für Geld – wie heißt es so schön – kann man sich eben alles leisten. Ein reines Gewissen zum Beispiel. Oder vielleicht, später mal, sogar ein eigenes Boot.

GANZ ALTES TESTAMENT

Von Dirk Werner

Das Rentenalter wird schrittweise auf siebenhundertsechzig Jahre angehoben – besagt eine Meldung aus dem Jahre 2025, die uns dieser Tage zuzug. Während das Durchschnittsalter bei Männer und Frauen seit der Anhebung des Renteneintrittsalters 2012 auf 67 und insbesondere im Jahre 2014 auf 78 Jahre bei 78,1 Jahren stagniert, würden mit dieser Gesetzesvorlage letzte Versorgungslücken geschlossen, heißt es darin.

In einer Videogrüßbotschaft des Bundesabbeitsministers Müntefering aus dem Jahr 2007 an die Bundestagsabgeordneten des Jahres 2025 hebt der Minister hervor, dass nach diesem Beschluss insbesondere der »Arbeitnehmervereinigung Biblisches Alter« (ABA) zahlreiche neue Mitglieder beitreten würden, da »von nun an mit einer Rentenzahlung praktisch erst im Jenseits zu rechnen ist«.

Tschechischer Abend

PRAGER FRÜHLING

Von Karsten Laske

Weithin leuchtet der Fernsehturm in den Farben der tschechischen Flagge, blau, weiß und rot. In den Waldstein-Gärten blühen schon die Bäume und am Grunde der Moldau wandern, wie seit tausend Jahren, die Steine. Oben, über die Karlsbrücke hin, schieben und drängen sich Touristentruppen in endloser, dichter Formation. Eine Prozession, an den dunklen Stein-Heiligen vorbei. Was suchen die Leute alle hier? Karel Gott?

Es ist Frühling in Prag und eine Invasion scheint über die Stadt hereingebrochen. Genervte Guides beiderlei Geschlechts tragen farbige Fähnlein in erhobenen Händen oder einen Schirm voran durch die Gassen. Amerikaner, Japaner, Italiener, Ungarn folgen. Die Idee des Tourismus wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Wir werden umspült und mitgerissen.

Vor einem Souvenir-Shop steht eine belebte Amerikanerin wie ein Fels in der Brandung. Einen Burger mampfend betrachtet sie die glitzernde Billigware des Geschäfts, schüttelt den Kopf und ruft kauend: »Euro Trash!« Sie wird überannt. Es gilt für den Städtebesucher wie für den Autofahrer: Du stehst nicht im Stau, du bist der Stau!

Fotolandys blitzten und eine Vier-Mann-Band spielt Swing. Man kann in einem schicken, alten, orangenen Skoda-Cabrio eine Stadtrundfahrt unternehmen oder sich beim Biertrinken dem Vergehen der Zeit überlassen. Vielleicht, denken wir, ließe sich betrunken am besten genießen, was die Stadt und das Leben einem aufbürden: die unerträgliche Leichtigkeit des Seins.

Prag geht auf den Strich. Aber wer, wie wir, den Hauptbahnhof glücklich hinter sich ließ, den kann nichts mehr schockieren.

Ein Flyer wird uns im Gedränge gereicht. Ausnahmsweise wirbt er mal nicht für das nächstgelegene »Cabaret«, welches sich stets als Striplokal erweist, sondern für ein »Museum des Kommunismus«. Die Ausstellung verspricht Erbauung und Grusel in drei historischen Etappen: the Dream, the Reality, the Nightmare. Das Museum ist täglich geöffnet von neun bis neun und scheint, wie alles hier, vor allem für jene Asiaten und Amerikaner gemacht zu sein, die schnell noch *old europe* sehen wollen, bevor es endgültig untergeht. »Zwei Mal begrüßten wir sowjetische Panzer«, heißt es in dem Faltblatt, das uns gereicht wurde, »jedes Mal mit Tränen in den Augen.« Ein Foto zeigt einen T 34, der mit seinem Geschütz im Balkon eines Wohnhauses steckt: Die Panzer waren die gleichen. Unsere Tränen verschiedene. »

Nun denn. Wir wählen uns durch die begeisterten Massen und folgen dem angegebenen Weg, »above McDonalds, next to Casino«. Aber die Passage zum Kommunismus ist mit Sperrholz vernagelt, dahinter wird renoviert. Der alte Menschheitsraum nimmt eine Auszeit. Oder sind wir es, die den Weg nicht finden?

Am Kiosk kaufen wir eine *Süddeutsche*. »Westliche Zeitungen werden in Prag frei verkauft – während Prager Zeitungen in Moskau schwarz gehandelt werden«, erzählte man sich im Frühjahr '68 aufgeregt in der DDR. Im Kaffeehaus sitzend lese ich über den militärischen Schutzschild, den die USA in Polen und Tschechien errichten und gegen Russland richten wollen. Warum Russland jetzt plötzlich wieder der Feind ist? Der Kellner bringt ein Omelett, das er »Ommälätt« nennt.

Wir logieren im Hotel *Europa* am Wenzelsplatz. Im Café dieses Hauses saß einst Kafka und schrieb. Durch die Flure und das Treppenhaus rannte Tom Cruise auf *Mission Impossible*. Das alte *Europa* gehört zum Unesco-Kulturerbe. Die Angestellten sind liebenswert und zum Teil so antik wie das Haus. Dessen Jugendstil-Prunk krankt an Altersschwäche. Die Türen der Schränke im Zimmer öffnen sich knarrend wie von Geisterhand, die Fenster schließen schlecht, und auf der Plastikbrille des Klos klemmt man sich den Po ein.

Wir stehen in unserem Zimmer und sehen hinunter auf den berühmten Platz, der ja eher eine breite, lange Straße ist, sehen das stumme Reiterstandbild des Heiligen Wenzel und agile Drogendealer bei ihren Geschäften, von keiner Polizei behelligt. Auf dem gleichen Pflaster standen im August '68 jene tränenreich begrüßten Panzer, davor die Kameras von ARD und BBC. Ein älterer Mann hinkte heran und hielt (es wurde oft gezeigt in diversen Dokumentationen) anklagend eine tschechische Fahne hoch, zerschossen und blutig.

Die Kampfmal der jungen Rotarmisten soll schwer darunter gelitten haben, dass die Prager sie – die doch meinten, ihren Klassenbrüdern zu Hilfe geeilt zu sein – als Faschisten beschimpften. Ungläubig guckten die Moskauer und Minsker Jungs aus ihren Panzerluken. Sie verstanden die Welt nicht mehr.

Wir nun stehen am Fenster unseres ehrwürdigen Hotels und sehen, ebenfalls Ungläubige – ja, was? Worauf blicken wir da? Auf das Ergebnis einer Verwandlung? Oder erst den Beginn?

CARTOON



ART PUKAT